

Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al femminile

1/87

	Seite
Vernehmlassung der Eidg. Kommission für Frauenfragen zur Revision des Bundesgesetzes über Erwerbs und Ver- lust des Schweizer Bürgerrechts	2-10
Procédure de consultation concernant la révision de la loi fédérale sur l'acquisition et la perte de la nationa- lité suisse	11-19
Familienbesteuerung in der Schweiz (Uebersicht) Imposition des familles en Suisse (tableau)	20 21
Silvia Grossenbacher: Das Konkubinat im steuerpolitischen Schussfeld Le concubinage, sujet controversé du débar sur la politique fiscale - Résumé Il concubinato nel dibattito tribenario - Riassunto	22-24 25 26
Eidg. Steuerverwaltung: Besteuerung der Familie im Bundesrecht	27-37
Yvette Jaggi + Christine Martin: La femme et le fisc Die Frau und der Fiskus	38-41 42-45
Agnes Sauser-Im Obersteg: Möglichkeiten einer gerechteren Ehepaarbesteuerung Vers une imposition plus équitable du couple - Résumé Tassazione più equa per le coppie sposate - Riassunto	46-50 52-52 53-54
Die Tätigkeit der Eidg. Kommission für Frauenfragen im Jahre 1986 Les activités de la Commission fédérale pour les questions féminines en 1986 Le attività della Commissione per i problemi della donna nel 1986	55-58 59-62 63-66
Elisabeth Kästli: Chronik der laufenden Ereignisse, September - Januar	67-69
Martine Chaponnière: L'actualité au féminin, octobre - janvier	70-74
Uebersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale	75-84
Passagen: Aysel Oezakin: 'Zart erhob sie sich bis sie flog'. Galgenberg, Hamburg, 1986	25, 26, 37, 52, 54, 58

Frauenfragen
 Questions au féminin
 Problemi al femminile



10. Jahrgang, Nr. 1
 März 1987

herausgegeben von der Eidgenössischen
 Kommission für Frauenfragen. Bundesamt
 für Kulturpflege, Thunstrasse 20
 3006 Bern, Tel. 031/61.92.75

Redaktion: Käthi Belser, Claudia
 Kaufmann, Verena Laedrach-Feller

Abdruck der Beiträge nach Rücksprache
 mit der Redaktion und unter genauer
 Quellenangabe erwünscht. Belegsexemplare
 sind willkommen

Die in diesem Heft erscheinenden
 Beiträge sollen unterschiedliche
 Meinungen zum Ausdruck bringen,
 die zu kennen und zu diskutieren
 sich lohnt, die sich aber nicht
 mit jenen der Eidg. Kommission
 für Frauenfragen zu decken brauchen

Die Familienbesteuerung ist seit Jahren
 Gegenstand wiederholter Diskussion und
 häufig berechtigter Kritik, ein Steuer-
 system, an dem der Bundesgesetzgeber
 aber auch weiterhin festhalten will.
 Stand bisher in erster Linie die Benach-
 teiligung und Bevormundung der Ehefrau
 als Verstoss gegen das Gleichberechtigung-
 gebot im Vordergrund (steuerliche
 Mehrbelastung ihres Erwerbs, fehlende
 eigene Verfahrensrechte), drohen heute
 neue Ungerechtigkeiten von einer anderen
 Seite: Die in verschiedenen Kantonen ge-
 planten und teils eingeführten steuer-
 rechtlichen Massnahmen zur Beseitigung
 der oft als stossend bezeichneten Schlech-
 terstellung der Ehegemeinschaft gegen-
 über dem Konkubinat verfehlen ihre Wir-
 kung nicht; da die Zahl der in unverhei-
 rateter Gemeinschaft lebenden Paare re-
 lativ bescheiden ist, treffen sie vor-
 wiegend den bevölkerungsmässig bedeuten-
 den Anteil alleinstehender Frauen und Män-
 ner! - Steuerliche Erleichterung für Ehe-
 gatten - nicht ein Mehr an Gerechtigkeit,
 dafür ein Beitrag zum Schutz der Institu-
 tion Ehe?

Ein Steuersystem, das die Gleichstellung
 aller Steuerpflichtigen anstrebt, darf
 daher nicht nur Frauen und Männer gleich-
 behandeln, sondern muss ebenso für die
 Angehörigen der verschiedenen Zivilstän-
 de gleiches Recht schaffen. Unter diesem
 Aspekt vermag das System der zivilstands-
 unabhängigen Individualbesteuerung am
 meisten zu überzeugen.

In den Passagen stellen wir Gedichte der
 heute in der Bundesrepublik lebenden türki-
 schen Schriftstellerin Aysel Oezakin vor.
 Aufbruch, Entwurzelung, Fremdsein hat
 Aysel Oezakin in beiden Kulturkreisen er-
 fahren. Ihre Gedichte vermitteln nicht nur
 die differenzierte Beziehung zu ihrem Her-
 kunftsland, sie erzählen überdies auf ein-
 drückliche Weise, wie sie die Reaktionen
 unserer Nachbarländer auf ihr Fremdsein,
 und dieses Mal als Ausländerin, erfahren
 hat.

In der Schweiz sind zur Zeit zwei Gesetzes-
 revisionen hängig, die unser Verhältnis -
 zumindest auf politisch-rechtlicher Ebene -
 zu den bei uns lebenden Ausländerinnen und
 Ausländern prägen: Das Vernehmlassungsver-
 fahren zur Revision des Bürgerrechtsgesetzes
 wurde Ende 1986 abgeschlossen; wir geben in
 diesem Bulletin die Stellungnahme der Frau-
 enkommission dazu wieder. Am 5. April stim-
 men wir über die Revision des Asyl- und Aus-
 ländergesetzes ab.

Die Gedichte von Aysel Oezakin machen deut-
 lich, dass es bei diesen Vorlagen, wie im-
 mer wir auch über sie entscheiden werden,
 um Schwerwiegenderes geht als um die in der
 Amtssprache so verlockend neutral und
 technisch scheinenden Verfahrensregelungen -
 wie bspw. formelle und materielle Einbür-
 gerungsvoraussetzungen, Anwesenheitserfor-
 dernisse, Grenztor und Notstandsklauseln. In
 diesen Gesetzen bestimmen wir hauptsächlich,
 wie nah uns Fremde sein dürfen, aber auch
 wie nah das Fremde in uns ist.

Claudia Kaufmann

Vernehmlassung der Eidg. Kommission für Frauenfragen zur Revision des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts (BÜG; SR 141.0)

I

Grundsätzliches

Das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) hält in der Einleitung zum Entwurf fest, dass sich die Revision auf einige wesentliche Punkte beschränke und auch die Systematik des bisherigen Rechts beibehalte.

Für die Eidg. Kommission für Frauenfragen sind jedoch die in der Partialrevision vorgenommenen Änderungen materiell so gewichtig und grundsätzlich, dass sie sich eine Ueberprüfung des gesamten bisherigen Gesetzes gewünscht hätte. Eine Totalrevision wäre auch im Hinblick auf die Hauptzielsetzung der Änderung, die Anpassung des Gesetzes an Art. 4 Abs. 2 BV, angebracht gewesen.

Sprache

Durch die ausschliessliche Verwendung männlicher Bezeichnungen und Begriffe in der gesamten Revisionsvorlage sind verschiedene Artikel unklar und schwer verständlich. Dies trifft insbesondere für Art. 1 zu. Entgegen den diesbezüglichen Erläuterungen ist es keineswegs selbstverständlich, dass unter dem Begriff "Bürger" jeweils auch Bürgerinnen zu verstehen sind, da die Anpassung des Bürgerrechts an BV 4 II (und BV 54) bisher ja eben noch nicht vorgenommen wurde.

Das geltende Gesetz enthält an verschiedenen Orten explizit an beide Geschlechter gerichtete Begriffe (Bürgerin/Bürger; Ehemann/Ehefrau); auch aus diesem Grunde ist es keine Selbstverständlichkeit, die männlichen Ausdrücke geschlechtsneutral zu interpretieren.

Schliesslich erlauben wir uns auf Ziffer 3 des Berichts über das Rechtsetzungsprogramm "Gleiche Rechte für Mann und Frau" vom 26. Februar 1986 hinzuweisen, das es für angezeigt hält, "all jene Erlasse, die für Männer und Frauen in gleicher Weise gelten, wenn möglich so zu fassen, dass die Geschlechter auch in sprachlicher Hinsicht gleich behandelt werden". Der Anwendung dieses Grundsatzes bei der Revision des Bürgerrechts steht unserer Ansicht nach nichts im Wege.

II

Im folgenden nehmen wir zu den einzelnen Artikeln Stellung. (Wo wir mit den im Entwurf vorgeschlagenen Lösungen einverstanden sind und keine Bemerkungen für nötig halten, führen wir die Artikel zwar an, enthalten uns jedoch eines Kommentars.

Art. 1 (neu)

- ¹Das Kind eines Schweizer Bürgers erwirbt das Schweizer Bürgerrecht von Geburt an oder bei der Begründung eines Kindsverhältnisses, sofern es unmündig ist.
- ²Hat das unmündige Kind bei der Begründung des Kindsverhältnisses eigene Kinder, erwerben diese ebenfalls das Schweizer Bürgerrecht.

Wir begrüßen es sehr, dass die geltende Schlechterstellung des Kindes unverheirateter Eltern aufgehoben werden soll. Entsprechend lehnen wir die Alternativlösung zu Art. 1 ab.

Zur sprachlichen Ausgestaltung dieses Artikels verweisen wir auf unsere unter Ziff. I aufgeführten Ausführungen zur Notwendigkeit einer geschlechtsneutralen, resp. an beide Geschlechter gerichteten Gesetzes-sprache.

Art. 3 (Aufgehoben)

- ¹Die ausländische Frau erwirbt durch Eheschliessung mit einem Schweizer Bürger das Schweizer Bürgerrecht.
- ²Wird die Ehe ungültig erklärt, so behält die Frau, die sich bei der Trauung in gutem Glauben befunden hat, das Schweizer Bürgerrecht.
- ³Kinder aus der ungültig erklärten Ehe bleiben Schweizer Bürger ohne Rücksicht auf den guten oder bösen Glauben ihrer Eltern.

Im Sinne der Erläuterungen sind wir mit der vorgeschlagenen Streichung einverstanden.

Art. 4 (neu)

- ¹Mit dem Schweizer Bürgerrecht erwirbt das Kind das Kantons- und Gemeindebürgerrecht des schweizerischen Elternteils.
- ²Sind beide Eltern Schweizer, erwirbt das Kind von Eltern, die miteinander verheiratet sind, das Kantons- und Gemeindebürgerrecht des Vaters und das Kind von Eltern, die miteinander nicht verheiratet sind, das Kantons- und Gemeindebürgerrecht der Mutter.
- ³Das unmündige Kind verliert das Kantons- und Gemeindebürgerrecht der Mutter und erwirbt dasjenige des Vaters, wenn dieser die Mutter heiratet oder nach der Heirat Schweizer Bürger wird.

Einverstanden mit Abs. 1 und 2

Wir schlagen vor, Abs. 3 um den Fall zu ergänzen, bei dem das Kind unverheirateter Eltern unter der elterlichen Gewalt des Vaters aufwächst. Wir würden an dieser Stelle eine ausdrückliche Erwähnung des in Art. 271 Abs. 3 ZGB geregelten Sachverhalts sehr begrüßen.

Art. 7

¹ Wird ein unmündiges ausländisches Kind von einem Schweizer Bürger adoptiert, so erwirbt es das Kantons- und Gemeindebürgerrecht des Adoptierenden und damit das Schweizer Bürgerrecht.

² Artikel 2 ist sinngemäss anwendbar. (Aufgehoben)

Mit der Streichung von Abs. 2 einverstanden.

Art. 9 (Aufgehoben)

¹ Die Schweizer Bürgerin verliert das Schweizer Bürgerrecht durch Heirat mit einem Ausländer, wenn sie die Staatsangehörigkeit des Ehemannes durch die Heirat erwirbt oder bereits besitzt und sofern sie nicht während der Verkündung oder bei der Trauung die Erklärung abgibt, das Schweizer Bürgerrecht beibehalten zu wollen.

² In der Schweiz muss die Erklärung dem Zivilstandsbeamten, der die Verkündung vornimmt oder die Trauung vollzieht, im Ausland einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter der Schweiz schriftlich abgegeben werden.

Mit der Streichung einverstanden.

Art. 13 Abs. 1 und 5 (neu)

¹ Die Bewilligung wird vom Bundesamt für Polizeiwesen erteilt.

⁵ Das Bundesamt für Polizeiwesen kann die Bewilligung vor der Einbürgerung widerrufen, wenn ihm Tatsachen bekannt werden, bei deren Bekanntsein sie nicht erteilt worden wäre.

Einverstanden.

Art. 14 (neu)

Bevor eine Bewilligung erteilt wird, ist die Eignung zur Einbürgerung zu prüfen. Sie setzt namentlich voraus, dass der Bewerber

- a. in die schweizerischen Verhältnisse eingegliedert ist;
- b. mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen sowie Wertvorstellungen vertraut ist;
- c. die öffentlichen und privaten Pflichten erfüllt;
- d. die demokratische Rechtsordnung bejaht und die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährdet.

Die Regelung der materiellen Einbürgerungsvoraussetzungen, wie sie in Art. 14, 18 und 26 vorgeschlagen werden, betreffen einen der inhaltlichen Angelpunkte der Revisionsvorlage.

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen ist sich bewusst, dass mit den unterschiedlichen formellen Einbürgerungskriterien für alleinstehende

und für mit einem Schweizer Ehegatten verheiratete Ausländer resp. Ausländerinnen eine Privilegierung der Verheirateten verbunden ist, die nicht immer gerechtfertigt werden kann (5 Jahre Anwesenheit anstelle der geforderten 12 Jahre). Die im Entwurf vorgeschlagenen und für alle Einbürgerungsbewerber/innen geltenden materiellen Voraussetzungen sind jedoch nicht geeignet, mehr Gerechtigkeit und Gleichbehandlung im Einbürgerungsverfahren sicherzustellen. Im Gegenteil, die Gefahr ist gross, dass bei der Prüfung der materiellen Bedingungen neue Benachteiligungen geschaffen und insbesondere sozial schwächere Ausländerinnen und Ausländer schlechtergestellt werden. Die Bedenken der Kommission gegen das Erfordernis materieller Voraussetzungen gehen im einzelnen in zwei Richtungen:

Zum einen kann sie die Frage, ob sich für eine Einbürgerung neben den anspruchsvollen formellen Voraussetzungen zusätzlich materielle Kriterien aufdrängen, aus grundsätzlichen Ueberlegungen nicht bejahen. Sie ist der Ansicht, dass 12 Jahre Anwesenheit in der Schweiz - wie auch bei der erleichterten Einbürgerung die Ehe mit einem Schweizer resp. einer Schweizerin - die Verbundenheit und das Vertrautsein mit der Schweiz ausreichend nachweist und daher nicht nach zusätzlichen Bedingungen ruft. Da wir die in Art. 14 lit. a genannte materielle Voraussetzung durch die Erfüllung der formellen Einbürgerungskriterien in jedem Falle als gegeben erachten, scheint uns die Streichung dieses Buchstabens auch aus gesetzestechnischen Gründen angezeigt zu sein.

Zum anderen möchten wir gewisse Vorbehalte gegenüber den einzelnen, in lit. b und c formulierten, Kriterien äussern: So bleibt für uns bspw. bei lit. b unklar, was unter "den schweizerischen Wertvorstellungen" zu verstehen ist. Aufgrund der bei uns besonders ausgeprägten kulturellen, politischen und sozialen Vielfalt bezweifeln wir, dass eine klare Begriffsbestimmung im Sinne der Gesetzesformulierung vorgenommen werden könnte, die den pluralistischen Vorstellungen und der breiten Palette der Wertvorstellungen verschiedenster gesellschaftlicher Kreise und Gruppierungen gerecht würde.

Das in lit. c genannte Erfordernis der öffentlichen und privaten Pflichterfüllung wird von vielen Schweizerinnen und Schweizern nicht erfüllt. Es scheint uns daher nicht gerechtfertigt, für Bewerberinnen und Bewerber Kriterien zur Einbürgerungsvoraussetzung zu bestimmen, die von einem zahlenmässig zumindest nicht irrelevanten Teil der Schweizer Bevölkerung auf die eine oder andere Weise nicht eingehalten werden.

Art. 14 lit a-c sind daher ersatzlos zu streichen.

Zustimmen können wir dagegen dem Inhalt von lit. d, schlagen aber eine Umkehrung der Formulierung vor. Die Einhaltung der demokratischen Rechtsordnung sowie die Wahrung der innern und äusseren Sicherheit sollten nicht positiv als materielle Voraussetzungen ausgestaltet, sondern - für den Fall ihres Fehlens - negativ als Grund für die Bewilligungsverweigerung formuliert werden.

Art. 15 Abs. 2 und 3 (neu)

²Für die Frist von zwölf Jahren wird die Zeit, während welcher der Bewerber zwischen seinem vollendeten 10. und 20. Lebensjahr in der Schweiz gelebt hat, doppelt gerechnet.

³Die Frist von zwölf Jahren wird für einen ausländischen Ehegatten auf fünf Jahre herabgesetzt, wenn er seit drei Jahren in ehelicher Gemeinschaft lebt und der andere Ehegatte die Wohnsitzerfordernisse nach Absatz 1 und 2 erfüllt oder nach der Heirat durch selbständige Einbürgerung Schweizer wurde.

Einverstanden.

Art. 18 (neu)

¹Die Wiedereinbürgerung erfolgt durch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement. Der Kanton wird angehört.

²Sie setzt voraus, dass der Bewerber

- a. die besonderen Voraussetzungen eines nachstehenden Artikels erfüllt;
- b. mit der Schweiz verbunden ist;
- c. nicht der Wiedereinbürgerung offensichtlich unwürdig ist;
- d. die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährdet.

Bezüglich unserer Einwände gegen die materiellen Einbürgerungsvoraussetzungen verweisen wir auf unsere Ausführungen zu Art. 14.

Nicht zu befriedigen vermag die ersatzlose Streichung der Unentgeltlichkeit in Abs. 1. Im Sinne einer klaren und transparenten Lösung regen wir deshalb an, Abs. 1 durch den Hinweis zu ergänzen, dass keine Einbürgerungstaxen erhoben werden.

Art. 21 (neu)

¹Wer aus entschuldbaren Gründen die nach Artikel 10 erforderliche Meldung oder Erklärung unterlassen und dadurch das Schweizer Bürgerrecht verwirkt hat, kann innert zehn Jahren seit der Verwirkung ein Gesuch um Wiedereinbürgerung stellen.

²Wohnt der Bewerber seit drei Jahren in der Schweiz, kann er das Gesuch auch nach Ablauf der Frist stellen.

Einverstanden.

Art. 23 (neu)

Wer die Entlassung aus dem Schweizer Bürgerrecht beantragt hat oder als Kind in die Entlassung einbezogen wurde, kann ein Gesuch um Wiedereinbürgerung stellen, wenn er seit einem Jahr in der Schweiz wohnt.

Die Aufnahme des Art. 23 ist zu begrüssen.

Art. 25 (Aufgehoben)

¹Das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement entscheidet über die Wiedereinbürgerungsgesuche. Es kann nur dann die Wiedereinbürgerung verfügen, wenn die kantonale Behörde zustimmt.

²Bei ablehnendem Antrag der kantonalen Behörde kann der Bundesrat, auf Antrag des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements oder auf Beschwerde (Art. 51), die Wiedereinbürgerung verfügen.

Mit der Streichung einverstanden.

Art. 26 (neu)

¹Die erleichterte Einbürgerung erfolgt durch das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement. Der Kanton wird angehört.

²Bei Gesuchen gemäss Artikel 27 setzt sie voraus, dass der Bewerber

- a. in die schweizerischen Verhältnisse eingegliedert ist;
- b. die öffentlichen und privaten Pflichten erfüllt;
- c. die demokratische Rechtsordnung bejaht und die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährdet.

³Bei Gesuchen gemäss Artikel 28, 28a, 29 und 30 sind die Voraussetzungen nach Absatz 2 sinngemäss anwendbar.

Zu den materiellen Voraussetzungen der erleichterten Einbürgerung gelten wiederum unsere bei Art. 14 angebrachten Bemerkungen. Es gilt hier zudem zu bedenken, dass Ausländerinnen beim Eheschluss mit einem Schweizer bisher automatisch das Schweizer Bürgerrecht - ohne jeglichen Nachweis der Verbundenheit - erhalten haben. Konsequenterweise setzen wir uns hier für die Streichung von Abs. 2 ein; bei Nichterfüllen von lit. c sollte wiederum ein Bewilligungsverweigerungsgrund gegeben sein.

Wir würden es daher sehr begrüessen, gewährte Art. 26 für die Einbürgerung der Ehegatten von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern einen Anspruch auf Einbürgerung, sobald die formellen Voraussetzungen erfüllt sind.

Art. 27 Abs. 1 (neu)

¹Ein Ausländer kann nach der Eheschliessung mit einem Schweizer Bürger ein Gesuch um erleichterte Einbürgerung stellen, wenn er seit einem Jahr in der Schweiz wohnt und insgesamt wenigstens fünf Jahre hier gewohnt hat sowie seit drei Jahren in ehelicher Gemeinschaft mit dem Schweizer Bürger lebt.

Wir haben bereits bei unseren Bemerkungen zu Art. 14 auf die Privilegierung der Ausländerinnen und Ausländer, die einen Schweizer Ehepartner haben, gegenüber den alleinstehenden Bewerberinnen und Bewerbern hingewiesen. Zur Verringerung des beträchtlichen Unterschiedes bei der vorausgesetzten Anwesenheitsdauer wäre die Kommission tendenziell für eine Senkung der 12 Jahre bei der allgemeinen Einbürgerung (mit den notwendigen Konsequenzen im ANAG betreffend Aufenthalts-, Niederlassungs- und Toleranzbewilligung) und nicht für eine Herauf-

setzung der Anwesenheitsfrist für die unter Art. 27 Abs. 1 geregelten Fälle.

Wir stimmen daher der im Entwurf vorgeschlagenen Regelung zu, regen jedoch an, in Abs. 1 zum Begriff "in ehelicher Gemeinschaft leben" eine Klärung vorzunehmen: Im Hinblick auf das neue Eherecht sollte aus der Formulierung dieses Artikels unmissverständlich hervorgehen, dass auch die Zeit, während der die Ehegatten getrennte Wohnsitze haben, an die erforderliche dreijährige Ehedauer anzurechnen ist. Anzurechnen sind also all die Ehejahre, während denen keine gerichtliche Trennung ausgesprochen wird.

Wir ziehen eine abschliessende bundesrechtliche Regelung, wie sie im Entwurf vorgesehen wird, einer foederalistischen Lösung vor und begrüssen daher die gewählte Systematik.

Art. 28 (neu)

¹ Der ausländische Ehegatte eines Auslandschweizers kann das Gesuch um erleichterte Einbürgerung stellen, wenn er seit zwölf Jahren in ehelicher Gemeinschaft mit dem Schweizer Bürger lebt und wenn er mit der Schweiz eng verbunden ist, namentlich wenn er wenigstens fünf Jahre in der Schweiz gelebt hat und eine Landessprache spricht.

² Der Bewerber erhält das Kantons- und Gemeindebürgerrecht seines schweizerischen Ehegatten.

Wir können uns mit der vorgeschlagenen Privilegierung der Ehegatten von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern einverstanden erklären.

Art. 28a (neu)

¹ Der ausländische Ehegatte eines Beamten des Bundes, der im diplomatischen und konsularischen Dienst eingesetzt ist, kann das Gesuch um erleichterte Einbürgerung stellen, wenn er seit fünf Jahren in ehelicher Gemeinschaft mit dem Beamten lebt.

² Der Bewerber erhält das Kantons- und Gemeindebürgerrecht seines schweizerischen Ehegatten.

Nicht einsichtig ist für uns jedoch die hier vorgenommene Ausnahmeregelung für Ehegatten von Auslandbeamtinnen und -beamten. Diese Regelung stellt nicht nur im Vergleich zu den Voraussetzungen für eine erleichterte Einbürgerung gemäss Art. 28 sowie 27 eine ungerechtfertigte Besserstellung der davon Betroffenen dar; sie hilft zudem mit, eine weitere Bewerber/innen-Kategorie zu schaffen. Die besonderen Erleichterungen für die Ehegatten "besonderer" Auslandschweizer bedeutet einen systemwidrigen Einbruch in der Gesetzesvorlage.

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen spricht sich daher entschieden für die ersatzlose Streichung dieses Artikels aus.

Art. 31 (Aufgehoben)

¹Das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement entscheidet über die Gesuche um erleichterte Einbürgerung. Es kann nur dann die Einbürgerung verfügen, wenn die kantonale Behörde zustimmt.

²Bei ablehnendem Antrag der kantonalen Behörde kann der Bundesrat, auf Antrag des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements oder auf Beschwerde (Art. 51), die erleichterte Einbürgerung verfügen.

Mit der Streichung einverstanden.

Art. 32 (Aufgehoben)

¹Die Ehefrau kann nur mit dem Ehemann zusammen eingebürgert werden. Sie wird in seine Einbürgerung einbezogen, wenn sie schriftlich zustimmt.

²Absatz 1 gilt nicht, wenn die Ehegatten gerichtlich dauernd getrennt worden sind oder seit drei Jahren getrennt leben.

Wir begrüßen sehr die individuelle Einbürgerung der Ehegatten.

Art. 37 (neu)

Die Bundesbehörde kann den Einbürgerungskanton mit den Erhebungen beauftragen, die für die Beurteilung der Einbürgerungsvoraussetzungen nötig sind.

Einverstanden.

Art. 42 Abs. 1 (neu)

Ein Schweizer Bürger wird auf Begehren aus dem Bürgerrecht entlassen, wenn er in der Schweiz keinen Wohnsitz hat und eine andere Staatsangehörigkeit besitzt oder ihm eine solche zugesichert ist. Die Art. 34 und 35 gelten sinngemäss.

Einverstanden.

Art. 43 (Aufgehoben)

¹Die Ehefrau kann nur mit dem Ehemann zusammen aus dem Schweizer Bürgerrecht entlassen werden. Sie wird in seine Entlassung einbezogen, wenn sie schriftlich zustimmt.

²Sie muss die Voraussetzungen nach Artikel 42 Absatz 1 ebenfalls erfüllen. Fehlt eine jener Voraussetzungen oder die Zustimmung der Frau nach Absatz 1, so kann die Entlassung des Ehemannes aufgeschoben oder verweigert werden.

³Absatz 1 gilt nicht, wenn die Ehegatten gerichtlich dauernd getrennt worden sind oder seit drei Jahren getrennt leben.

⁴Die Schweizer Bürgerin, die mit einem Ausländer verheiratet ist, kann aus dem Schweizer Bürgerrecht entlassen werden, sobald sie eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt oder ihr eine solche zugesichert ist.

Mit der Streichung einverstanden.

Art. 50 (neu)

- ¹Das Verfahren vor den kantonalen Behörden richtet sich nach kantonalem Recht.
- ²Das Verfahren vor der Bundesbehörde richtet sich nach dem Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege.

Art. 51 (neu)

- ¹Die Beschwerde gegen letztinstanzliche Verfügungen der Kantone und gegen Entscheide der Verwaltungsbehörden des Bundes richtet sich unter Vorbehalt von Absatz 2 nach den allgemeinen Bestimmungen über die Bundesrechtspflege.
- ²Ueber Beschwerden gegen die Erteilung oder Verweigerung der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung entscheidet das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement endgültig. Vorbehalten bleibt die Beschwerde der Regierung des Einbürgerungskantons an den Bundesrat gegen die Verweigerung der Einbürgerungsbewilligung durch das Departement.
- ³Beschwerdeberechtigt sind auch die interessierten Kantone und Gemeinden und das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement.

Auch für die ordentliche Einbürgerung ist der Rechtsmittelweg bis ans Bundesgericht vorzusehen, um die gesetzeskonforme Anwendung der Bundesbestimmungen überprüfen zu können. Die in der Vorlage zu Art. 51 aufgeführten Erläuterungen verdeutlichen unserer Meinung nach die Notwendigkeit einer Beschwerdemöglichkeit ans Bundesgericht, soll die Gefahr willkürlicher Handhabung von Gesuchen politisch unliebsamer Ausländerinnen und Ausländer eingeschränkt werden.

Schluss- und Uebergangsbestimmungen

Einverstanden, mit Ausnahme von Art. 57b Abs. 2:

Art. 57 b (neu)

- ¹Das Kind aus der Ehe eines Ausländers und einer Schweizerin, die das Schweizer Bürgerrecht nach Artikel 3 Absatz 1 des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts in der Fassung vom 29. September 1952 durch eine frühere Heirat mit einem Schweizer erworben hat, wird nur Schweizer Bürger, wenn es durch die Geburt keine andere Staatsangehörigkeit erwerben kann oder vor seiner Mündigkeit staatenlos wird.
- ²Mit dem Kind erwerben auch dessen Kinder das Schweizer Bürgerrecht.

Die vorgeschlagene Regelung in Abs. 2 fördert die Möglichkeit, dass innerhalb einer Familie Kinder verschiedene Staatsangehörigkeiten haben. Im Interesse einer familienfreundlichen Regelung setzen wir uns für die Streichung dieses Absatzes ein; die damit entstehenden Doppelbürgerrechte nehmen wir in Abwägung zu den Nachteilen, die mit der Bestrafung derjenigen Kinder, deren Mütter durch Heirat Schweizerinnen geworden sind und sich später mit einem Ausländer verheiratet haben, gerne in Kauf. Die in Art. 57 b Abs. 2 enthaltene Uebergangsregelung stellt für die Mütter und Kinder eine schwerwiegende Diskriminierung dar.

Procédure de consultation concernant la révision de la loi fédérale sur l'acquisition et la perte de la nationalité suisse (LN; RS 141.0): avis de la Commission fédérale pour les questions féminines

I

Remarque de principe

Dans l'introduction, le Département fédéral de justice et police (DFJP) précise que la révision de la loi ne porte que sur les points les plus importants et, que la systématique n'a pas été modifiée.

La Commission fédérale pour les questions féminines estime, quant à elle, que les changements proposés ont une telle portée quant au contenu et aux fondements de la loi, qu'une révision totale serait souhaitable, d'autant que l'enjeu du présent projet est précisément d'adapter la loi sur la nationalité à l'article 4, 2e alinéa, de la constitution.

Terminologie

Le recours exclusif à la forme masculine dans le vocabulaire utilisé rend certains articles confus et difficilement compréhensibles, notamment dans le cas de l'article premier. Contrairement à ce qui est dit dans le commentaire du projet, il n'est en effet aucunement évident que le terme de "citoyen suisse" s'applique aussi bien à une Suisseuse qu'à un Suisse, puisque l'article 4, 2e alinéa, de la constitution (et l'article 54 cst.) n'avait pas suscité jusqu'ici de modification de la loi sur la nationalité. C'est ainsi que la loi actuelle opère à plusieurs reprises une distinction entre les sexes, en se servant de termes tels que "citoyenne"/"citoyen", ou "femme mariée"/"mari"; les formulations masculines ne sont donc pas forcément considérées comme applicables aux personnes des deux sexes.

Enfin, nous nous permettons de citer le rapport du 26 février 1986 sur le programme législatif "Egalité des droits entre hommes et femmes" qui relève au point 3 qu'il "paraît judicieux d'opter, dans la mesure du possible, pour une terminologie qui, elle non plus, ne fasse pas de différence entre les sexes". Nous estimons que rien ne s'oppose à la concrétisation de ce principe dans la révision du droit de la nationalité.

II

Nous prenons ici position sur les différents articles du projet. Lorsque nous adhérons aux solutions proposées et qu'aucune remarque ne s'impose, nous nous contentons de mentionner les articles sans autre commentaire.

Article premier (nouveau)

¹L'enfant d'un citoyen suisse acquiert la nationalité suisse dès la naissance ou, pendant sa minorité, lors de l'établissement du rapport de filiation.

²Si, lors de l'établissement du rapport de filiation, l'enfant mineur a lui-même des enfants, ceux-ci acquièrent également la nationalité suisse.

Nous nous félicitons de la suppression de la différence de statut existant encore pour l'enfant de parents non mariés, et rejetons par conséquent la solution de remplacement. Pour ce qui est de l'aspect terminologique, nous renvoyons à nos remarques du chiffre I quant à la nécessité d'une formulation neutre s'adressant aussi bien aux femmes qu'aux hommes.

Art. 3 (abrogé)

¹La femme étrangère acquiert la nationalité suisse par son mariage avec un Suisse.

²Lorsque le mariage est déclaré nul, la femme qui l'a contracté de bonne foi conserve la nationalité suisse.

³Les enfants issus du mariage déclaré nul restent suisses, même si leurs père et mère n'étaient pas de bonne foi.

Pour les motifs évoqués dans le commentaire de l'article, nous nous déclarons d'accord avec l'abrogation proposée.

Art. 4 (nouveau)

¹L'enfant acquiert la nationalité suisse et le droit de cité cantonal et communal du parent suisse.

²L'enfant de conjoints suisses acquiert le droit de cité cantonal et communal du père; l'enfant dont la mère n'est pas mariée avec le père acquiert le droit de cité cantonal et communal de la mère.

³L'enfant mineur perd le droit de cité cantonal et communal de la mère et acquiert celui du père lorsque celui-ci épouse la mère ou devient suisse après le mariage.

Alinéas 1 et 2 acceptés.

Nous proposons d'ajouter une disposition prévoyant le cas d'un enfant de parents non mariés qui est élevé sous l'autorité parentale du père. Nous serions très favorables à une mention expresse de la situation telle qu'elle est réglée par l'article 271, 3^e alinéa, du CC.

Art. 7

¹Lorsqu'un enfant mineur étranger est adopté par un Suisse, il acquiert le droit de cité cantonal et communal de l'adoptant et par là même la nationalité suisse.

²L'article 2 est applicable par analogie. (abrogé)

D'accord avec la suppression de l'alinéa 2.

Art. 9 (abrogé)

¹La femme suisse perd la nationalité suisse en épousant un étranger, si elle acquiert la nationalité de son mari par le mariage ou l'a déjà et ne déclare pas lors de la publication ou de la célébration du mariage vouloir conserver la nationalité suisse.

²La déclaration doit être faite par écrit, en Suisse, à l'officier de l'état civil qui procède à la publication ou à la célébration du mariage; à l'étranger, à un représentant diplomatique ou consulaire suisse.

D'accord avec la suppression.

Art. 13 alinéas 1 et 5 (nouveau)

¹L'autorisation est accordée par l'Office fédéral de la police.

⁵L'Office fédéral de la police peut révoquer l'autorisation avant la naturalisation lorsqu'il apprend des faits qui, antérieurement connus, auraient motivé un refus.

Accepté.

Art. 14 (nouveau)

Avant l'octroi de l'autorisation, l'aptitude du requérant à la naturalisation doit être examinée. Le requérant doit notamment

- a. être intégré dans la communauté suisse;
- b. avoir assimilé les us et coutumes et la mentalité suisse;
- c. remplir ses obligations publiques et privées;
- d. approuver l'ordre juridique démocratique et ne pas menacer la sécurité intérieure et extérieure de la Suisse.

Les conditions matérielles de naturalisation telles qu'elles sont réglées aux articles 14, 18 et 26 sont un élément essentiel du projet de révision.

La Commission est consciente du fait que la différence établie par les critères formels de naturalisation entre les étrangers ou étrangères célibataires et ceux ou celles qui sont mariés à une Suissesse ou à un Suisse privilégie les personnes mariées d'une manière qui n'est pas forcément justifiée (5 ans de résidence au lieu des 12 requis dans les autres cas). Mais elle considère que les conditions matérielles applicables à tous les candidats et candidates à la naturalisation qui

figurent dans le projet ne garantissent pas une équité accrue et une meilleure égalité de traitement dans la procédure de naturalisation. Bien au contraire, l'examen des conditions matérielles risque fort d'amener de nouveaux désavantages et de porter préjudice aux étrangères et étrangers défavorisés sur le plan social. La Commission émet des objections à l'encontre des conditions matérielles essentiellement pour deux raisons.

D'une part, elle ne peut accepter - et c'est là une question de principe - la nécessité d'assortir de critères matériels des conditions formelles déjà strictes en matière de naturalisation. Elle estime en effet que le délai de 12 ans de résidence, à l'instar de ce qui est prévu pour la naturalisation facilitée du conjoint ou de la conjointe d'une Suissesse ou d'un Suisse, est une garantie suffisante des liens du candidat ou de la candidate avec la Suisse et de son assimilation dans notre pays, et que des exigences supplémentaires ne sont pas indispensables. Vu qu'à ses yeux, le fait de remplir des critères formels de naturalisation implique forcément le respect des conditions matérielles contenues à l'article 14, lettre a, il lui semble opportun de biffer cette lettre, ne serait-ce que pour des motifs de technique législative.

D'autre part, nous avons des réserves à formuler au sujet de certains critères énumérés aux lettres b et c; comment interpréter, par exemple, "la mentalité suisse" dont il est question à la lettre b? Etant donné la diversité culturelle, politique et sociale qui caractérise la Suisse, il nous paraît difficile de cerner cette notion de façon à ce qu'elle reflète le pluralisme et le large éventail de valeurs auxquels s'identifient les différents milieux de notre société et les communautés qui la composent.

De nombreux Suisses et Suissesses ne répondant pas au critère énoncé à la lettre c (remplir ses obligations publiques et privées), il ne nous semble guère justifié de considérer comme impérative pour les candidats et candidates à la naturalisation une exigence à laquelle une proportion non négligeable de la population suisse obéit plutôt mal.

Les lettres a, b et c de l'article 14 doivent donc être biffées.

Nous adhérons en revanche au contenu de la lettre d et proposons simplement d'inverser la proposition pour que le respect de l'ordre juridique démocratique et la sauvegarde de la sécurité intérieure et extérieure de la Suisse ne soient pas formulés positivement comme des conditions matérielles à remplir, mais bien négativement - en cas d'inobservation - comme une raison de refuser l'autorisation.

Art. 15, 2e et 3e alinéas (nouveau)

² Dans le calcul des douze ans de résidence, le temps que le requérant a passé en Suisse entre 10 et 20 ans révolus compte double.

³ Le délai de douze ans de résidence est réduit à cinq ans pour le conjoint étranger, lorsqu'il vit depuis trois ans en communauté conjugale et que l'autre conjoint remplit les conditions de résidence des 1er et 2e alinéas ou a acquis la nationalité suisse par naturalisation individuelle après le mariage.

Acceptés.

Art. 18 (nouveau)

¹La réintégration est accordée par le Département fédéral de justice et police. Le canton doit être entendu.

²Pour pouvoir être réintégré, le requérant doit:

- a. remplir les conditions particulières d'un des articles réglant la réintégration;
- b. avoir des liens avec la Suisse;
- c. ne pas être manifestement indigne de la réintégration;
- d. ne pas menacer la sécurité intérieure et extérieure de la Suisse.

Nous renvoyons à notre commentaire de l'article 14 où nous expliquons nos objections concernant les conditions matérielles de naturalisation.

Nous ne sommes toutefois pas satisfaits de la suppression totale de la notion de gratuité au premier alinéa. Pour clarifier les choses, nous proposons donc une adjonction à cet alinéa, selon laquelle il ne peut être perçu de taxes de naturalisation.

Art. 21 (nouveau)

¹Quiconque a omis, pour des raisons excusables, de s'annoncer ou de souscrire une déclaration comme l'exige l'article 10 et a perdu, de ce fait, la nationalité suisse par péremption, peut, dans un délai de 10 ans à compter de la péremption, former une demande de réintégration.

²Lorsque le requérant réside en Suisse depuis trois ans, il peut présenter la demande également après l'écoulement du délai.

Accepté.

Art. 23 (nouveau)

Quiconque a demandé sa libération de la nationalité suisse ou a été compris comme enfant dans la libération, peut présenter une demande de réintégration lorsqu'il réside en Suisse depuis une année.

L'introduction de cet article 23 est satisfaisante.

Art. 25 (abrogé)

¹Le Département fédéral de justice et police statue sur les requêtes. Il ne peut, toutefois, accorder la réintégration que si l'autorité cantonale y consent.

²Lorsque l'autorité cantonale s'oppose à la réintégration, le Conseil fédéral peut l'accorder, sur proposition du Département fédéral de justice et police ou sur recours (art. 51).

D'accord avec la suppression.

Art. 26 (nouveau)

¹La naturalisation facilitée est accordée par le Département fédéral de justice et police. Le canton doit être entendu.

²Pour remplir les conditions de la naturalisation facilitée selon l'article 27, le requérant doit:

- a. être intégré dans la communauté suisse;
- b. remplir ses obligations privées et publiques;
- c. approuver l'ordre juridique démocratique et ne pas menacer la sécurité intérieure et extérieure de la Suisse.

³Pour les demandes selon les articles 28, 28a, 29 et 30, les conditions selon le 2e alinéa sont applicables par analogie.

Les remarques faites à propos de l'article 14 s'appliquent aussi aux conditions matérielles de la naturalisation facilitée. Relevons en outre que jusqu'ici, les étrangères épousant un Suisse acquerraient automatiquement le droit de cité suisse sans avoir à justifier de liens avec notre pays. Nous proposons par conséquent de biffer le 2e alinéa; remarquons au sujet de la lettre c que c'est l'inobservation de ce critère qui devrait motiver un refus de l'autorisation demandée.

Nous serions donc très favorables à ce que l'article 26 accorde un droit à la naturalisation, une fois que les conditions formelles sont remplies, aux conjoints de Suisses et Suissesses demandant la naturalisation.

Art. 27, 1er alinéa (nouveau)

¹Un étranger peut, ensuite de son mariage avec un Suisse, présenter une demande de naturalisation facilitée, lorsqu'il réside en Suisse depuis une année, qu'il y a résidé en tout pendant au moins cinq ans et qu'il vit depuis trois ans en communauté conjugale avec un conjoint suisse.

Nous avons déjà dit, dans notre commentaire de l'article 14, que les étrangères et étrangers mariés à un Suisse ou à une Suissesse sont privilégiés par rapport aux candidats et candidates célibataires. Pour remédier à cette différence considérable touchant au temps de résidence requis, la Commission donnerait la préférence à une réduction du délai de 12 ans de résidence pour la naturalisation ordinaire (avec les conséquences qui s'ensuivent en ce qui concerne les autorisations de séjour, d'établissement, et les tolérances prévues par la LSEE) et non à une augmentation de la durée de résidence demandée dans les cas régis par l'article 27, 1er alinéa.

Ainsi, nous sommes d'accord avec la formule proposée, tout en suggérant que l'expression "vivre en communauté conjugale" figurant au 1er alinéa soit précisée pour qu'il ressorte clairement du texte, conformément au nouveau droit matrimonial, que la période durant laquelle les conjoints ont des domiciles séparés doit également être comptée dans les trois ans de mariage requis. Il faut donc compter toutes les années durant lesquelles les conjoints n'ont pas été séparés de corps.

Nous préférons une réglementation fédérale exhaustive telle que celle qui est adoptée dans le présent projet à une solution fédéraliste, et nous félicitons par conséquent de la systématique choisie.

Art. 28 (nouveau)

¹Le conjoint étranger d'un Suisse de l'étranger peut présenter une demande de naturalisation facilitée, lorsqu'il vit depuis douze ans en communauté conjugale avec son conjoint suisse et qu'il a des liens étroits avec la Suisse, notamment lorsqu'il a résidé en Suisse pendant au moins cinq ans et parle une des langues nationales.

²Le requérant acquiert le droit de cité cantonal et communal de son conjoint suisse.

Nous sommes d'accord avec le fait de privilégier le conjoint d'une Suissesse de l'étranger ou la conjointe d'un Suisse de l'étranger en n'exigeant pas de sa part une durée de résidence déterminée en guise de préalable au dépôt de la demande.

Art. 28a (nouveau)

¹Le conjoint étranger d'un fonctionnaire de la Confédération engagé dans le service diplomatique et consulaire, peut présenter une demande de naturalisation facilitée, lorsqu'il vit depuis cinq ans en communauté conjugale avec le fonctionnaire.

²Le requérant acquiert le droit de cité cantonal et communal de son conjoint suisse.

Nous ne trouvons pas judicieux de prévoir une disposition spéciale pour l'époux d'une fonctionnaire ou l'épouse d'un fonctionnaire suisse à l'étranger. Cette disposition non seulement favorise certaines personnes de manière injustifiée par rapport à celles dont la naturalisation facilitée est réglée par les articles 27 et 28, mais institue en outre une catégorie supplémentaire de requérantes et requérants. L'introduction de facilités particulières pour les conjoints de Suisses de l'étranger "particuliers" est contraire à l'esprit du présent projet de loi.

La Commission se prononce donc résolument pour la suppression de cet article.

Art. 31 (abrogé)

¹Le Département fédéral de justice et police statue sur les requêtes. Il ne peut, toutefois, accorder la naturalisation facilitée que si l'autorité cantonale y consent.

²Lorsque l'autorité cantonale s'oppose à la naturalisation facilitée, le Conseil fédéral peut l'accorder sur proposition du Département fédéral de justice et police ou sur recours (art. 51).

D'accord avec la suppression.

Art. 32 (abrogé)

¹La femme mariée ne peut être naturalisée qu'avec son mari. Elle est comprise dans la naturalisation de son mari lorsqu'elle y consent par écrit.

²Le 1er alinéa n'est pas applicable lorsque les époux sont séparés de corps pour une durée indéterminée ou séparés de fait depuis trois ans.

Nous nous félicitons de l'introduction de la naturalisation individuelle des conjoints.

Art. 37 (nouveau)

L'autorité fédérale peut charger le canton de naturalisation d'effectuer les enquêtes nécessaires à l'examen des conditions de la naturalisation.

Accepté.

Art. 42, 1er alinéa (nouveau)

Tout Suisse est, à sa demande, libéré de sa nationalité suisse lorsqu'il ne réside pas en Suisse et qu'il a une nationalité étrangère acquise ou assurée. Les articles 34 et 35 sont applicables par analogie.

Accepté.

Art. 43 (abrogé)

¹La femme mariée ne peut être libérée de la nationalité suisse qu'avec son mari. Elle est comprise dans la libération de son mari, lorsqu'elle y consent par écrit.

²Elle doit également remplir les conditions prévues par l'article 42, 1er alinéa. Si l'une ou l'autre de ces conditions n'est pas remplie ou si la femme refuse le consentement prévu au 1er alinéa, la libération du mari peut être différée ou refusée.

³Le 1er alinéa n'est pas applicable lorsque les époux sont séparés de corps pour une durée indéterminée ou séparés de fait depuis trois ans.

⁴La femme suisse mariée à un étranger peut être libérée de la nationalité suisse dès le moment où elle a une nationalité étrangère acquise ou assurée.

D'accord avec la suppression.

Art. 50 (nouveau)

¹La procédure auprès des autorités cantonales est régie par le droit cantonal.

²La procédure auprès de l'autorité fédérale est régie par la loi fédérale sur la procédure administrative et la loi fédérale d'organisation judiciaire.

Art. 51 (nouveau)

- ¹ Le recours contre les décisions cantonales de dernière instance et contre les décisions des autorités administratives de la Confédération est régi, sous réserve du 2e alinéa, par les dispositions générales sur la procédure fédérale.
- ² Le Département fédéral de justice et police statue définitivement sur les recours formés contre l'octroi ou le refus de l'autorisation fédérale de naturalisation. Est réservé le recours du gouvernement du canton de naturalisation au Conseil fédéral contre le refus de l'autorisation de naturalisation par le Département.
- ³ Ont également qualité pour recourir, les cantons et communes intéressés et le Département fédéral de justice et police.

Nous estimons qu'une voie de recours au Tribunal fédéral devrait aussi être prévue dans le cas de la naturalisation ordinaire, pour que l'on puisse vérifier si les dispositions du droit fédéral ont été appliquées conformément à la loi. Le commentaire de l'article 51 montre à nos yeux la nécessité d'avoir une possibilité de recours au Tribunal fédéral si l'on veut limiter les risques d'un règlement arbitraire des demandes émanant d'étrangères et d'étrangers indésirables pour des motifs politiques.

Dispositions finales et transitoires

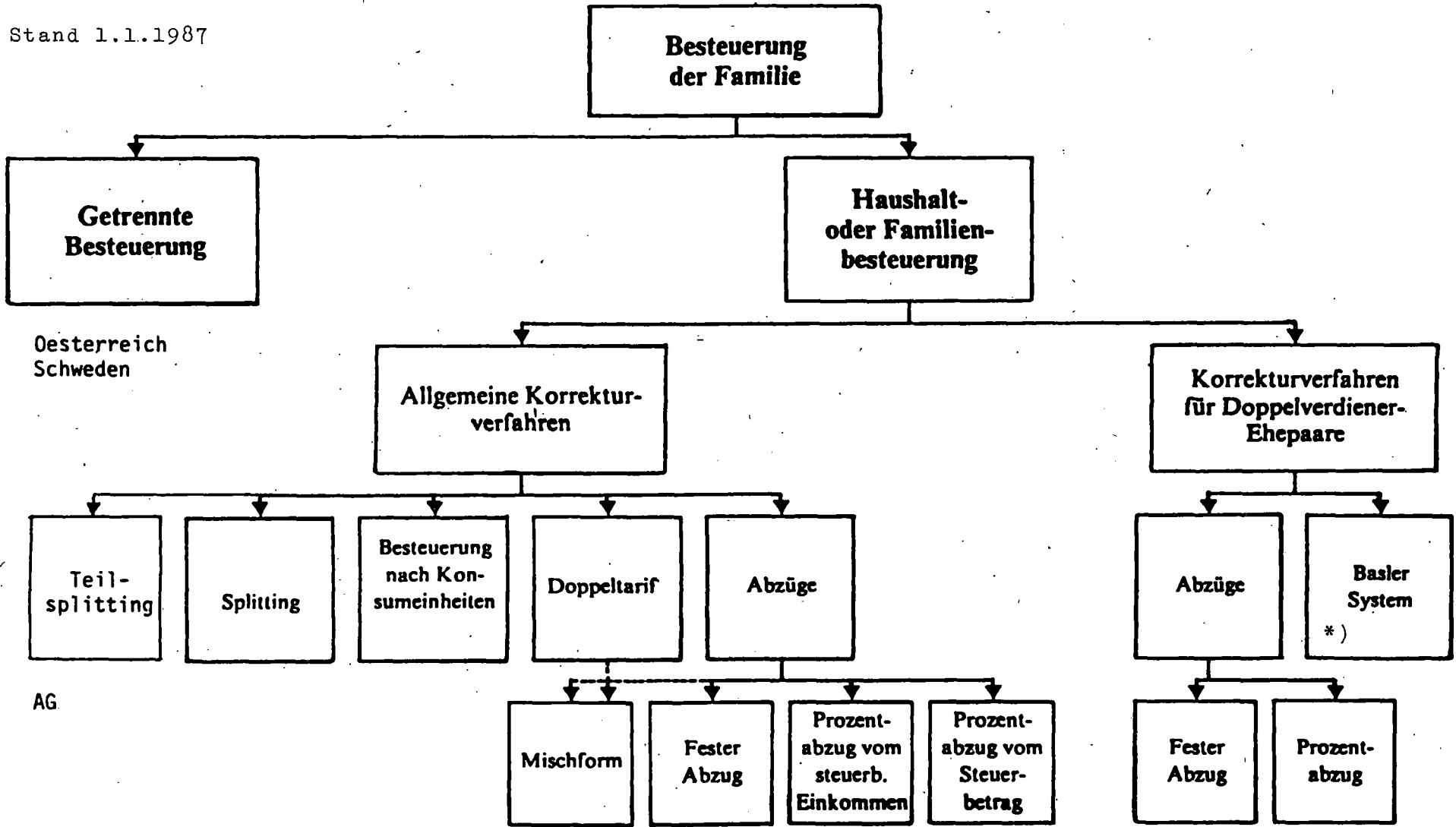
Acceptées, sauf art. 57b, alinéa 2:

Art. 57b (nouveau)

- ¹ L'enfant issu du mariage d'un étranger et d'une Suisseuse qui a acquis la nationalité suisse par un mariage antérieur avec un Suisse selon l'article 3, 1er alinéa de la loi fédérale sur l'acquisition et la perte de la nationalité suisse dans la teneur du 29 septembre 1952, n'acquiert la nationalité suisse que s'il ne peut acquérir une autre nationalité dès la naissance ou qu'il devient apatride durant sa minorité.
- ² Ses enfants acquièrent également la nationalité suisse.

La formule adoptée à cet article augmente le risque que les enfants d'une même famille aient des nationalités différentes. Pour protéger la famille, nous proposons de renoncer à cet alinéa, préférant les doubles nationalités qui en résultent aux désavantages liés au fait de pénaliser les enfants dont la mère, Suisseuse par mariage, épouse par la suite un étranger. Le régime transitoire prévu à l'article 57b, 2e alinéa, constitue en effet une discrimination grave pour ces femmes et leurs enfants.

(Traduction: Lise Knöpfel)



Oesterreich
Schweden

AG

AG
(25%/30'000)
GR
(40%/30'000)

BRD
SO (50 %)
NE (55 %)
FR (60 %)

Frankreich
VD

ZH,ZG,SH
BS,SG,TG,
GE
DBG

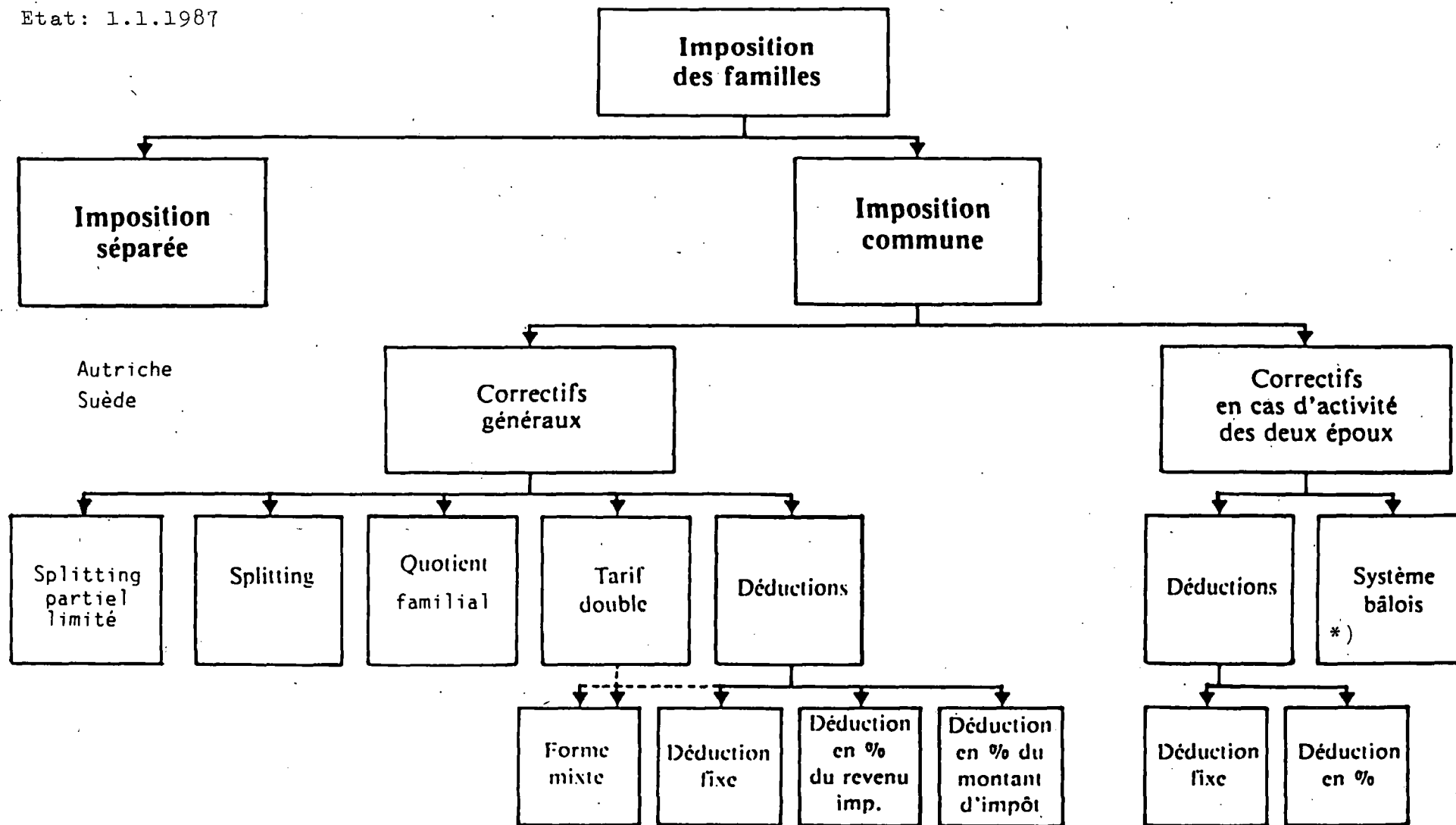
dBSt,
SZ,NW,BL,
AI,TI

BE,UR,OW
JU

LU,GL,AR
VS (20%/2000)

ZH, BE, LU, SZ, BS
SZ, NW, GL, OW, NW, ZG, BL
FR, SO, BL, AR, AI, SG,
SH, SG, TG, TI, NE,
AG, VS, dBSt, GE, JU, GR
DBG

*) Zweierverdienersplitting.



AG (25% / 30000)	Allemagne (50 %)	France	ZH, ZG, SH,	IFD,	BE, UR, OW,	LU, GL, AR,	ZH, BE, LU	BE, UR, SZ,	BS
GR (40% / 30000)	+ S0 (50 %)	+ VD	BS, SG, TG,	SZ, NW, BL,	JU	VS (20% / 2000)	SZ, NW, GL,	OW, NW, ZG,	BL
	NE (55 %)		GE	AI, TI			FR, SO, BL,	AR, AI, SG,	
	FR (60 %)						SH, SG,	TG, TI, NE,	
			LIFD				AG, VS, IFD,	GE, JU, GR	
							LIFD		

*) Splitting des revenus cumulés

Source: Administration fédérale des contributions

Das Konkubinatsrecht im steuerpolitischen Schussfeld

von Silvia Grossenbacher

Was noch vor nicht allzu langer Zeit mit einem leisen Schauer der moralischen Entrüstung als "wilde Ehe" bezeichnet wurde, ist heute eine weit herum akzeptierte Form des Zusammenlebens von Mann und Frau: das Konkubinatsrecht. In den meisten Schweizer Kantonen sind die Konkubinats-Verbote aufgehoben worden. Trotzdem bildet das Konkubinatsrecht in einem bestimmten Zusammenhang immer wieder Stein des Anstosses, dann nämlich, wenn es um die Besteuerung, die unterschiedliche Besteuerung von Konkubinatspaaren und Ehepaaren geht. Von Ungerechtigkeit ist dann die Rede oder gar von der Unterhöhlung von Ehe und Familie durch Steuervorteile der Konkubinatspaare.

Jedoch: Sind diese Vorwürfe gerechtfertigt, verhältnismässig? Welches Gewicht kommt dem Konkubinatsrecht in unserem Lande überhaupt zu? Ist die steuerliche Benachteiligung der Familie gegenüber dem Konkubinatsrecht so gravierend, wie immer wieder behauptet wird? - Diesen Fragen soll im folgenden aus familienpolitischer Sicht nachgegangen werden.

Daten, Fakten, Interpretationen

Die Angaben darüber, wieviele Personen in der Schweiz im Konkubinatsrecht leben, variieren. So schätzt der Soziologe Lüscher eine Gesamtzahl von 200'000 Personen, die ohne Trauschein ein eheähnliches Verhältnis pflegen (1). Diese Zahl entspricht einem Anteil von 3,1% der Bevölkerung. Die Volkszählung von 1980 ergab, dass 116'730 Personen als "Konsensualpaare" zusammenleben (1,8% der Bevölkerung) (2).

Reich errechnete für den Kanton Zürich eine Zahl von in nichtehelichen Gemeinschaften lebenden Personen, die einem Anteil von 2,7% der Bevölkerung entspricht (eingeschlossen in diese Berechnung sind allerdings auch Geschwisterhaushalte und Wohngemeinschaften) (3).

Eine Untersuchung in der französischen Schweiz ergab Verhältniszahlen von 0,9% (Wallis) bis 3,3% (Neuenburg) von im Konkubinatsrecht lebenden Personen verglichen mit der Bevölkerungszahl.

Eine recht bescheidene Zahl also, die zudem sehr unterschiedlich auf die verschiedenen Altersklassen verteilt ist. Verglichen mit der Gesamtzahl der Ledigen, Geschiedenen und Verwitweten machen die im Konkubinatsrecht lebenden Personen 7,2% aus. Den höchsten Anteil weisen dabei die Altersgruppen zwischen 25 und 29 Jahren (13,5%), beziehungsweise 30 bis 34 Jahren (13,4%) aus (2). Gemessen an der Gesamtzahl aller (Ehe)Paare ohne Kinder leben 12,4% der Paare ohne Kinder unverheiratet zusammen (1). Anders sehen die Verhältnisse aus, wenn von Paaren mit Kindern die Rede ist. Der Anteil "nichtehelicher Familien" an der Gesamtzahl der Familien beträgt lediglich 2% (1).

Diese Zahlen und ihre Relationen machen deutlich, dass nur eine recht geringe Anzahl von Männern und Frauen im Konkubinatsrecht leben. Konkubinatsrechte mit Kindern können gar mit Fug und Recht als Randerscheinung in unserem Land bezeichnet werden.

Der geringe Anteil von Konkubinatsrechten mit Kindern und die Tatsache, dass vor allem Paare jüngerer Altersgruppen ohne Trauschein zusammenleben, lässt den Schluss zu, dass das Konkubinatsrecht für viele Paare so etwas wie eine vorübergehende Erscheinung, eine "Ehe auf Probe" bedeutet. Die Soziologen Lüscher (1) und Kellerhals (4) schätzen übereinstimmend das Konkubinatsrecht als

eine Lebensform ein, die als Phase vor dem Eheschluss als Probeehe gelebt wird. Die meisten Paare institutionalisieren ihr Verhältnis, sobald der Wunsch nach Kindern konkret wird.

Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass das Konkubinatsverhältnis auch als bewusste Alternative zur Ehe eingegangen wird. Frauen und Männer beispielsweise, die sich mit dem Eherecht und seinen Implikationen nicht abfinden wollen, Frauen, die ihre persönliche Eigenständigkeit und Unabhängigkeit nicht aufgeben mögen, Paare, die - aus welchen Gründen auch immer - der Ehe gegenüber skeptisch und kritisch eingestellt sind, wählen das Konkubinatsverhältnis als Rahmen ihres Zusammenlebens. Zu Skepsis und Kritik der Ehe gegenüber haben vor allem Frauen gute Gründe:

- Die Gefahr, als verheiratete Berufstätige im Falle eines Arbeitskräfteüberschusses plötzlich in den Ruch der "Doppelverdienerin" zu geraten und zur Berufsaufgabe gezwungen zu werden, mag Frauen ebenfalls dazu bewegen, lieber "wild" als ehelich mit einem Partner zusammenzuleben.
- Das Eherecht - das noch geltende in krasser Weise - benachteiligt Frauen in verschiedenen Hinsichten, die an dieser Stelle nicht im einzelnen aufgeführt werden sollen.
- Die steigende Scheidungsrate und die krasse Diskriminierung geschiedener Frauen können schliesslich Frauen die Ablehnung der Ehe als Lebensform nahelegen.

Vor diesem Hintergrund wirkt die Behauptung Picononis (5), dass dem Konkubinatsverhältnis "meistens fiskalische Überlegungen zu Grunde" lägen, zu kurz gegriffen und trifft in dieser verallgemeinernden Form sicher nicht zu.

Die "fiskalischen Vorteile", mit denen das Konkubinatsverhältnis gesegnet ist, beruhen in der Regel darauf, dass beide Partner einer Erwerbstätigkeit nachgehen und dafür einzeln besteuert werden. Ein Ehepaar mit gleichen Voraussetzungen zahlt, weil die Verdienste zusammengezählt werden und der Gesamtbetrag in eine höhere Progressions-

stufe fällt, mehr Steuern.

So zumindest präsentiert sich die Problematik auf den ersten Blick. Doch dem Ausgleich dieser Ungerechtigkeit dienen verschiedene Abzugsmöglichkeiten für verheiratete Steuerpflichtige, die sowohl bei der direkten Bundessteuer wie auch bei den kantonalen Fiskalabgaben geltend gemacht werden können.

Verheiratete kommen in den Genuss höherer Sozialabzüge, höherer Abzüge für Versicherungsprämien, Abzüge für die erwerbstätige Ehefrau, Prozentabzüge vom Steuerbetrag, oder sie werden nach einem anderen Tarif besteuert als Alleinstehende.

Gleichwohl kann das Konkubinatsverhältnispaar - rein steuerlich gesehen - besser wegkommen als ein verheiratetes Paar, insb. wenn beide Partner in etwa gleichem Ausmass berufstätig sind. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Steuerproblematik so isoliert betrachtet werden kann.

Ehe und Familie gelten nicht nur im Steuersystem als Einheit, sondern auch im Sozialversicherungsrecht und hinsichtlich familienpolitischer Massnahmen. Dieser Auffassung liegt ein bestimmtes Leitbild von Ehe und Familie zugrunde. Das Leitbild nämlich, wonach Frau und Mann unterschiedliche, sich ergänzende Rollen zu übernehmen haben, der Mann Ernährer und damit berufstätig ist, die Frau Hausfrau und damit nicht erwerbstätig ist, sondern vom Einkommen des Gatten "versorgt" wird. Dementsprechend lösen die Sozialversicherungsbeiträge der Männer andere, höhere Leistungen aus, als die der Frauen.

Nehmen wir das Beispiel AHV:

Die Beiträge der Frau können folgende Leistungen auslösen:

- einfache Altersrente (gilt nur für verheiratete Frauen)
- Waisenrente.

Die Beiträge des Mannes hingegen können begründen:

- einfache Altersrente
- Ehepaaraltersrente
- Zusatzrente für die jüngere Ehefrau
- Witwenrente

- zusätzliche Witwenrente für eine oder mehrere geschiedene Frauen
- Waisenrente.

Auch in anderen familienpolitisch abgestuften Versicherungsleistungen an Männer sind die Versorgungsansprüche der Ehefrau mit inbegriffenen (Militär-, Unfall-, Invalidenversicherung).

Diese Zusatzleistungen werden - entsprechend dem Familienleitbild - ausgeschüttet, ohne Rücksicht darauf, ob die Ehefrau erwerbstätig ist oder nicht.

Die wirklich Benachteiligten: alleinerziehende Mütter

Das Leitbild der Familienpolitik in der Schweiz hat zur Folge, dass unkonventionelle Lebensformen, die diesem Leitbild nicht entsprechend, krass benachteiligt werden.

Nehmen wir noch den Umstand hinzu, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt wesentlich geringere Verdienstchancen haben als Männer (trotz Verfassungsgarantie auf gleichen Lohn bis zu 30% Unterschiede), dann wird ganz klar, wer die eigentlich Benachteiligten sind: ledige Frauen, alleinerziehende Eltern und ganz besonders alleinerziehende Mütter. Da ihnen ein "Versorger" fehlt, müssen sie die materiellen Lebensgrundlagen und die soziale Sicherheit für sich und ihre Kinder selbst erarbeiten. Da es an Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder fehlt, sind sie zumeist zu harten Einschränkungen oder extremer Doppelbelastung gezwungen.

Ich komme noch einmal zurück auf die Zahlenvergleiche. Alleinerziehende Eltern (zumeist Mütter) gibt es in der Schweiz 108'500, also ungefähr zehnmal mehr als Konkubinatspaare mit Kindern (1).

Und damit wird auch klar, aus welchem ideologischen Hintergrund heraus die Seitenhiebe auf das Konkubinat erfolgen. Die überbewerteten Steuervorteile der Konkubinatspaare sind nur der Aufhänger beim Versuch, ein veraltetes sozial ungerechtes, Frauen benachteiligendes System der Familienpolitik zu verteidigen und ein traditionelles Familienleitbild aufrecht zu erhalten.

Die Tendenz, die "Ungerechtigkeiten" zwischen Konkubinat und Ehe auszuräumen, führt dazu, dass Ledige steuerlich immer stärker belastet werden. Dieser Tendenz muss einerseits aus einer fortschrittlichen familienpolitischen Sicht heraus und andererseits im Interesse der Frauen entgegen gewirkt werden. Die einseitige, steuer-, familien- und sozialpolitische Bevorzugung einer bestimmten Lebensform ist nicht gerechtfertigt, weil sie stossendes Unrecht gegenüber Alleinstehenden v.a. alleinstehenden Frauen mit Kindern zementiert.

* * * *

Anmerkungen:

- 1) Lüscher, K.: Die Schweizer Familien der achtziger Jahre, NZZ 19.10.83.
- 2) Bundesamt für Statistik: Volkszählung 1980, Bd. 12.
- 3) Reich, M.: Zur Frage der Ehegattenbesteuerung. Zürich 1985.
- 4) Kellerhals, J.: Fragen und Vorschläge zum soziologischen Studium der Krise der Familie. In: Perrez, M. (Hrsg.): Krise der Kleinfamilien? Bern 1979.
- 5) Piconi, A.: Die Besteuerung der Familie im Einkommens- und Vermögenssteuerrecht unter Berücksichtigung der Sozialversicherung (Dissertation). Zürich 1979.

Le concubinage, sujet controversé du débat sur la politique fiscale - Résumé

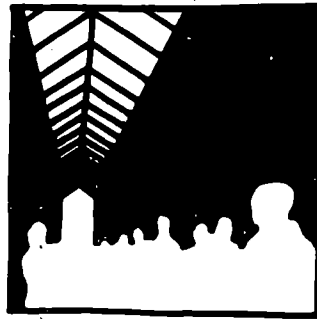
de Silvia Grossenbacher

Dans le débat sur la politique fiscale, le concubinage suscite régulièrement des polémiques. Les avantages fiscaux dont bénéficient les couples vivant en union libre permettent de justifier les allègements accordés aux couples mariés. On pourrait y ajouter les déductions fiscales prévues à l'intention des personnes mariées, mais il ne faut pas se borner aux aspects fiscaux de la question. Cette optique des choses masque en effet les privilèges octroyés aux couples mariés en matière de sécurité sociale, privilèges qui - conformément au principe de la solidarité - sont partiellement financés par les célibataires. Des études sociologiques ont montré que dans la majorité des cas, le concubinage est un mariage "à l'essai", un mode de vie qui débouche généralement sur un mariage dès que le couple désire avoir des enfants. Il n'est donc pas pertinent de dire que le concubinage constitue une menace pour la famille en tant qu'institution.

Relever les (quelques) avantages fiscaux dont profitent les personnes vivant en concubinage par rapport à celles qui sont mariées, est à mes yeux aussi un moyen de taire les nombreux inconvénients, bien plus graves, dont souffrent les célibataires et, parmi eux, surtout les femmes élevant seules des enfants. Les mères célibataires sont en effet défavorisées par rapport aux pères de famille, non seulement en ce qui concerne leur vie professionnelle, mais également sur le plan des assurances sociales. La sécurité sociale, la politique familiale et les régimes fiscaux sont fondés sur une certaine conception de la famille, selon laquelle l'homme subvient aux besoins de

la famille par une activité professionnelle tandis que la femme se voit attribuer le double rôle de mère et de ménagère. Les autres modes de vie ne sont pas suffisamment protégés ni soutenus, même s'ils remplissent la même fonction qu'une famille conventionnelle.

(Traduction: Lise Knöpfel)



Im Exil
Lernt man am besten
Den Wert der Tage
Im Exil
Lernt man am besten
Die Vergänglichkeit
Im Exil
Lernt man am besten
Erkennen
Tod und Leben
Als Liebespaar

Il concubinato nel dibattito tributario
 Riassunto

di Silvia Grossenbacher

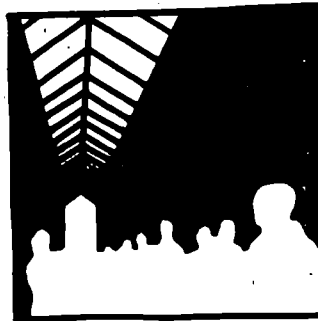
Nel dibattito sulla politica tributaria, il concubinato torna puntualmente alla ribalta come pietra dello scandalo. I vantaggi fiscali dei quali approfittano le coppie non sposate servono da argomento per ottenere agevolazioni a favore delle coppie sposate. A prescindere dal fatto che i coniugi beneficiano comunque di varie deduzioni, il dibattito non deve essere ridotto al solo aspetto delle imposte. L'analisi unilaterale maschera segnatamente i vantaggi riservati ai coniugati in materia di assicurazioni sociali: vantaggi sostenuti e con-finanziati - in virtù del principio della solidarietà - dalle persone non sposate.

Le indagini sociologiche mostrano che il concubinato è di regola vissuto come un "matrimonio di prova", come una forma di vita che si tramuta in matrimonio non appena si pensa seriamente a mettere al mondo dei figli. L'affermazione secondo la quale il concubinato minaccerebbe l'esistenza della famiglia si rivela insostenibile.

Il dibattito sui (piccoli) vantaggi delle coppie concubinarie rispetto alle coppie coniugate servono, a mio modo di vedere, anche a mascherare quell'ingiustizia effettiva e assai più gravosa che colpisce le persone non sposate, in particolare le donne nubili con figli a carico. A prescindere dalle discriminazioni che svantaggiano le madri nubili rispetto ai padri di famiglia nella vita economica, le madri nubili sono pure svantaggiate rispetto alle assicurazioni sociali. Assicurazioni sociali, politica familiare, politica fiscale sono riferite a un modello di famiglia che prevede per l'uomo il ruolo del sosteni-

tore attivo professionalmente, mentre relega la donna a quello di casalinga e madre. Le forme di vita che non rientrano in tale schema non godono di sufficiente protezione e incoraggiamento, benché assicurino le stesse funzioni e prestazioni della famiglia.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)



Ich bin ein Fluß
 Der
 Seine Quelle verlassen hat
 Und sich
 Nach dem weiten Meer sehnt
 Weil er weiß
 Daß die Quelle
 Erst dann
 Eins wird
 Mit dem weiten, großen Meer

Besteuerung der Familie im Bundesrecht

von der Eidg. Steuerverwaltung

1 Einleitung

Die schweizerischen Einkommens- und Vermögenssteuergesetze gehen von der Einheit der Familie aus und sind daher auf dem Grundsatz der Familienbesteuerung aufgebaut.

Dieser Grundsatz bedeutet, dass für die Einkommenssteuer die Einkommen der Ehegatten und ihrer minderjährigen Kinder zusammengerechnet werden und die Steuer auf dem so ermittelten Gesamteinkommen berechnet wird. Die gleiche Regelung gilt für die Veranlagung und Berechnung der Vermögenssteuer.

Infolge der progressiven Ausgestaltung der Einkommens- und Vermögenssteuertarife - d.h. aufgrund des stetigen Anstiegs der Steuerbelastung mit zunehmendem Einkommen oder Vermögen - kann die Familienbesteuerung zu einer ungerechtfertigten Erhöhung der Steuerlast Verheirateter gegenüber unverheirateten Paaren führen. Aus den folgenden Uebersichten wird jedoch deutlich, dass beim Vergleich Ehepaar-Konkubinat jeweils die Zusammensetzung des Einkommens entscheidend ist für die jeweilige Steuerbelastung. Eine wesentliche Mehrbelastung ergibt sich für verheiratete Paare im Vergleich zu Konkubinatspaaren nur, wenn beide Partner ein etwa ähnlich hohes Erwerbseinkommen erzielen (Doppelverdiener-ehepaare), s.S. 28ff.

Dieser Fall steht denn auch im Zentrum der Kritik an der Familienbesteuerung, welche eine gerechtere Verteilung der Steuerlast auf die einzelnen Steuerträger fordert (1).

Wie soll aber eine "gerechte" Verteilung umschrieben werden? Mit welchen Methoden und Korrekturverfahren kann sie erreicht werden? Welches ist der aktuelle Stand der Familienbesteuerung und welche Entwicklung zeichnen sich für die Schweiz ab?

2 Familienbesteuerung und Steuersystem

Die Anpassung der Steuerlast an die persönlichen Verhältnisse wird einerseits durch den Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit geregelt, eine Lösung, die auch international ihre Gültigkeit hat.

Nun wäre es aber verfehlt, als Grundlage zur Bestimmung der finanziellen Leistungsfähigkeit einzig die Höhe des Einkommens zu berücksichtigen. Hierfür sind neben dem Einkommen auch die persönlichen Lebensverhältnisse des einzelnen massgebend. Dabei sind insbesondere die Familienlasten wesentlich: Ein Einkommen in einer bestimmten Höhe kann einem Alleinstehenden schon ein sorgloses Leben garantieren, während das gleiche Einkommen einer Familie noch enge Budgetgrenzen auferlegt, da mehrere Personen damit unterhalten werden müssen.

Dieser Verminderung der finanziellen Leistungsfähigkeit steht allerdings die Tatsache gegenüber, dass das Leben zu zweit wirtschaftlicher ist; so kann die Zweizimmerwohnung eines Alleinstehenden nur unwesentlich weniger kosten als die Dreizimmerwohnung eines Paares, die zwei Personen dennoch einen gleichwertigen Komfort bietet wie jene einer Person. Sicher kann ein Alleinstehender auch in der Haushaltsführung kaum gleich rationell vorgehen wie eine Gemeinschaft, in der ein Partner dazu freigestellt ist.

Diese und ähnliche Effekte haben bei gleichem Einkommen für ein Ehepaar gegenüber einem Alleinstehenden eine geringere

DIREKTE BUNDESSTEUER EINES EhePAARES UND EINES KONKUBINATSPAARES

Erstverdienst (brutto in Fr.)	50'000	40'000	25'000
Zweitverdienst (")	0	10'000	25'000
Zusammen (")	50'000	50'000	50'000

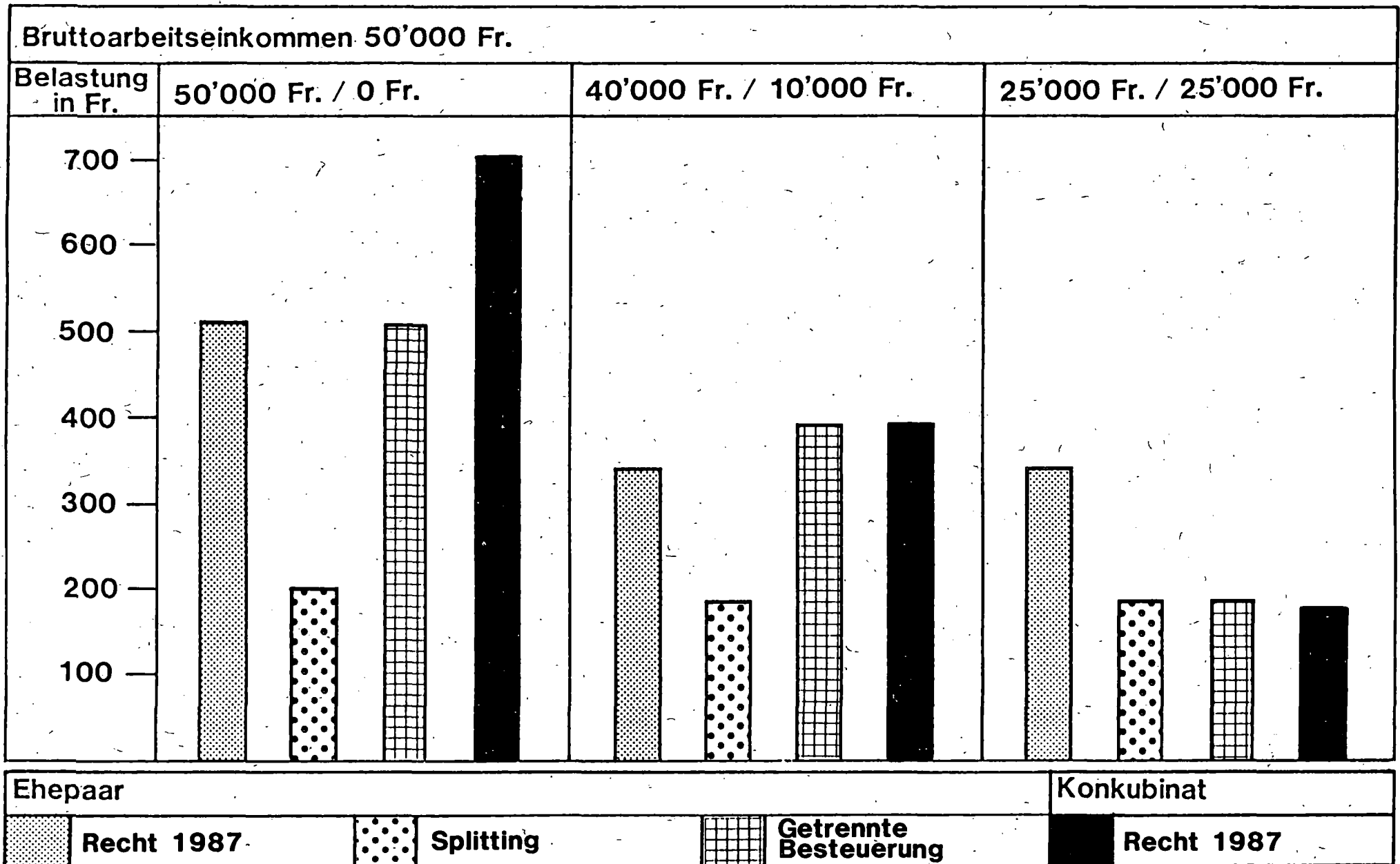
RECHT 1987	Fr.	%	Fr.	%	Fr.	%
• Ehepaar	511	1,0	342	0,7	342	0,7
• Konkubinat	710	1,4	399	0,8	188	0,4

SPLITTING #	Fr.	%	Fr.	%	Fr.	%
• Ehepaar	200	0,4	188	0,4	188	0,4
• Konkubinat	710	1,4	399	0,8	188	0,4
GETRENNTE BESTEUERUNG #						
• Ehepaar	511	1,0	399	0,8	188	0,4
• Konkubinat	710	1,4	399	0,8	188	0,4

Berechnungsgrundlage: Tarif und Abzuege gem. Recht 1987

ohne Verheirateten- und Zweitverdienerabzug

DIREKTE BUNDESSTEUER EINES EhePAARES UND EINES KONKUBINATSPAARES



DIREKTE BUNDESSTEUER EINES EhePAARES UND EINES KONKUBINATSPAARES

Erstverdienst (brutto in Fr.)	100'000	90'000	50'000
Zweitverdienst (")	0	10'000	50'000
Zusammen (")	100'000	100'000	100'000

RECHT 1987	Fr.	%	Fr.	%	Fr.	%
• Ehepaar	3996	/ 4,0	3369	/ 3,4	3369	/ 3,4
• Konkubinat	4579	/ 4,6	3578	/ 3,6	1421	/ 1,4

SPLITTING

• Ehepaar	1505	/ 1,5	1422	/ 1,4	1422	/ 1,4
• Konkubinat	4579	/ 4,6	3578	/ 3,6	1421	/ 1,4

GETRENNTE BESTEUERUNG

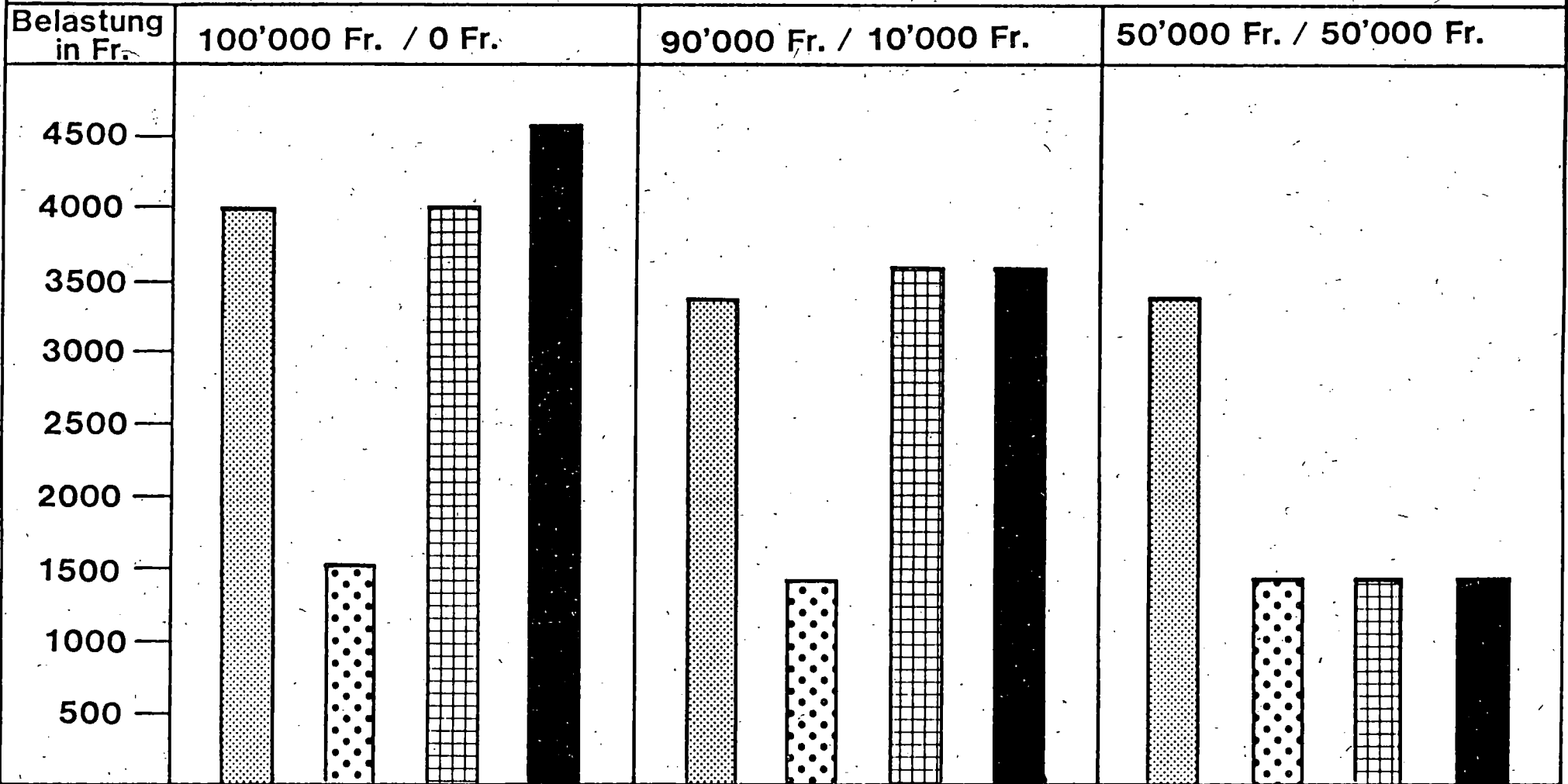
• Ehepaar	3996	/ 4,0	3578	/ 3,6	1421	/ 1,4
• Konkubinat	4579	/ 4,6	3578	/ 3,6	1421	/ 1,4





Berechnungsgrundlage: Tarif und Abzuege gem . Recht 1987

ohne Verheirateten- und Zweitverdienerabzug

DIREKTE BUNDESSTEUER EINES EhePAARES UND EINES KONKUBINATSPAARES

Bruttoarbeitseinkommen 100'000 Fr.



Ehepaar			Konkubinat		
	Recht 1987		Splitting		Getrennte Besteuerung
					Recht 1987

finanzielle Leistungsfähigkeit zur Folge, welche aber dennoch deutlich höher ist als diejenige eines Alleinstehenden mit halbem Einkommen.

Noch anders gestaltet sich die Situation für Ehepaare, deren beiden Gatten erwerbstätig sind; auch sie profitieren von kostenmildernden Wirkungen des gemeinsamen Lebens (Wohnung, Sachversicherungen u.ä.), aber nicht mehr so ausgeprägt, wie dies für Alleinverdiener-Ehepaare zutrifft, denn die doppelte Erwerbstätigkeit bringt erhöhte Haushaltungskosten mit sich. So fällt zum Beispiel der Vorteil einer rationelleren Haushaltsführung weitgehend weg, da ja kein Partner mehr voll dafür freigestellt ist. Zudem fallen Mehrkosten an, wie etwa doppelte Berufsauslagen oder Kosten für Hilfspersonal im Haushalt.

Bei gleichem Einkommen liegt damit die finanzielle Leistungsfähigkeit dieser Gruppe, speziell für die niederen Einkommen, tiefer als jene der Gemeinschaften mit traditioneller Rollenteilung; sie bleibt aber in jedem Fall höher als diejenige eines Alleinstehenden mit dem halben Einkommen.

Die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit sind also wesentlich dadurch bestimmt, ob ein gemeinsamer Haushalt geführt wird, und wie viele Personen zum Gesamteinkommen beitragen; der Zivilstand bleibt hier ohne Einfluss. Im Zusammenhang mit der Familienbesteuerung bedeutet dies, dass sich für Ehepaare und für nichteheliche Haushaltsgemeinschaften in gleicher Situation tatsächlich eine identische finanzielle Leistungsfähigkeit ergibt, die auch nach einer identischen Besteuerung rufen würde. Dieser Umstand führt zu den in der Einleitung geschilderten, als Ungerechtigkeit empfundenen Problemen.

3 Systeme und Korrekturverfahren

Grundsätzlich sind zwei verschiedene Systeme, nämlich die Familienbesteuerung und die getrennte Besteuerung (Individualbesteuerung) zu unterscheiden:

31 Familienbesteuerung

Die Familienbesteuerung beruht auf dem Grundsatz, dass zusammenlebende Ehepaare eine Erwerbs- und Verbrauchsgemeinschaft bilden, dass also die Familie als Einheit zu verstehen ist. Für die Steuern heisst dies, dass die Einkommen (aber auch die Verluste) und Vermögen (bzw. Schulden) der Ehegatten sowie ihrer minderjährigen Kinder zusammengerechnet werden. Massgebend für die Steuerberechnung ist also das Gesamteinkommen bzw. Gesamtvermögen des Ehepaars.

Anders die Paare ohne Trauschein. Diese bilden zwar genau gleich Erwerbs- und Verbrauchsgemeinschaften wie die Ehepaare und weisen bei gleichem Einkommen auch eine gleiche finanzielle Leistungsfähigkeit auf. Steuerrechtlich gelten sie aber nicht als Einheit und werden daher getrennt veranlagt.

Bei der Begründung dieser unterschiedlichen Behandlung steht hier das Erfassungsproblem im Vordergrund. Während Ehepaare durch ihren Zivilstand eindeutig als Gemeinschaft erkennbar sind, bedürfte es zur Erfassung aller anderen gemeinsamen Haushalte erweiterter staatlicher Kontrollen. Der hierfür notwendige Eingriff in die Privatsphäre, deren Schutz immerhin ein wesentliches Rechtsgut (Grundrechte) darstellt, ist aber dazu nicht gerechtfertigt. Eine befriedigende Lösung ist hier also kaum möglich; einziges Erfassungskriterium bleibt damit der Zivilstand.

Um dieser Belastungsverzerrung zwischen Ehepaaren und nichtehelichen Paaren Rechnung zu tragen, existieren jedoch eine Vielzahl möglicher Korrekturverfahren, wie sie im folgenden dargestellt werden sollen (2).

Abzüge vom Reineinkommen (Reinvermögen): Bei diesem Verfahren werden Ehepaaren Abzüge vom Reineinkommen gewährt. Das steuerbare Einkommen wird dadurch vermindert und entsprechend auch die Steuerlast gesenkt.

Diese Abzüge können fixe Frankenbeträge sein oder prozentual in Abhängigkeit vom Reineinkommen festgelegt werden; bei letzteren sind frankenmässige Minimal- und Maximalbeträge gebräuchlich.

Analoge Abzüge können auch für die Vermögensteuer gewährt werden.

Abzüge vom Steuerbetrag:

Nach dieser Methode wird Verheirateten vom geschuldeten Steuerbetrag ein Abzug gewährt. Dieser kann fix oder prozentual ausgestaltet werden. Für Prozentabzüge sind auch hier frankenmässige Minima und Maxima gebräuchlich.

Doppeltarif:

Hier kommen für Verheiratete und Alleinstehende unterschiedliche Tarife zur Anwendung. Damit lässt sich auf jeder Einkommensstufe die gewünschte Belastungsrelation festlegen.

Splittingverfahren:

Bei diesem vor allem in der Bundesrepublik Deutschland angewendeten System (daneben wird auf Verlangen getrennt besteuert) geben die Ehegatten wie bei der herkömmlichen Familienbesteuerung eine einzige Steuererklärung ab; ihre Einkommen werden zusammengerechnet und das Gesamteinkommen muss versteuert werden. Zur Ermittlung des massgebenden Steuersatzes wird aber das Gesamteinkommen durch zwei geteilt, und zwar unabhängig davon, welcher Ehepartner wieviel zum Gesamteinkommen beigetragen hat. Die Halbierung gilt also auch für Alleinverdiener-Ehepaare.

Auch dem Splittingverfahren liegt der Gedanke zugrunde, dass zusammenlebende Ehegatten eine Erwerbs- und Verbrauchsgemeinschaft bilden. Mit der Halbierung des Einkommens wird allerdings angenommen, dass beide Ehegatten gleich viel an den gesamten Einkünften und Ausgaben teilhaben.

Mit der Besteuerung zum Steuersatz des halben Gesamteinkommens unterstellt das Splitting ferner, dass Verheiratete die gleiche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hätten wie Alleinstehende mit halbem Einkommen. Mit anderen Worten kann ein Verheirateter genau doppelt soviel Einkommen erzielen wie ein Alleinstehender, bis er dem gleichen Steuersatz unterworfen ist wie jener und damit (pro Kopf) den gleichen Steuerbetrag zu entrichten hat.

Die schon besprochene Erhöhung der Leistungsfähigkeit durch das Führen eines gemeinsamen Haushalts bleibt also unberücksichtigt.

Das Einkommens-Splitting bewirkt deshalb auf allen Einkommensstufen, vor allem aber im Bereich der oberen Einkommen, wo sich das "Brechen" der Progression besonders stark auswirkt, unangemessen hohe Entlastungen der Verheirateten gegenüber den Alleinstehenden.

Die Besteuerung nach Konsumeinheiten:

Sie ist eine weiterentwickelte Form des Splittingverfahrens, welche in Frankreich und neuerdings im Kanton Waadt angewendet wird. Bei diesem Verfahren wird das Gesamteinkommen nicht mehr durch einen festen, sondern durch einen variablen Divisor geteilt und der für dieses Teileinkommen massgebende Steuersatz auf das Gesamteinkommen angewendet. Der variable Divisor soll entsprechend der Familiengrösse dem Verbrauch (Konsumbedarf) der einzelnen Glieder der Familiengemeinschaft Rechnung tragen.

Damit wird darauf Rücksicht genommen, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Steuerpflichtigen nicht nur von seinem Einkommen, sondern ebenso von der Grösse und Zusammensetzung seiner Familie abhängig ist.

Dieser Stärke der Besteuerung nach Konsumeinheiten steht aber eine bedeutende Schwäche gegenüber: Die Wirkungen der progressiven Einkommensbesteuerung werden gemildert und damit fallen die Steuerentlastungen für bestimmte Gruppen von Steuerpflichtigen unverhältnismässig hoch aus.

Die Entlastung der Doppelverdienerhepaare: Die Besteuerung der Ehepaare, deren beide Ehegatten einer Erwerbstätigkeit nachgehen, ist der eigentliche Kernpunkt der Kritik an der gemeinsamen Veranlagung. Um hier eine gerechte Besteuerung zu gewährleisten, sind zusätzlich zu den oben erwähnten Verfahren und neben dem erhöhten Berufsauslagekostenabzug weitere Korrekturmassnahmen möglich.

Den erhöhten Haushaltungskosten, die durch die doppelte Erwerbstätigkeit entstehen, wird allgemein durch einen besonderen Abzug Rechnung getragen. Dieser Abzug kann verschieden ausgestaltet werden:

Doppelverdienerabzug:

Für doppelte Erwerbstätigkeit wird ein frankenmässig fixer Betrag zum Abzug zugelassen. Der Abzug kann auf dem Reineinkommen oder auf dem Steuerbetrag gewährt werden.

Prozentualabzüge:

Die Entlastung wird in Abhängigkeit des Reineinkommens oder des Steuerbetrages festgesetzt. Dem Grundgedanken der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit folgend werden frankenmässige Minimal- und Maximalbeträge festgelegt.

Zweiverdienersplitting:

Bei diesem System erfolgt die Besteuerung des Gesamteinkommens zu dem Satz, der anwendbar ist, wenn das Gesamteinkommen um das niedrigere Erwerbseinkommen, höchstens aber um einen bestimmten Betrag vermindert wird.

32 Getrennte Besteuerung (Individualbesteuerung)

Bei der getrennten Besteuerung wird jede Person selbständig veranlagt und besteuert.

Für Ehepaare bedeutet dies, dass jeder Ehegatte unabhängig vom anderen seine eigene Steuererklärung auszufüllen und die auf dem ausgewiesenen Einkommen und Vermögen geschuldete Steuer zu entrichten hat.

Diese auf den ersten Blick einfache und bestechende Lösung erweist sich aber als problematisch, sobald man deren Wirkungen genauer betrachtet:

- Mit der getrennten Veranlagung verlieren die Ehegatten die Möglichkeit, Verluste und Schulden gegenseitig zu verrechnen.
- Zusätzlich wäre zu prüfen, ob die gegenseitigen Leistungen unter den Ehegatten gemäss den schweizerischen Einkommens- und Vermögensbegriffen nicht steuerlich aufgerechnet werden müssten.
- Wie sollen alleinverdienende Ehepaare, welche ja die Mehrzahl der Ehepaare darstellen, getrennt veranlagt werden?

(3)

- Dieses Problem stellt sich umso mehr, als sich aufgrund der bestehenden Ehegüterrechtsstände nur in sehr unterschiedlichem Mass feststellen lässt, welche Einkünfte jedem Ehegatten effektiv zufließen und welche Vermögenswerte ihm zustehen. Erschwerend wirkt hier weiter, dass in Bezug auf die Güterrechtsstände Rechtsnorm und Rechtswirklichkeit in der Praxis sehr oft nicht übereinstimmen. Dadurch hervorgerufene Abklärungsarbeiten würden zusätzliche Schwierigkeiten und Aufwand für den Steuerpflichtigen wie auch für die Steuerbehörde mit sich bringen.

- Weiter ist zu bedenken, dass die Individualbesteuerung der Ehegatten zu einer ungleichmässigen Besteuerung der Ehepaare führt, je nachdem, ob nur einer oder beide Ehegatten Einkommen erzielen oder über Vermögen verfügen.

Wegen der Progression der Steuertarife ergeben sich damit bei gleichem Gesamteinkommen unterschiedliche Steuerbelastungen, die umso grösser werden, je ungleichmässiger das Gesamteinkommen auf die beiden Ehegatten verteilt ist.

Die stärkste Belastung würde diejenigen Ehepaare treffen, bei welchen nur ein Ehepartner erwerbstätig ist, während der andere den Haushalt führt und die Kinder betreut. Bei gleichem Gesamteinkommen würde die Steuerlast dieser Ehepaare gleich hoch sein wie diejenige von Alleinstehenden; deshalb müsste eine Korrektur durch einen Alleinverdienerabzug erfolgen.

- Zudem ist zu befürchten, dass die getrennte Veranlagung die Ehepaare dazu führt, durch geschicktes Geschäftsgebauren (Scheinarbeits- und Gesellschaftsverträge, Vermögensverschiebungen, usw.) ihre Einkommens- und Vermögenswerte so unter sich aufzuteilen, dass die Progressionswirkung minimiert wird, eine Möglichkeit, die vor allem den Selbständigerwerbenden, den Arbeitnehmern aber kaum offensteht.
- Ein allfälliger Verzicht auf die Zusammenrechnung der Steuerfaktoren der Ehegatten und somit auf die Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Verhältnis zu den Alleinstehenden würde vor allem den

oberen Einkommens- und Vermögensschichten zugute kommen. Die daraus entstehenden Steuerausfälle müssten angesichts der Finanzlage der öffentlichen Hand durch eine entsprechende Tarifanpassung wieder wettgemacht werden.

Aufgrund dieser vielen Nachteile der Individualbesteuerung erachtet es der schweizerische Gesetzgeber immer noch als angezeigt, auf dem bisher beschrittenen Weg der gemeinsamen Veranlagung zu bleiben und die hier bereits erprobten Korrekturen zu optimieren.

4 Familienbesteuerung im geltenden Recht der direkten Bundessteuer

Das geltende Recht der direkten Bundessteuer kennt für Alleinstehende und Verheiratete den gleichen Tarif. Den unterschiedlichen Soziallasten von Alleinstehenden und Verheirateten wird durch einen den Verheirateten gewährten Sozialabzug von Fr. 4'300.- Rechnung getragen (Art. 25 Abs. 1 Buchst. a BdBSt). Hinzu kommt ein Kinderabzug von Fr. 2'200.- für jedes Kind unter 18 Jahren, für das der Steuerpflichtige sorgt; befindet sich das Kind in der Berufslehre oder im Studium, so kann der Abzug auch nach Vollendung des 18. Altersjahres gewährt werden (Art. 25 Abs. 1 Buchst. c BdBSt). Den Verheirateten steht ferner ein kombinierter Versicherungs- und Sparzinsenabzug von Fr. 2'000.- zur Verfügung, womit Versicherungsprämien sowie Zinsen von Sparkapitalien abgezogen werden können; dieser Abzug erhöht sich um Fr. 400.- pro Kind, für welches ein Kinderabzug getätigt werden kann.

Für die verheirateten Doppelverdiener ist ferner ein Abzug von Fr. 4'300.- vorgesehen, der vom Erwerbseinkommen des zweitverdienenden Ehegatten vorgenommen werden kann. Arbeitet ein Ehegatte regelmässig und in beträchtlichem Mass im Beruf oder Geschäfts-, Gewerbe- oder Landwirtschaftsbetrieb des anderen Ehegatten mit, so kann dieser Betrag von dessen Einkommen abgezogen werden (Art. 22 Abs. 1 Buchst. 1 BdBSt).

Schliesslich besteht seit 1983 ein neuer Abzug für die sogenannte Halbfamilie;

unter diesem Titel kann zur Zeit ein Betrag von Fr. 3'200.- von Verwitweten, Geschiedenen oder Ledigen zum Abzug gebracht werden, die zusammen mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen einen Haushalt führen (Art. 25 Abs. 1 Buchst. b BdBSt).

5 Die Familienbesteuerung in der zukünftigen Gesetzgebung des Bundes

Entscheidend in diesem Zusammenhang sind die Entwürfe zu Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern von Kantonen und Gemeinden (StHG) sowie über die direkte Bundessteuer (DBG), wie sie der Bundesrat mit der Botschaft vom 25. Mai 1983 vorgelegt hat (4). Danach soll der unterschiedlichen finanziellen Leistungsfähigkeit zwischen verheirateten und alleinstehenden Personen wie folgt Rechnung getragen werden:

51 Einzelheiten der Regelung im StHG

Das StHG statuiert den Grundsatz der Zusammenveranlagung der in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe lebenden Steuerpflichtigen sowie von Einkommen und Vermögen minderjähriger Kinder. Bezüglich des allgemeinen Korrekturverfahrens bestimmt das StHG, dass für verheiratete Personen, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, die Steuer tiefer angesetzt wird. Ueber das Ausmass der Entlastung kann und darf sich das Bundesrecht aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht näher festlegen. Hingegen wird die Wahl der zulässigen Korrekturverfahren eingeschränkt auf zwei Lösungen: Entweder Doppeltarif oder frankenmässig begrenzter Prozentabzug vom Steuerbetrag. Die Einführung eines Splitting-Verfahrens, sei es nun in Form des Ehegattensplittings oder des Vollsplittings nach deutschen bzw. französischem Muster wäre demnach bundesrechtlich unzulässig. Man kann sich fragen, ob diese Einschränkung verfassungsrechtlich zulässig ist; in der Botschaft wird diese Frage vom Bundesrat stillschweigend bejaht.

Das StHG enthält auch eine Bestimmung über das Korrekturverfahren für Doppelverdiener-Ehepaare, wobei das kantonale Recht den Umfang bestimmt. Ferner ist die Systemwahl frei: Das kantonale Recht kann einen

fixen Abzug vom Einkommen oder aber einen flexiblen Abzug zur Satzbestimmung (Zweiverdienersplitting) vorsehen. Das kantonale Recht kann schliesslich bestimmen, dass der Abzug unterschiedlich hoch ist, je nach dem, ob das Zweiteinkommen unabhängig vom erstverdienenden Ehegatten oder in Mitarbeit mit ihm erzielt wird.

Sozialabzüge im engeren Sinn (für Kinder, unterstützungsbedürftige Personen, Alleinstehende mit Unterstützungspflichten) usw. enthält das StHG dagegen nicht; sie sind ausdrücklich dem kantonalen Recht vorbehalten.

Mit Artikel 4 Abs. 2 BV, der die Gleichberechtigung von Mann und Frau statuiert, verträgt sich die bisher übliche gesetzliche Vertretung der Ehefrau durch den Ehemann nicht mehr. Deshalb wird bestimmt, dass Ehegatten, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, die nach dem StHG dem Steuerpflichtigen zukommenden Verfahrensrechte und Verfahrenspflichten gemeinsam ausüben. Das bedeutet in der Praxis vor allem, dass die Ehegatten die Steuererklärung gemeinsam unterschreiben.

52 Behandlung der Vorlage im Ständerat als Erstrat

Ebenso wie der Bundesrat sprach sich auch der Ständerat ausdrücklich für die Familienbesteuerung aus und lehnte die getrennte Besteuerung der Ehegatten ab, weil eine solche seiner Ansicht nach im Widerspruch zur rechtlichen und wirtschaftlichen Einheit der Ehe steht. Bei der Frage der Entlastung der Ehegatten bei der direkten Bundessteuer entschied er sich ebenfalls wie der Bundesrat für die Methode des Doppeltarifes (Ledigentarif und ermässigtter Verheiratetentarif) und lehnte das Splitting-Verfahren (Besteuerung des Gesamteinkommens zum Satz des hälftigen Einkommens des Ehepaares) ab, weil diese letztere Methode von der - unrichtigen - Annahme ausgeht, dass der Verheiratete wirtschaftlich genau gleich leistungsfähig sei wie zwei Alleinstehende mit je dem halben Einkommen und weil dadurch vor allem die hohen Einkommen zu stark entlastet würden.

Eingehend diskutiert worden ist die Frage des neuen Tarifes für natürliche Personen. Im Vordergrund stand dabei das Problem der sachgerechten Entlastung der Ehepaare und vorab der Familien. Hinzu kam auch die Frage der in der Öffentlichkeit unter dem Eindruck des bekannten Bundesgerichtsentscheides vom 13. April 1984 viel zitierten Belastungsdifferenz zwischen Doppelverdiener-Ehepaaren und -Konkubinatspaaren. Vorrangig war für den Ständerat, ein angemessenes Belastungsverhältnis zwischen Ehepaaren und Alleinstehenden festzulegen. Der vom Ständerat schliesslich gewählte Doppeltarif hat zur Folge, dass Verheiratete mit unteren und mittleren Einkommen gegenüber dem geltenden Recht durchwegs entlastet, Alleinstehende dagegen etwas mehr belastet werden. Gleichzeitig wird die Belastungsdifferenz zwischen Verheirateten und Konkubinatspaaren (sog. Konkubinatsseffekt) gegenüber dem geltenden Recht und auch dem Vorschlag des Bundesrates erheblich herabgesetzt.

Die vom Ständerat beschlossenen Sozialabzüge betragen je 4'000 Franken für Kinder und unterstützte Personen und 3'000 Franken für die sogenannte Halbfamilie. Ein Minderheitsantrag von sozialdemokratischer Seite auf degressive Ausgestaltung der Sozialabzüge für Kinder und unterstützte Personen wurde zurückgezogen.

Dem Doppeltarif für die Einkommenssteuer der natürlichen Personen wurden zwei Minderheitsanträge von freisinniger bzw. sozialdemokratischer Seite gegenübergestellt. Der freisinnige Antrag lehnte sich an die Volksinitiative "Für ehe- und familiengerechtere Bundessteuern" an und unterschied sich vom Mehrheitsantrag in folgenden Punkten: Gleiche Belastung der Ledigen wie nach geltendem Recht (keine Mehrbelastung), weniger weitgehende Differenzierung zwischen Alleinstehenden und Verheirateten im Bereich der unteren Einkommen, geringere Differenzierung zwischen Verheirateten und Konkubinatspaaren. Der sozialdemokratische Minderheitsantrag unterschied sich vom Mehrheitsantrag in folgenden Punkten: Weitergehende Entlastung unterer und mittlerer Einkommen, Besserstellung der Ledigen, ge-

ringere Differenzierung für tiefe Einkommen zwischen Alleinstehenden und Verheirateten, geringere Differenzierung zwischen Verheirateten und Konkubinatspaaren ab mittleren Einkommen. Beide Minderheitsanträge wurden zugunsten des Mehrheitsantrages abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage über die direkte Bundessteuer mit 20 gegen 2 Stimmen im März 1986 gutgeheissen. Sie wurde an den Nationalrat überwiesen, dessen vorberatende Kommission unter dem Vorsitz von Nationalrat Rudolf Reichling (SVP/ZH) Ende August 1986 ihre Beratungen aufgenommen hat.

* * *

Anmerkungen

- 1) Vgl. dazu auch den Entscheid des Bundesgerichtes vom 13. April 1984, i.S. H., wiedergegeben in BGE 110 Ia 7 = Pra 73 Nr. 234.
- 2) Die dargestellten Korrektiva beziehen sich allein auf den Ausgleich der Steuerlast Verheirateter gegenüber Ledigen. Allfälligen weiteren Familienlasten (Kinder, unterstützungsbedürftige Personen) wird in der Regel durch Sonderabzüge Rechnung getragen, deren Darstellung aber den Rahmen dieses Artikels sprengen würde.
- 3) Angaben zur Verteilung der Steuerpflichtigen gibt uns die Statistik der direkten Bundessteuer (Wehrsteuer) der Jahre 1981/82. Darin sind insgesamt 2'662'298 Steuerpflichtige erfasst; davon sind 830'155 Ledige, 1'232'938 Ehepaare mit einem Erwerbstätigen und 599'205 Ehepaare, deren beide Ehegatten erwerbstätig sind. Der Anteil der Zweiverdiener-Ehepaare an der Gesamtheit der Ehepaare beträgt also 32,7%, an der Gesamtheit der Steuerpflichtigen 22,5%.
- 4) BBl 1983 III 1ff.



An der Elbe
 In der Sonne
 Zeigt eine alte Frau
 Auf die Vögel
 „Man muß sie beachten“
 Sagt sie.
 Ich lächele
 „Sie haben recht“
 Und erzähle ihr
 Daß meine Großmutter
 Sie „Meine Kinder“ nannte.
 Sie wartete jeden Tag
 Vor dem Fenster
 Mit einer Schüssel
 Feuchter Maiskörner.
 Ich erzähle ihr, daß Großmutter
 Immer mehr Kinder bekam
 Je älter sie wurde
 Finken, Amseln, Meisen
 Rotkehlchen
 Und Mandelbäume.

Die Europäer fragen mich:
 „Fühlst du dich als Europäerin?“
 „Ich bin Erdbewohnerin“
 Antworte ich
 „Und auf einem Berg
 An der Mittelmeerküste
 Habe ich als Kind wahrgenommen
 Die Weite unserer Erde.“

La femme et le fisc

par Yvette Jaggi et Christine Martin

Toujours considérée comme la cellule de la société, la famille a subi dans les dernières décennies des changements profonds, qui ont modifié non seulement ses dimensions et ses structures, mais aussi les rôles joués par ses différents membres, et en premier lieu par la femme/épouse et mère (1). On sait les causes de toute cette évolution: allongement général de l'espérance de vie, réduction de la mortalité infantile, mais aussi crise permanente du logement en milieu urbain, aspiration de la femme à davantage d'autonomie, développement de l'Etat providence. En réalité, les petits ménages d'une à deux personnes - des non familles au sens traditionnel du terme - sont désormais plus nombreux que les couples avec enfants. Sur cinq femmes de 20 ans et plus, on compte trois personnes mariées pour deux célibataires, séparées, divorcées ou veuves, qui assument de fait les responsabilités du "chef de famille".

Si la proportion des femmes exerçant une activité professionnelle lucrative par rapport à la main-d'oeuvre occupée n'a guère changé depuis le début du siècle, le nombre des femmes mariées "actives" ne cesse d'augmenter. En effet, si la grande majorité des femmes cesse de travailler au moment de leur premier mariage (qui survient en moyenne à 25 ans) ou au plus tard à la naissance de leur premier enfant, beaucoup d'entre elles reprennent une activité, à temps au moins partiel, aussitôt le plus jeune de leurs enfants rendu autonome, et peuvent ainsi participer encore une bonne vingtaine d'années à l'activité économique.

Au total, le mariage est devenu une unité affective et relationnelle où chacun des

partenaires aspire à davantage de complémentarité et d'équivalence des rôles. Cette recherche a inspiré le nouveau droit matrimonial, qui entrera en vigueur le 1er janvier prochain et qui constitue une suite logique de l'inscription dans la Constitution fédérale, suite à la votation populaire du 14 juin 1981, du principe de l'égalité des droits entre hommes et femmes.

Dans un tel contexte, le problème du traitement de la femme comme sujet fiscal - et plus particulièrement de la femme mariée - prend tout son sens, et cela d'autant plus que la pratique actuelle en fait peu de cas. De par la magie de la substitution fiscale du mari à son épouse, la femme mariée disparaît purement et simplement du tableau fiscal.

Traitement fiscal de la femme mariée

La substitution fiscale du mari à son épouse, que connaissent le droit fédéral et celui des cantons (à la double et heureuse exception de Vaud et de Schaffhouse, respectivement depuis 1981 et 1983), signifie que le mari représente sa femme vis-à-vis du fisc. C'est à lui qu'il incombe de remplir les obligations fiscales du couple. L'épouse demeure cependant tenue de fournir à l'autorité compétente les renseignements relatifs à ses éléments imposables. Elle est solidairement responsable du paiement de sa part à l'impôt total uniquement. Si l'épouse peut contester sa part proportionnelle d'impôt en exigeant d'en connaître les éléments de calcul, elle ne peut néanmoins pas remettre en cause la taxation. Dans le système actuel, il faut que les époux vivent séparés pour que la femme mariée reste (ou redevienne) un sujet fiscal déterminant.

Le législateur a toujours attaché - et à juste titre - la plus grande importance à la nécessité de l'égalité de traitement

face à l'impôt entre les différentes catégories de contribuables; mais - oubli significatif - ce même législateur n'a en revanche jamais pensé à soulever la question fondamentale de l'égalité qui doit exister entre hommes et femmes. C'est ainsi que les règles consacrées par la pratique actuelle sont les suivantes:

- à revenus égaux, un couple doit payer moins d'impôts qu'un célibataire;
- à revenus égaux, les couples doivent supporter une charge fiscale semblable, quelles que soient la distribution des rôles entre les époux et l'origine de leurs revenus;
- le cumul des revenus assure cette égalité, mais un abattement doit être prévu afin que la charge fiscale du couple, par rapport à un célibataire ayant un même revenu, tienne compte du fait que deux personnes vivent sur ce revenu;
- couples mariés et concubins se trouvent dans une situation économique comparable du point de vue des impôts sur le revenu et la fortune. La charge fiscale des couples mariés ne doit donc pas être plus élevée que celle des concubins disposant chacun de la moitié des revenus. Le cas échéant, c'est le couple légalement marié qui doit être favorisé.

Les différents systèmes d'imposition du couple et de la famille

Deux types de systèmes peuvent être envisagés: l'un est basé sur le cumul des revenus, système communément appliqué en Suisse; l'autre prévoit l'imposition séparée pure et simple des époux, seule garante de la reconnaissance de l'identité personnelle de chacun.

Le cumul des revenus des époux

La Confédération ainsi que tous les cantons consacrent le principe de l'imposition des couples par lequel le revenu et la fortune des deux époux s'additionnent. Cependant, en raison de la progressivité des barèmes, et afin de prévenir une aug-

mentation trop lourde de leur charge fiscale par rapport à celle des célibataires, les couples mariés bénéficient d'un dégrèvement variable selon les différentes législations cantonales. Il s'agit soit de réductions (fixes ou en %) sur la matière imposable ou sur le montant d'impôt à payer, soit de l'application d'un double barème. Selon le principe de proportionnalité, le sacrifice consenti par les contribuables devrait idéalement être le même pour tous, compte tenu de la capacité contributive de chacun; de ce point de vue, les déductions en francs du montant de l'impôt à payer sont les mesures les plus équitables parce que leurs effets sont plus sensibles dans les échelons inférieurs. Malgré cela, ces "déductions absolues" demeurent exceptionnelles et les projets de nouvelles lois fédérales sur l'harmonisation fiscale, ainsi que sur l'impôt direct, n'en réservent pas même la possibilité...

Lorsque les conjoints exercent tous deux une activité rémunérée, un allègement supplémentaire est accordé sous forme de déductions (fixes ou en %) sur le revenu de l'épouse, ou de fractionnement du taux (splitting) appliqué au produit du travail.

L'allègement ainsi consenti est généralement justifié par les charges supplémentaires qu'entraîne la double activité des conjoints; l'idée qui sous-tend est facile à imaginer: le travail de celui qui reste au foyer augmente la capacité contributive du couple, par rapport à celle des conjoints qui exercent tous deux une activité lucrative (Schatteneinkommen).

A noter le paradoxe: ce même "revenu caché" est nié lorsque le système du cumul des revenus des époux est présenté comme offrant l'avantage de lever les barrières fiscales au sein même de la famille. Faudrait-il en conclure que les revenus des couples sont systématiquement sous-évalués?

Le législateur semble avoir de la peine à concilier son ambition d'assurer la pérennité du rôle traditionnel de la femme au foyer, et celle de reconnaître la situation de l'épouse salariée. Il n'en demeure pas moins que l'allègement accordé à cette dernière contribue à la promo-

tion de la femme. La défalcation devrait cependant être nettement plus importante pour constituer un encouragement réel.

Dans ce sens, il faut relever l'effort du canton de Vaud qui, grâce aux importantes modifications apportées à sa législation fiscale, fait oeuvre de pionnier. En effet, dès le 1er janvier 1987 a été introduit le système du quotient familial qui donne lieu à un fractionnement du taux appliqué au revenu de la famille, indépendamment de sa provenance ou de sa composition, mais en fonction des charges qu'assume cette même famille, prenant ainsi en considération tous les membres de la communauté vivant ensemble. Les parts sont les suivantes: 1 pour une personne seule, 1,3 pour une personne seule ayant des enfants à charge, 1,8 pour un couple marié qui ajoute 0,5 par enfant à charge. Le revenu imposable est alors divisé par la part totale correspondante, afin d'obtenir le revenu déterminant pour la fixation du taux d'imposition du revenu global. Ainsi, pour un revenu global de fr. 46'000.-, le célibataire sans personne à charge paiera sur le taux applicable à la totalité, le couple marié avec deux enfants sur celui prévu pour fr. 16'300.-, et le conjoint séparé avec deux enfants à charge au taux de fr. 20'000.-; compte tenu de la progressivité de l'impôt, l'application du quotient familial constitue bien une décharge pour les familles, même monoparentales, et permet de tenir compte de la situation réelle du contribuable.

L'imposition séparée ou individuelle

L'imposition séparée consiste en la taxation fondée sur le revenu et la fortune individuels. Garantie de l'identité individuelle, elle assure, outre l'égalité de traitement entre hommes et femmes, celle qui doit exister entre couple mariés et célibataires vivant en ménage commun.

Il est généralement reproché à un tel système de créer des inégalités lorsqu'un seul des conjoints travaille, ou lorsque le revenu semblable de certains couples est formé dans des proportions différentes par l'un ou l'autre des conjoints.

Aucun système ne peut être appliqué sans tenir compte des effets indésirables qu'il

engendre. Ainsi, des correctifs ont été prévus au système du cumul des revenus, afin de freiner la progressivité des taux qu'il suscite. De même, des correctifs simples peuvent être envisagés simultanément à l'application d'un système d'imposition individuelle, notamment en ce qui concerne les couples dont le revenu est constitué d'un seul salaire.

Un-réajustement de la progressivité des barèmes dans le bas et le haut de l'échelle permet de tenir compte, dans une large mesure, de la composition différente des revenus des couples.

Du point de vue des recettes de l'Etat, le coût d'un tel projet est des plus raisonnables comme le reconnaît d'ailleurs très honnêtement le Conseil fédéral dans son Message du 25 mai 1983 (2). Dans la foulée, le même Conseil fédéral avoue d'ailleurs que le caractère douloureux de l'imposition individuelle tient à "l'abandon abrupt du système actuel de l'addition des revenus qui a fait ses preuves sur le plan fédéral et dans les cantons" (3).

Objectivement, le cumul des éléments (revenu et fortune) des deux conjoints permet d'assurer l'égalité entre les couples mariés puisque, indépendamment de leur source, les revenus du couple s'additionnent avant qu'un dégrèvement identique à tous leur soit accordé. Cependant, le problème de l'inégalité des couples mariés et concubins reste entier...

Les deux égalités étant exclusive l'une et l'autre, c'est l'égalité entre couples mariés qu'a choisie le législateur suisse, arguant du fait qu'il assurait ainsi une imposition équitable au plus grand nombre! L'intention serait louable si elle ne manifestait pas la volonté de perpétuer une répartition traditionnelle des rôles entre les femmes et les hommes, en vertu d'une conception déterminée de la femme et de la famille. Le système du cumul des revenus des époux repose en fait sur principe de "l'unité de la famille" au sein de laquelle le chef de famille (c'est-à-dire l'époux et le père) assume les droits et les devoirs de chacun face au fisc, en répondant personnellement des impôts de ceux-ci.

En réalité, l'aménagement d'un système d'imposition séparée permettrait d'instaurer l'égalité entre les couples mariés et les célibataires vivant en ménage commun, aussi bien qu'entre hommes et femmes. Mais il est évident que le législateur s'y oppose, ce dont témoignent les deux projets de loi fédérale sur l'harmonisation fiscale. Derrière cette résistance, il y a une intention claire, celle de promouvoir une politique familiale visant à décourager le travail professionnel de la femme en pénalisant celles qui ne se consacraient pas uniquement à la tenue du ménage. D'ailleurs, l'injustice est double à cet égard: le mari sera plus fortement grevé si son épouse exerce un métier; de même, la femme mariée professionnellement active est, du fait de l'imposition de son revenu au taux global, plus lourdement taxée que la femme célibataire pour un même niveau de revenu.

Certes, la mise en place d'un système de taxation fondée sur le revenu et la fortune individuels de chacun pose un certain nombre de problèmes techniques et administratifs importants; mais les obstacles seraient parfaitement surmontables si une réelle volonté politique s'affirmait en ce sens. Son application conduirait à ce que chaque individu paie des impôts sur sa fortune et son revenu propres, indépendamment de son état-civil, introduisant dans la loi fiscale, outre l'égalité de traitement indispensable entre les hommes et les femmes, une neutralité bienvenue. La capacité contributive des contribuables ne dépendrait alors plus de leur état-civil, ni même du montant de leurs revenus, mais du nombre de personnes qui doivent en vivre. L'impôt ne devrait pas être un outil d'action morale ou politique; si l'on veut favoriser le mariage, il s'agit de prendre les mesures de politique familiale adéquates au lieu d'intervenir par le biais du fisc.

Non seulement souhaitable et possible, l'imposition individuelle demeure le seul système d'imposition garant de la reconnaissance de l'identité personnelle de chacun, et de la femme en particulier.

Le 20ème siècle restera celui de la reconnaissance des droits de la femme comme citoyenne et comme épouse; l'égalité des droits civiques et civils étant désormais acquise, la lutte pour l'égalité des droits économiques continue vis-à-vis du patron et aussi du fisc. Rendez-vous est pris, sauf miracle, pour le prochain millénaire.

Notes

- 1) Cf François Hoepflinger: Bevölkerungswandel in der Schweiz, Grünsch, Rüegger, 1986. Aussi Jean-François Perrin: Comparaisons par la réforme du droit matrimonial. Lausanne, Payot, 1985.
- 2) Message du Conseil fédéral, du 25 mai 1985, sur l'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes ainsi que sur l'impôt direct (dit Message sur l'harmonisation fiscale), in FF 1983 III, 1 ss (p. 275).
- 3) Ibid.

Die Frau und der Fiskus

von Yvette Jaggi und Christine Martin

Die Familie - noch immer als Keimzelle des Staates betrachtet - hat in den letzten Jahrzehnten nicht nur bezüglich ihrer Grösse und Struktur tiefgreifende Veränderungen erfahren, auch die Rollen ihrer Mitglieder, in erster Linie die der Ehefrau und Mutter, haben sich gewandelt (1). Wir kennen die Ursachen dieser Entwicklung: die allgemein verlängerte Lebenserwartung, die geringere Kindersterblichkeit, aber auch die ständige Wohnungsnot in den Städten, der Drang der Frauen nach mehr Unabhängigkeit, die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates.

Tatsächlich sind heute kleine Haushaltungen mit 1-2 Personen - die nicht als Familien im traditionellen Sinn gelten - zahlreicher als die Paare mit Kindern. Von 5 Frauen im Alter von 20 und mehr Jahren sind 3 verheiratet, 2 dagegen gehören zur Gruppe der ledigen, getrennten, geschiedenen oder verwitweten Frauen und tragen de facto die Verantwortung des "Familienoberhauptes".

Obwohl sich der Anteil der Frauen an der erwerbstätigen Bevölkerung seit Beginn dieses Jahrhunderts kaum verändert hat, nimmt die Zahl der verheirateten berufstätigen Frauen ständig zu. Zwar gibt die grosse Mehrheit der Frauen ihre Erwerbsarbeit bei der ersten Heirat (im Durchschnitt mit 25 Jahren) oder spätestens bei der Geburt des ersten Kindes auf, doch nehmen viele von ihnen ihre Berufstätigkeit wieder auf - zumindest teilzeitlich -, sobald das jüngste Kind eine gewisse Selbständigkeit erreicht hat. Für diese Frauen ergibt sich so die Möglichkeit, noch während gut 20 Jahren am Erwerbsleben teilzunehmen.

Die Ehe ist zu einer vorwiegend affektiven Bindung geworden, in der beide Partner nach Ergänzung und Gleichwertigkeit ihrer Rollen streben. Davon ist auch das neue Eherecht beeinflusst, welches am 1. Januar 1988 in Kraft tritt. Es stellt eine logische Fortsetzung des durch die Volksabstimmung vom 14. Juni 1981 in der Bundesverfassung verankerten Gleichberechtigungsgebots dar.

In diesem Zusammenhang erhält das Problem der steuerlichen Behandlung der Frau - und vorab der verheirateten Frau - seine besondere Bedeutung, umsomehr als die aktuelle Steuerpraxis den erwähnten Veränderungen kaum Rechnung trägt. Im Gegenteil: Mit Hilfe des Zaubertricks 'Steuer substitution' verschwindet die verheiratete Frau schlicht und einfach aus dem Steuerregister.

Die steuerrechtliche Behandlung der verheirateten Frau

Die Steuer substitution der Ehefrau durch den Ehemann, wie sie sowohl beim Bund als auch in den Kantonen angewendet wird (mit Ausnahme der Kantone Waadt und Schaffhausen seit 1981 bzw. 1983), bedeutet, dass der Mann seine Frau gegenüber dem Fiskus vertritt. An ihm ist es, die Steuerpflichten des Paares zu erfüllen. Die Ehefrau hat ihrerseits der zuständigen Behörde Auskunft über ihr Einkommen und Vermögen zu erteilen. Sie haftet ausschliesslich für ihren Anteil am Steuergesamtbetrag solidarisch. Analog dazu kann sie auch nur ihren Anteil am Steuerbetrag anfechten und dessen Berechnungsgrundlagen verlangen, jedoch nicht gegen die Gesamtveranlagung Einspruch erheben. Unter dem heutigen System ist (oder wird) die verheiratete Frau nur dann ein eigenständiges Steuersubjekt, wenn sie von ihrem Ehemann getrennt lebt.

Der Gesetzgeber hat - durchaus zu Recht - dem Gebot der Gleichbehandlung der verschiedenen Kategorien von Steuerpflichtigen immer grösste Bedeutung beigegeben. Doch hat derselbe Gesetzgeber bezeichnenderweise nie daran gedacht, die grundsätzliche Frage der steuerlichen Gleichbehandlung von Frau und Mann zu stellen.

So kommt es, dass die gegenwärtige Praxis den folgenden Regeln unterliegt:

- Bei gleichem Einkommen bezahlt ein Ehepaar weniger Steuern als eine ledige Person.
- Ehepaare mit gleichem Einkommen tragen vergleichbare Steuerlasten, unabhängig von der Rollenverteilung zwischen den Partnern und unabhängig davon, wer in welchem Mass zum Einkommen beiträgt.
- Diese Gleichbehandlung wird mit der Kumulation der Einkommen erreicht. Durch die Einführung eines Abzugs soll jedoch bei der Steuerbelastung des Ehepaares - im Vergleich zu jener einer ledigen Person mit gleichem Einkommen - der Tatsache Rechnung getragen werden, dass zwei Personen von diesem Einkommen leben.
- Ehepaare und Konkubinatspaare befinden sich hinsichtlich der Einkommens- und Vermögenssteuer in einer ähnlichen wirtschaftlichen Situation. Die Steuerbelastung der Ehepaare soll also nicht höher sein als jene von Konkubinatspaaren, bei denen beide Partner je hälftig zum Einkommen beitragen. Wo diese Regel verletzt würde, soll das Ehepaar begünstigt werden.

Die verschiedenen Systeme der Ehepaar- und Familienbesteuerung

Zwei Arten von Systemen stehen zur Verfügung: die eine basiert auf der Kumulation der Einkommen - dies ist das in der Schweiz allgemein verbreitete System; die andere sieht die konsequente getrennte Besteuerung von Ehefrau und Ehemann vor und garantiert als einzige die Anerkennung der Persönlichkeit jedes/r einzelnen.

Die Kumulation der Einkommen beider Ehepartner

Bund und Kantone wenden das System der Ehepaarbesteuerung an, bei welchem Einkommen und Vermögen beider Partner zusammengezählt werden. Wegen der Tarifprogression und um eine zu starke Steuerbelastung der Ehepaare im Vergleich zu den Ledigen zu verhindern, wird den Ehepaaren eine Entlastung gewährt, die von Kanton zu Kanton variiert. Es handelt sich dabei entweder um (feste oder prozentuale) Abzüge auf dem steuerbaren Einkommen und Vermögen resp. auf dem Steuerbetrag oder um die Anwendung eines Doppeltarifs.

Gemäss dem Prinzip der Verhältnismässigkeit sollte die Belastung für alle Steuerpflichtigen - unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit - idealerweise gleich hoch sein. Aus dieser Sicht stellen die Frankenabzüge auf dem Steuerbetrag die gerechteste Massnahme dar, da sie den unteren Einkommen am meisten Entlastung bringen. Trotzdem bleiben diese 'absoluten Abzüge' die Ausnahme. Auch die Entwürfe zu den Bundesgesetzen über die Steuerharmonisierung sowie über die direkte Bundessteuer erwähnen diese Abzüge nicht einmal als Möglichkeit...

Sind beide Ehegatten erwerbstätig, so wird ihnen eine zusätzliche Vergünstigung gewährt und zwar in Form von (fixen oder prozentualen) Abzügen auf dem Einkommen der Ehefrau oder in Form einer Reduktion des auf das Gesamteinkommen angewendeten Steuersatzes (Splitting).

Diese Vergünstigung wird im allgemeinen mit den zusätzlichen Kosten begründet, die aus der zweifachen Erwerbstätigkeit der Ehegatten entstehen. Die Idee, die dahintersteckt, ist einfach: die Arbeit des Ehepartners, der zuhause bleibt, vergrössert die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Paares gegenüber jenen Ehepaaren, bei denen beide erwerbstätig sind (Schatteneinkommen).

Man beachte den Widerspruch: dieses 'versteckte Einkommen' wird negiert, wenn von System der Einkommenskumulation behauptet wird, es beseitige sogar die Steuer-schranken innerhalb der Familie.

Muss daraus geschlossen werden, dass die Familieneinkommen systematisch zu tief eingeschätzt werden?

Der Gesetzgeber hat offensichtlich Mühe, seine beiden Anliegen unter einen Hut zu bringen, nämlich einerseits die traditionelle Hausfrauenrolle zu erhalten und andererseits die Situation der erwerbstätigen Frau zu berücksichtigen. Es ist jedoch keineswegs so, dass die Berufstätigkeit der Ehefrau durch diese Steuererleichterung unterstützt wird. Dazu müssten die Abzüge wesentlich höher sein.

In dieser Richtung leistet der Kanton Waadt - dank bedeutender Änderungen seiner Steuergesetzgebung - Pionierarbeit. Auf den 1. Januar 1987 wurde das System des Familienquotienten eingeführt, welches den auf das Familieneinkommen angewendeten Steuersatz reduziert. Die Berechnung erfolgt unabhängig von Herkunft und Zusammensetzung des Familieneinkommens, aber in Abhängigkeit der von der Familie getragenen sozialen Lasten und bezieht alle im Haushalt zusammenlebenden Personen mit ein. Die Divisoren sind die folgenden: 1 für eine alleinstehende Person; 1,3 für Einzelpersonen, die Kinder betreuen; 1,7 für ein Ehepaar und zusätzlich 0,5 für jedes zu betreuende Kind. Das steuerbare Einkommen der Familie nun wird durch den entsprechenden Divisor geteilt. Der daraus resultierende Einkommensbetrag ist massgebend für die Festsetzung des Steuersatzes, der schliesslich auf das gesamte steuerbare Familieneinkommen angewendet wird.

Auf einem steuerbaren Gesamteinkommen von 46'000 Franken bezahlt folglich die ledige Person ohne Betreuungsfunktion nach dem für das ganze Einkommen massgeblichen Steuersatz, das Ehepaar mit 2 Kindern nach dem Steuersatz für 16'300 Franken, die getrenntlebende Person mit 2 Kindern nach dem Satz für 20'000 Franken. Dank der Steuerprogression bewirkt die Anwendung des Familienquotienten eine deutliche Entlastung der Familien (einschliesslich jener mit nur einem Elternteil) und trägt der realen Situation der Steuerpflichtigen Rechnung.

Die getrennte oder individuelle Besteuerung

Die getrennte Besteuerung beinhaltet die auf dem individuellen Einkommen und Vermögen basierende Veranlagung. Sie respektiert die Persönlichkeit des Individuums und garantiert neben der Gleichstellung von Frau und Mann auch die Gleichbehandlung von Ehepaaren und (in gemeinsamem Haushalt) zusammenlebenden Ledigen.

Diesem System wird allgemein vorgeworfen, es benachteilige Paare, bei denen nur ein Partner erwerbstätig ist und solche, bei denen beide Partner in unterschiedlichem Ausmass zum Einkommen beitragen. Hierzu ist zu bemerken: Es gibt kein System, das nicht auch unerwünschte Nebenwirkungen hat. So musste beim System der Einkommenskumulation ein Korrektiv eingeführt werden, um die durch die Kumulation verursachte Erhöhung des Steuersatzes zu mildern. Analog dazu können bei der Anwendung der Individualbesteuerung einfache Korrekturmassnahmen vorgesehen werden, insbesondere für Paare, deren Einkommen aus einem einzigen Lohn besteht.

Eine Anpassung der Progression am unteren und oberen Ende der Skala erlaubt es, die unterschiedliche Zusammensetzung der Ehepaareinkommen weitgehend zu berücksichtigen.

Hinsichtlich der Staatseinnahmen ist festzuhalten, dass die Kosten eines solchen Systems bescheiden sind, wie übrigens auch der Bundesrat in seiner Botschaft vom 25. Mai 1983 (2) offen zugibt. In der Folge gesteht der Bundesrat ausserdem ein, das Schmerzhafteste an der Individualbesteuerung bestehe darin, "dass es sich dabei um eine radikale Abkehr vom heutigen - beim Bund und in den Kantonen - bewährten System der Zusammenrechnung handelt" (3).

Objektiv betrachtet, garantiert die Einkommens- und Vermögenskumulation die Gleichbehandlung der Ehepaare, da die Einkommen der Partner, unabhängig von ihrer Herkunft, zusammengerechnet werden, bevor ein für alle Ehepaare gleich hoher Abzug gewährt wird. Die Ungleichbehandlung von Ehepaar und Konkubinatspaar hingegen bleibt vollumfänglich bestehen...

Da sich diese beiden Arten der Gleichbehandlung gegenseitig auszuschliessen scheinen, hat der Schweizer Gesetzgeber sich für die Gleichbehandlung der Ehepaare entschieden mit dem Argument, auf diese Weise die grösste Anzahl Steuerpflichtiger gerecht zu behandeln. Die Absicht wäre löblich, stände nicht dahinter der Wille, die traditionelle Rollenverteilung zwischen Frau und Mann mittels eines bestimmten Frauen- und Familienbildes aufrechtzuerhalten.

Das System der Einkommenskumulierung basiert auf dem Prinzip der Einheit der Familie, in welcher das Familienoberhaupt (d.h. der Ehemann und Vater) die Rechte und Pflichten der Familienmitglieder gegenüber dem Fiskus wahrnimmt und persönlich für ihre Steuern haftet.

In Tat und Wahrheit könnte mit der Einführung der getrennten Besteuerung sowohl die Gleichbehandlung von Ehepaaren und Konkubinatspaaren als auch jene von Frau und Mann verwirklicht werden.

Dagegen aber wehrt sich offensichtlich der Gesetzgeber, wie auch die beiden Gesetzesentwürfe zur Steuerharmonisierung zeigen. Hinter diesem Widerstand steht die klare Absicht, eine Familienpolitik zu betreiben, die die Berufstätigkeit der verheirateten Frau behindert, indem Frauen, welche sich nicht ausschliesslich der Hausarbeit widmen, bestraft werden. Uebrigens handelt es sich hier um eine doppelte Ungerechtigkeit: Erstens wird der Ehemann stärker belastet, wenn seine Frau berufstätig ist. Zweitens wird die berufstätige Ehefrau höher besteuert als die ledige Frau mit vergleichbarem Einkommen, weil ihr Verdienst als Teil des Gesamtfamilieneinkommens zu dessen Steuersatz veranlagt wird.

Es soll nicht bestritten werden, dass die Einführung einer Veranlagung auf der Basis des individuellen Einkommens und Vermögens einige wichtige Probleme technischer und administrativer Art aufwirft. Doch wären die Hindernisse zweifellos überwindbar, sofern sich ein echter politischer Wille in dieser Richtung abzeichnen würde. Die Anwendung der Individualbesteuerung würde dazu führen, dass jedes Individuum auf seinem eigenen Einkommen und Vermögen Steuern bezahlt, unabhängig von seinem Zivilstand. Damit würde neben der unabdingbaren Gleichbe-

handlung von Frau und Mann eine weitere willkommene Neutralität im Steuerrecht eingeführt. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen würde dann nicht mehr nach ihrem Zivilstand und nicht einmal in erster Linie nach der Höhe des Einkommens eingestuft, sondern nach der Zahl der Personen, die davon leben müssen. Die Steuern sollten weder als moralisches noch als politisches Werkzeug dienen. Wer die Ehe begünstigen will, muss angemessene familienpolitische Massnahmen ergreifen, statt über den Fiskus Einfluss zu nehmen.

Die Individualbesteuerung ist nicht nur wünschbar und machbar, sie ist auch das einzige Steuersystem, das die Individualität jeder einzelnen Person - insbesondere jene der Frau - anerkennt.

Das 20. Jahrhundert wird als das Jahrhundert der Anerkennung der Rechte der Frau als Staatsbürgerin und Ehefrau in die Geschichte eingehen; die politische und zivilrechtliche Gleichberechtigung ist nun erreicht; der Kampf, um die wirtschaftliche Gleichstellung geht weiter - gegenüber Unternehmern wie auch gegenüber dem Fiskus. Ausgetragen wird er - wenn nicht noch ein Wunder geschieht - im nächsten Jahrhundert.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. François Hoepflinger: Bevölkerungswandel in der Schweiz, Rügger, Grünsch, 1986. Ebenso Jean-François Perrin: Comparaisons par la réforme du droit matrimonial. Payot, Lausanne 1985.
- 2) Botschaft zu den Bundesgesetzen über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden sowie über die direkte Bundessteuer (Botschaft über die Steuerharmonisierung) vom 25. Mai 1983, in BBl 1983 III, 1 ff. (265).
- 3) Ebenda.

(Uebersetzung: Käthi Belser)

Möglichkeiten einer gerechteren Ehepaarbesteuerung

von Agnes Sauser-Im Obersteg

1 Die heutige Familienbesteuerung und ihre Unzulänglichkeiten

11 Die Familienbesteuerung in der Schweiz

In der Schweiz basiert die Besteuerung der Ehepaare und Familien heute allgemein auf dem System der Familien- oder Haushaltbesteuerung. Kein Kanton wendet eine getrennte oder gar eine Individualbesteuerung für Ehegatten an. Bei der Familienbesteuerung werden die Ehegatten und die Kinder als wirtschaftliche Einheit betrachtet, ihr Einkommen sowohl aus Erwerbstätigkeit als auch aus Vermögen und ihr Vermögen werden zusammengezählt und als ein Einkommen bzw. Vermögen besteuert. Dass bei diesem Vorgehen die Progression wirksam wird, liegt auf der Hand. Mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen - eine Auswirkung nicht nur des zunehmenden Konsumbedarfs, sondern auch des Wandels in der Einstellung zur Berufstätigkeit der Frau ausserhalb des Hauses und der gezielteren beruflichen Ausbildung der Frauen - wurde denn auch immer mehr der Ruf nach einer getrennten Besteuerung laut. Dabei stand eine getrennte Besteuerung des Erwerbseinkommens von Zweiverdienererehepaaren im Vordergrund.

Dass eine Familienbesteuerung ohne Korrektur zu Ungerechtigkeiten führen musste, wurde seit jeher anerkannt. Grundgedanke für eine Korrektur war aber nicht die heute vor allem diskutierte Progressionswirkung bei zwei Erwerbseinkommen, sondern die Ueberlegung, dass in der Familie zwei oder mehrere Personen von einem Einkommen leben müssen. Modell für die Steuergesetzgebung war somit die Einverdienerfamilie, bzw. das Einverdienererehepaar. Entsprechend standen Möglichkeiten einer getrennten Be-

steuerung oder eines Splittingverfahrens kaum zur Diskussion, sondern man griff zu Korrekturmöglichkeiten mit Hilfe von Abzügen, sei es vom Einkommen oder vom Steuerbetrag, sei es in Prozenten oder in festen Beträgen. Auch heute wenden die meisten Kantone der Schweiz das System der Familienbesteuerung mit Korrektur durch feste Abzüge vom Einkommen an, wobei zusätzlich zum Familien- und zum Kinderabzug ein Abzug bei Erwerbstätigkeit beider Ehegatten kommt, der auch bei Mitarbeit des einen Ehegatten im Betrieb des anderen anwendbar ist. Seltener sind prozentuale Abzüge vom Einkommen oder Steuerbetrag (jeweils limitiert). Wenige Kantone verwenden verschiedene Tarife für Familien und Alleinstehende, einige eine Mischform zwischen Doppeltarif und Anwendung von Abzügen. Neben diesen Verfahren der Familienbesteuerung ohne Splitting finden wir ausnahmsweise ein Teilsplittierungsverfahren (Zweiverdienersplittung), ein Vollsplittung wendet kein Kanton an. (Vgl. Uebersicht der kantonalen Steuersysteme, S. 20s).

Obschon Ansätze zur Erneuerung offensichtlich sind und wir die Bemühungen um eine gerechtere Besteuerung der Ehepaare voll anerkennen, muss doch festgehalten werden, dass keines der in der Schweiz angewendeten Steuersysteme wirklich befriedigen kann. Sie stehen alle im Widerspruch zu den Regelungen des neuen ehelichen Güterrechtes. Sie widersprechen ohne Ausnahme dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Sie tragen der Forderung, dass Ehepaare und Konkubinatspaare mit vergleichbaren wirtschaftlichen Verhältnissen eine vergleichbare Steuerbelastung aufweisen sollten, nicht oder nicht genügend Rechnung.

12 Die finanziellen Auswirkungen

Die oft eigenartigen finanziellen Folgen der Familienbesteuerung lassen sich am besten durch Gegenüberstellung der steuer-

lichen Belastung von verheirateten und nicht verheirateten Paaren illustrieren. Je nach individueller Situation kann die Belastung des Ehepaares oder des Konkubinatspaares grösser sein.

Beispiel Einverdienerpaar:

In diesem Falle wird meistens dem nicht erwerbstätigen Konkubinatspartner ein steuerbares Einkommen für Kost, Logis und Taschengeld aufgerechnet. Für dieses muss der erwerbstätige Konkubinatspartner zugunsten des nichterwerbstätigen AHV abrechnen, ohne dass er seinerseits Abzüge für diese Leistungen geltenden machen könnte. Ein Teil des Gesamteinkommens wird somit zweimal steuerlich erfasst. Bei den Abzügen sind die zweimaligen persönlichen und Versicherungs-Abzüge zusammengezählt für das Konkubinatspaar in der Regel höher, werden aber durch den Familienabzug oft mehr als kompensiert und sind zudem wegen des geringen Einkommens des haushaltführenden Partners weniger steuerwirksam. Das verheiratete Paar stellt sich steuerlich günstiger, wobei das Ausmass von der Gestaltung der Abzüge abhängt. Sind Kinder vorhanden, kann sich dies nochmals ungünstig auf die Steuerbelastung des Konkubinatspaares auswirken, indem die Kinderabzüge in der Regel je hälftig geltend gemacht werden können, was beim geringen Einkommen des haushaltführenden Partners eine entsprechend geringe Entlastung bringt; sofern sie überhaupt noch steuerwirksam sind.

Beispiel Zweiverdienerpaar:

Die verbreitete Meinung, Zweiverdiener-Ehepaare seien in jedem Falle benachteiligt und würden im Vergleich zu Zweiverdiener-Konkubinatspaaren steuerlich überlastet, entspricht nicht den Tatsachen. Je nach den individuellen Verhältnissen kann eine Mehrbelastung sowohl für das Konkubinatspaar als auch für das Ehepaar eintreten. Folgende Faktoren sind dabei ausschlaggebend: Die Höhe des Gesamteinkommens; die anteilmässige Verteilung des Gesamteinkommens auf die beiden Partner; die Gestaltung der Korrekturen (Zweiverdiener splitting, Abzüge) bei der Familienbesteuerung. Eine aufschlussreiche Aufstellung zu den verschiedenen Belastungen der Ehe- und Konkubinatspaare je nach Einkommensverhältnissen findet sich für die Bundessteuer auf S. 28ss. Grundsätzlich

lässt sich auch für die kantonalen Steuersysteme folgende Tendenz feststellen: Je höher das gesamte Erwerbseinkommen und je gleichmässiger die Einkommensverteilung auf die beiden Partner, desto höher ist die steuerliche Mehrbelastung des Ehepaares gegenüber dem Konkubinatspaar mit gleichem Erwerbseinkommen und gleicher Einkommensverteilung. Bei niedrigem Gesamteinkommen und prozentual kleinem Beitrag des einen Partners an dieses Einkommen überwiegen z.B. im Kanton Bern die steuerlichen Vorteile bei Ehepaaren gegenüber denjenigen der Konkubinatspaare.

Vermögen und Vermögensertrag:

Die neueren Bestrebungen zur Reduktion der Progressionswirkung bei der Familienbesteuerung zielten vor allem auf eine Steuerreduktion für Zweiverdiener-Ehepaare. Die Progressionswirkung durch Zusammenzählen von Vermögen, Vermögensertrag und Renteneinkommen dagegen würde bisher unseres Wissens kaum in Frage gestellt. Die Auswirkungen sind hier ähnlich wie beim Erwerbseinkommen, doch besteht keine Entlastung des Ehepaares durch Zweiverdienerabzug oder Teilsplitting. Im Kanton Bern z.B. kann ein Ehepaar den Zweiverdienerabzug nicht mehr geltend machen, wenn es ins Rentenalter kommt - auch dann nicht, wenn zwei unabhängige, durch Erwerbstätigkeit der beiden Partner entstandene Rentenansprüche bestehen.

13 Familienbesteuerung und Gleichberechtigung

Im Gegensatz zum neuen Eherecht und ehelichen Güterrecht, die den Partnerschaftsgedanken weitgehend verwirklichen, vertritt in der Steuergesetzgebung noch vielfach allein der Mann die Familie. Er ist auch primär Steuerschuldner, die Ehefrau wird subsidiär belangt, wenn der Ehemann nicht zahlt. Wird bei einer Scheidung vereinbart, dass der Ehemann die Steuern bis zur Auflösung der Ehe zu bezahlen hat, ist diese Vereinbarung für die Steuerbehörde nicht bindend. Mindestens für den auf sie entfallenden Anteil kann die Ehefrau auch noch Jahre nach der Scheidung belangt werden, sofern der Ehemann die Leistungen nicht erbringt. Kantone, die der Ehefrau während der Ehe die Möglichkeit zur selbständigen Wahrung der Rechte wie z.B. Steuereinsprache gewähren, bilden heute noch die Ausnahme. Ein Prozess des Umdenkens bahnt sich langsam an - Unterzeichnung der Steuererklärung durch beide

Ehegatten oder stellvertretend durch Mann oder Frau, Möglichkeit der rechtlichen Schritte auch durch die Frau. Mehrheitlich figuriert die Ehefrau in der schweizerischen Steuergesetzgebung aber vor allem als "Familienlast", die zu einem Familienabzug berechtigt auch wenn keine Kinder vorhanden sind, als Vermehrerin des durch den Ehemann vertretenen Familieneinkommens und als Ersatzschuldnerin, wenn der Ehemann nicht zahlt.

Grundsätzlich nicht berührt wird das Postulat der Gleichberechtigung von Mann und Frau durch die finanziellen Auswirkungen der Familienbesteuerung, da Ueberbelastungen von Zweiverdienerhepaaren Mann und Frau in gleichem Masse treffen. Immerhin ist in diesem Zusammenhang auf den Edukationseffekt der Progression hinzuweisen: Da bei Zweiverdienerhepaaren häufig der Ehemann den grösseren Teil des gesamten Erwerbseinkommens erzielt, ergibt die Gegenüberstellung von zusätzlichem Ertrag und zusätzlicher steuerlicher Belastung (Progression bei Erwerbstätigkeit der Ehefrau) einen Ertrag, der oft in keinem Verhältnis zur zusätzlichen Arbeitsbelastung steht. Diese Tatsache wirkt abschreckend und kann manche Frau dazu veranlassen, auf einen Wiedereinstieg zu verzichten. Die Ueberwindung der Schwellenangst wird durch ein ungenügendes wirtschaftliches Ergebnis der Berufstätigkeit noch erschwert.

2 Entlastungen zulasten von...

Der Bundesgerichtsentscheid in Sachen Hegetschwiler (Entscheid des Bundesgerichtes vom 13. April 1984, BGE 110 Ia 7) aktivierte die Bestrebungen zu einer Aenderung in der Steuergesetzgebung. Eine gerechtere Lösung wurde allgemein in der Entlastung der Zweiverdienerhepaare herbeizuführen gesucht, gelegentlich verbunden mit einer Entlastung der Familie allgemein - wobei in den Genuss von erhöhten "Familienabzügen" auch kinderlose Ehepaare kommen. Bei diesem Vorgehen wird zweierlei äusser acht gelassen: Ungerechtfertigte Belastungsdifferenzen zwischen Ehepaaren und Konkubinatspaaren ergeben sich nicht nur bei Zweiverdienerpaaren, sondern ebenso bei Einverdienerpaaren und bei Rentnerpaaren. Einseitige Entlastung einer Gruppe (Zweiverdienerhepaare) führt zu

einer allgemeinen Belastungsverschiebung, der der einseitige Vergleich Ehepaar/Konkubinatspaar nicht gerecht werden kann. Die Rechnung wird vorab von den Alleinstehenden und den Rentnerhepaaren beglichen, aber auch Einverdienerhepaare können je nach ihrer individuellen Situation zu den neuen Benachteiligten gehören. Auch das Zweiverdiener splitting, das von allen bis heute in der Schweiz angewendeten Verfahren am ehesten befriedigt, ist mit diesen, unseres Erachtens schwerwiegenden Nachteilen behaftet. Die vom Bundesgericht nicht nur für den Einzelfall Hegetschwiler, sondern grundsätzlich beanstandete Ungleichbelastung wird durch die einseitigen Korrekturen für Zweiverdienerhepaare nur ungenügend korrigiert. Mitbestimmend für die Richtung, in der eine gerechtere Steuerbelastung gesucht wurde, dürfte u.a. die seit langem gestellte Forderung nach getrennter Besteuerung sein. Im Gegensatz zur Individualveranlagung bzw. -besteuerung, bei der jeder Ehepartner für sein Einkommen und Vermögen selbständig veranlagt und besteuert wird, bezieht sich die getrennte Besteuerung in der Praxis im allg. allein auf eine getrennte Besteuerung des Erwerbseinkommens der Ehegatten. Sie unterscheidet sich von einem Zweiverdiener splitting nur im Ausmass der Korrektur, nicht aber dem Wesen nach. Die Nachteile der einseitigen Betrachtungsweise, wie wir sie oben erwähnten, haften ihr ebenso an. Wir haben uns denn auch immer gegen eine getrennte Besteuerung des Erwerbseinkommens der Ehegatten geäussert. Auch wenn es eine absolute Gerechtigkeit in der Besteuerung sicher nie geben kann, sind wir doch der Auffassung, dass eine getrennte Besteuerung ein zu einfaches Korrekturverfahren darstellt, mit dem nicht nur alte Ungerechtigkeiten beseitigt, sondern auch neue Ungerechtigkeiten geschaffen werden. Kein schweizerisches Steuersystem sieht eine getrennte Besteuerung vor.

Ebenso unbefriedigend, wenn auch in etwas anderer Weise, sind die Korrekturversuche mit Hilfe von Zweiverdienerabzügen. Politisch brachte dieser Abzug zwar kurzfristig eine Besänftigung und einen gewissen Ausgleich, der sicher zu begrüssen war. Als Sofortlösung hatte er Vorteile, als Dauerlösung kann er aber keineswegs befriedigen. Was ist er überhaupt? Ein Gewinnungskostenabzug, wie man ihn im Hinblick auf die höheren

Haushaltkosten rechtfertigen könnte? Nein, denn er steht in keinerlei Zusammenhang mit dem tatsächlichen Mehraufwand (Gewinnungskosten). Ob mit kurzer Abwesenheit und ohne Auswirkungen auf die Haushaltkosten ein kleines Zweiteinkommen erzielt wird oder aber durch ganztägige Abwesenheit und entsprechend teurere Haushaltsführung ein grosses, der Zweiverdienerabzug bleibt unverändert. Oder ist der Zweiverdienerabzug ein Versuch zur Milderung der "Progressionswirkung des Jawortes"? Nein, denn er wird nur beim Zusammenzählen von Erwerbseinkommen der Ehegatten angewendet, nicht aber beim Zusammenzählen von Renteneinkommen inbegriffen berufliche Vorsorge, von Vermögenseinkommen und von Vermögen. Es ist ein Abzug, der zwar auf einfachste Weise rasch einen Zweck erfüllte, so wie er gehandhabt wird aber sachlich nicht zu begründen ist. Eine gute Eigenschaft dieses festen Zweiverdienerabzuges möchten wir immerhin erwähnen: Durch die Begünstigung kleiner Zweiteinkommen kann er sich positiv für Frauen, die einen Wiedereinstieg in bescheidenem Rahmen anstreben, auswirken.

Veränderte gesellschaftliche Verhältnisse erfordern ein Neuüberdenken in verschiedenen Bereichen, so auch in der Steuergesetzgebung. Dass unsere heutige Lebensweise sich ganz wesentlich unterscheidet von derjenigen zu Beginn unseres Jahrhunderts ist nicht zu bestreiten. Der Wandel ist, unseres Erachtens aber zu tiefgreifend, als dass ihm mit Aufpfropfen von Korrekturen auf ein altes Steuersystem Genüge getan werden kann. Nicht mit Änderungen der bisherigen Steuergesetze wird sich eine auf die Dauer befriedigende Lösung finden lassen, sondern nur mit einem Neuaufbau auf der Grundlage unserer heutigen Verhältnisse.

3 Zukunftslösung Individualveranlagung

Wir sind überzeugt, dass auf längere Sicht die Individualveranlagung das einzig wirklich befriedigende System ist. Daran ändert auch der grosse Widerstand, dem dieses System heute noch begegnet, und die angebrachten grossen Befürchtungen hinsichtlich Steuerausfälle und arbeitsmässige Mehrbelastung der Steuerbehörden nichts. Was den ersten Vorwurf betrifft, ist dies eine Frage der Tarifgestaltung. Eine Mehrbelastung der Verwaltung bringt die Individualveranlagung sicherlich

mit sich, doch keinesfalls im oft behaupteten Ausmass. Auch bei diesem System dürfen aber die Schwierigkeiten, möglichst gerechte Lösungen zu finden, nicht unterschätzt werden.

Bei der Individualveranlagung erhalten beide Ehepartner eine eigene Steuererklärung, aufgrund welcher jede/r seine/ihre eigene Steuerrechnung erhält. Individualveranlagung beinhaltet auch Individualbesteuerung der Ehepartner sowohl für jede Art von Einkommen wie auch für jede Art von Vermögen. Es liegt auf der Hand, dass bei Anwendung der Individualbesteuerung alle infolge der Familienbesteuerung nötigen Korrekturen dahinfallen, so insbesondere Familienabzüge, Doppeltarife für Verheiratete, Zweiverdienerabzüge. Zweiverdienerpaare werden bei Individualveranlagung unabhängig vom Zivilstand gleich behandelt. Verhältnismässig benachteiligt werden ohne Korrekturen bei diesem System jedoch die Einverdienerpaare und die Alleinstehenden.

Auf die Überbelastung der Einverdiener-Konkubinatspaare wurde an früherer Stelle hingewiesen. Bei Einverdiener-Ehepaaren wird zwar kein Einkommen zweimal besteuert wie beim Konkubinatspaar, doch bringt die Individualbesteuerung bei Ehepaaren ohne Vermögen keine Entlastung. Wir glauben nicht, dass eine Korrektur aufgrund eines Einverdiener-Ehepaar-Abzuges eine gute Lösung brächte. Der Vergleich zum Konkubinatspaar würde dabei noch ungünstiger ausfallen. Dagegen sind wir überzeugt, dass sich eine gute und auch machbare Lösung über eine Realteilung finden lässt. Sie müsste sowohl für Ehe- als auch für Konkubinatspaare Anwendung finden und zwar nicht nur im Extremfall Einverdienerpaar, sondern auch bei nur geringer Erwerbstätigkeit des einen Partners. Im Finden eines guten Schlüssels für die Realteilung liegt das Kernproblem der Individualveranlagung. Es bedarf gründlicher theoretischer Studien und umfangreicher Vergleichsberechnungen, um eine zweckdienliche Lösung zu finden. Als weitere nötige Korrektur bei Individualbesteuerung sehen wir die Berücksichtigung des Synergieeffektes (Haushaltersparnis durch das Zusammenleben zweier oder mehrerer Steuerpflichtiger in einem gemeinsamen Haushalt), der durch einen Abzug für Alleinstehende mit eigenem

Haushalt Rechnung zu tragen ist. Angebracht ist zudem ein zusätzlicher Abzug für Alleinerziehende. Für die Besteuerung des Einkommens und Vermögens von Jugendlichen kennen wir bereits beim heute geltenden Grundsatz der Familienbesteuerung die individuelle Steuererklärung z.B. für Halbwaisen mit entsprechendem Einkommen. Auf Kinderabzüge im Sinne einer Abgeltung der Familienlast könnte aber auch bei der Individualveranlagung nicht verzichtet werden. Sie wären hälftig den Eltern zu gewähren, sofern sie eine Leistung für das Kind erbringen.

Als einziges System vermag die Individualveranlagung dem Grundsatz der Gleichberechtigung voll zu genügen, und sie steht auch im Einklang mit der neuen Regelung des Eherechtes und des ehelichen Güterrechtes.

Im Vergleich zu den anderen in der Schweiz angewendeten oder zur Diskussion stehenden Verfahren zeichnet sich das Splittingverfahren mit variablem Divisor durch seine Flexibilität aus, durch die eine bessere Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse erreicht wird. Es ist unseres Wissens auch das einzige Verfahren, das den Synergieeffekt berücksichtigt durch Aufrechnung eines Divisorbruchteils für Alleinstehende mit eigenem Haushalt. Bezüglich Belastungsverteilung können mit diesem System weitestgehend befriedigende Ergebnisse erreicht werden. Den Anforderungen des Grundsatzes der Gleichberechtigung und der neuen Regelung des Eherechtes und des ehelichen Güterrechtes trägt es dagegen nicht Rechnung.

4 Splittingverfahren mit variablem Divisor

Es wäre wohl zu optimistisch, mit einer baldigen Verwirklichung der Individualveranlagung in unserem Lande zu rechnen. Es sei daher abschliessend kurz auf ein Splittingverfahren hingewiesen, das innerhalb einer vom Regierungsrat des Kantons Bern eingesetzten ausserparlamentarischen Arbeitsgruppe zur Ueberprüfung der Ehegatten- und Familienbesteuerung ausgearbeitet wurde. Bei diesem Verfahren werden die Kinder in das Splitting einbezogen, wodurch der Kinderabzug entfällt. Je nach den individuellen Verhältnissen der Steuerpflichtigen variiert der Divisor für das Splitting um Bruchteile. So ergeben sich für

Divisor

Alleinstehende in gemeinsamem Haushalt (Konkubinat, Geschwister usw)	1
Alleinstehende mit eigenem Haushalt	1 $\frac{1}{6}$
Alleinstehende mit eigenem Haushalt und Kind (1 $\frac{1}{6}$ + $\frac{1}{6}$ für Alleinerziehende + $\frac{1}{3}$ für Kind)	1 $\frac{2}{3}$
Einverdienerehepaar	1 $\frac{2}{3}$
Einverdienerehepaar mit Kind	2
Zweiverdienerehepaar	2
Zweiverdienerehepaar mit Kind	2 $\frac{1}{3}$
Zweiverdienerehepaar mit 2 Kindern	2 $\frac{2}{3}$
Einverdienerehepaar mit 2 Kindern	2 $\frac{1}{3}$

Vers une imposition plus équitable du couple - Résumé

de Agnes Sauser-Im Obersteg

L'imposition actuelle de la famille et ses inconvénients

L'addition du revenu et de la fortune des conjoints produit un effet dit de progression qui est considéré comme inéquitable par les couples dont les conjoints exercent tous deux une activité lucrative, lorsqu'ils se comparent aux personnes vivant en union libre. Inversement, les couples vivant en concubinage sont proportionnellement plus taxés que les conjoints disposant d'un petit revenu et que les couples dont une seule personne exerce une activité lucrative, en raison des déductions qui sont accordées aux familles et aux couples dont les deux conjoints exercent une activité lucrative. Corriger cet état de fait en allégeant simplement la charge fiscale des couples dont les deux conjoints exercent une activité lucrative et, surtout, en établissant un parallèle avec les couples vivant en concubinage, ne donne pas de résultats satisfaisants, car d'autres catégories de contribuables sont alors frappés d'impôts exagérément lourds, comme par exemple les célibataires, les couples dont un seul conjoint exerce une activité lucrative et les couples de retraités. Le système actuel d'imposition de la famille ne respecte par ailleurs pas le principe d'égalité des droits car il donne la priorité à l'homme en tant que représentant de la famille auprès du fisc. Il n'est pas non plus conforme au nouveau droit matrimonial et successoral.

L'imposition individuelle, la solution de l'avenir

L'imposition individuelle, qui comprend une fixation individuelle de la contribution fiscale et un décompte fiscal individuel pour chaque conjoint, respecte à la fois le prin-

cipe de l'égalité des droits entre la femme et l'homme et le nouveau droit matrimonial et successoral. Nous considérons qu'il s'agit là de la seule solution acceptable à moyen terme. C'est surtout l'imposition des couples dont un seul conjoint exerce une activité lucrative qui pose un problème dans ce système, car sans correctif, la charge fiscale est trop importante pour ce type de contribuable. Un partage réel offrirait à nos yeux des possibilités intéressantes: il devrait s'appliquer tant aux couples mariés qu'à ceux qui vivent en union libre, et toucher non seulement les couples dont un seul conjoint exerce une activité lucrative, mais aussi, dans une moindre mesure, le partenaire qui apporte une contribution restreinte au revenu du ménage. Parmi les autres correctifs utiles que nous envisageons dans le cadre de l'imposition individuelle, signalons encore les déductions fiscales octroyées aux contribuables élevant des enfants (à raison de 50% pour chacun des conjoints), et des abattements pour les frais supplémentaires qu'encourent les célibataires par rapport aux ménages regroupant plusieurs personnes (effet de synergie), et les personnes élevant seules des enfants.

Le système de fractionnement des revenus (splitting) assorti d'un indice variable

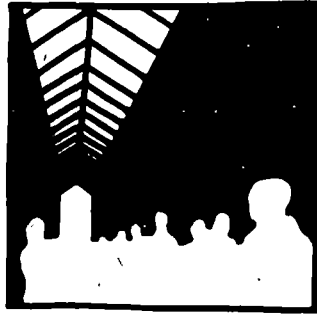
Un groupe de travail extra-parlementaire du canton de Berne a mis au point une procédure de "splitting" qui serait applicable à l'imposition des couples mariés et des familles et qui, si elle était binée avec un indice variable, serait suffisamment souple pour tenir compte de la situation individuelle du contribuable et pourrait donner de bons résultats du point de vue de la charge fiscale. On éviterait ainsi la plupart des défauts actuels qui font que certaines catégories de contribuables se considèrent comme grevées d'impôts trop lourds. Par contre, ce système ne tient pas suffisamment compte du principe de l'égalité et du nouveau droit

matrimonial et successoral.

Conclusion

Ce siècle a été marqué par de profonds changements dans notre mode de vie. Le vieux régime fiscal ne pourra pas répondre à de nouveaux besoins après quelques replâtrages. On ne pourra aboutir à une formule satisfaisante à moyen terme que si l'on revoit entièrement sa manière de penser et si l'on procède à une véritable refonte du système de l'impôt en fonction de la situation actuelle.

(Traduction: Lise Khöpfel)



Als ich mich weigerte
Eine Decke zu häkeln
Bin ich fremd geworden.
Als ich auf das Licht
Der Straße
Neugierig war
Und mich die Frage
„Wann heiratest du?“ ärgerte
Bin ich fremd geworden.

Als ich die Bücher
Spannender fand
Als die Alltagssorgen
Bin ich fremd geworden.
Als ich flüchtete
Von der leichten Freude
In die Tiefe der Einsamkeit
Bin ich fremd geworden.

Als meine heimliche Liebe
Mich in die Wirklichkeit drängte
„Du wirst meine Frau“
Bin ich fremd geworden.
Als ich meinen verletzlichen Trotz
Dem Gesetz gegenüber stellte
Bin ich fremd geworden.
Als ich ein Kind abtrieb
Um ein Buch zu Ende zu schreiben
Bin ich fremd geworden.
Als ich versunken in einem Gedicht
Der Großmutter die Tür nicht öffnete
Bin ich fremd geworden.
Und hier fühle ich mich
Fremd
Weil ich aus der Fremde
komme.

Tassazione più equa per le coppie sposate - Riassunto

di Agnes Sauser-Im Obersteg

L'odierna tassazione delle famiglie e le sue pecche

La prassi di sommare i redditi e le sostanze dei due coniugi aumenta l'incisività della progressione e crea un maggior gravame a carico delle coppie sposate rispetto alle coppie concubine: una situazione iniqua soprattutto nei confronti delle coppie sposate in cui ambedue i coniugi conseguono un reddito lavorativo proprio. Inversamente, nel caso dei redditi bassi e delle coppie con un solo reddito lavorativo, tanto le deduzioni sociali quanto quelle accordate per il conseguimento del secondo reddito creano proporzionalmente un maggior gravame a carico delle coppie concubine. Tuttavia, le modifiche proposte nell'intento di sgravare le coppie sposate a doppio reddito rispetto alle coppie concubine alterano solo la ripartizione del carico fiscale senza costituire una soluzione veramente soddisfacente. In verità si creano altri gruppi di contribuenti il cui gravame deve essere considerato sproporzionato: si tratta segnatamente delle persone sole, delle coppie a un solo reddito, e delle coppie pensionate. L'odierna prassi di tassare la famiglia - prassi che riserva inoltre al marito il compito di rappresentare l'unione coniugale di fronte all'autorità fiscale - non è consona al principio dell'eguaglianza, e si pone in contraddizione con il nuovo diritto matrimoniale e il relativo regime dei beni.

Una soluzione per il futuro: la tassazione individuale

La tassazione individuale, con notifica e computo separati per ciascun coniuge, rispetta sia il principio dell'eguaglianza

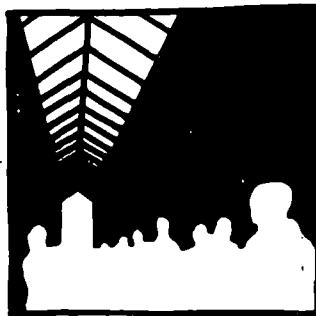
sia il tenore del nuovo diritto matrimoniale e del nuovo regime dei beni. Riteniamo che questo sia l'unico sistema soddisfacente nel lungo termine. Difficoltà potrebbero sorgere nei confronti delle coppie con reddito unico. Senza correttivi, la loro imposizione risulterebbe eccessiva. A nostro giudizio, a costoro andrebbe per tanto applicata quella che chiameremo "divisione reale" (N.d.t.: si tratta di una divisione puramente contabile del reddito lavorativo della famiglia effettuata a fini fiscali e basata essenzialmente sulle esigenze vitali di ciascun coniuge; non va intesa come valutazione delle prestazioni lavorative del coniuge che gestisce il ménage). La maggiore equità di tale divisione reale imporrebbe che venisse adottata per le coppie sposate e concubine non solo in presenza di un reddito unico, bensì anche nel caso in cui il contributo del secondo partner al reddito globale fosse modesto. Altri correttivi opportuni nell'ambito di tale sistema sono da ricercarsi nelle deduzioni per i figli (una metà accordata a ciascun genitore) e nelle deduzioni per i maggiori costi sopportati dai ménage composti da una sola persona (effetto sinergico del ménage con più componenti) e per quelli sopportati dalle famiglie monoparentali.

"Splitting" con divisore variabile

Nel Canton Berna, un gruppo di lavoro extraparlamentare incaricato di studiare i problemi inerenti all'imposizione fiscale dei coniugi e delle famiglie ha elaborato un sistema detto di "splitting" (divisione), il quale, grazie all'adozione di un divisore variabile in funzione delle situazioni individuali, si rivelerebbe assai flessibile, consentendo di ottenere una maggiore equità nella ripartizione del gravame fiscale. Buona parte delle situazioni inique risulterebbero in tal modo eliminate. Purtroppo, anche questo sistema non tiene in sufficiente considerazione il principio dell'eguaglianza né il nuovo diritto matrimoniale col relativo regime dei beni.

Nota conclusiva

Il nostro secolo ha vissuto un tale stravolgimento del modo di vivere che, per soddisfare le nuove esigenze, occorre andar ben oltre la semplice modificazione di un sistema fiscale ormai superato. Una soluzione che regga il confronto con il tempo emergerà solo da un ripensamento integrale teso alla creazione di un nuovo sistema a partire dalla situazione di oggi.



(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)

Vor der dicken Fensterscheibe
 Im französischen Konsulat
 Sitz ein kleiner Beamter
 Nimmt meinen Fremdenpaß
 Und eine Weltherrschaft
 Spiegelt sich
 Auf seinen Gesicht.
 Er sitzt stur
 Auf seinem inneren Stuhl
 Schaut mir
 Langsam und starr
 In die Augen
 Und denkt:
 Ich bin der Herr
 Die Frau, allein
 Aus Kleinasien
 Ist eine schädliche Erscheinung
 Für das Vaterland.

Das Land
 Das mich verlassen hat
 Ist in mir ein Blau
 Das lacht
 Ein Lied
 Der Einsamkeit.
 Das Land
 Das mich verlassen hat
 Bettet mein Gedächtnis ein.
 Ein Bild
 Das die neuen Bilder vertreibt.
 Das Land
 Das mir unversöhnlich folgt
 Ist mir gestohlen.
 Die beleuchtete Küste
 Gehörte zu unseren Wächtern.
 Die Nacht gehörte
 Zur Macht.
 Das Land
 Das mich verlassen hat
 Schützt mich
 Gegen die Verlorenheit.

Die Tätigkeit der Eidg. Kommission für Frauenfragen im Jahre 1986

1975-1985 : 10 Jahre Eidg. Kommission für Frauenfragen - 10 Jahre Bemühen um einen Abbau der rechtlichen und gesellschaftlichen Benachteiligung der Frauen; Erarbeiten eines Leitbildes, nachdem Frauen und Männer, unabhängig irgendwelcher geschlechtsspezifischer Rollennormen, ihren Neigungen und Fähigkeiten gemäss ihr Leben gestalten können; Eintreten für eine Chancengleichheit, die Frauen und Männer mehr Entwicklungsmöglichkeiten und Freiräume gewährt.

10 Jahre Erfahrung als beratendes Organ des Bundesrates: Einerseits Dankbarkeit für den gewährten weiten Spielraum - andererseits das Bedürfnis nach vermehrtem Kontakt mit der Landesregierung sowie nach vermehrter Einflussmöglichkeit in der Verwaltung.

Zu ihrem Geburtstag wünscht sich die Kommission, dass ihre Vorschläge nicht zum vornherein als Utopie abgetan werden, dass man ihnen mit mehr Mut und mehr Vertrauen begegnet.

1 Sitzungen

11 Plenarsitzungen

An insgesamt 7 Sitzungstagen (27.2., 28./29.4., 18.6., 22./23.9., 28.11.) behandelte die Kommission u.a. folgende Schwerpunktthemen: Diskussion und Verabschiedung des Berichtes "Frauen und Männer: Fakten, Perspektiven, Utopien"; Diskussion und Verabschiedung des Kommentars zum Bericht über Frauen und Massenmedien; Wiederaufnahme der Diskussion zur Altersvorsorge/ Sozialpolitik und Durchführung eines Hearings über die Gleichberechtigung in der Altersvorsorge.

12 Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppe 'Sozialpolitik' bereitete zusammen mit dem Geschäftsausschuss die Plenumsdiskussion und anschliessend das zweitägige Hearing zum Thema 'Gleichberechtigung und Altersvorsorge' vor. Die eingeladenen Expertinnen und Experten referierten über die Mängel der geltenden Ausgestaltung von AHV und BVG, konkretisierten zivilstandsunabhängige Rentensysteme auf rechtlichem und finanziellem Sektor und beschäftigten sich grundsätzlich mit Alternativvorschlägen und -modellen zur Alterssicherung resp. Sozialversicherung.

Zum Thema 'Frauen und Massenmedien' erarbeitete eine gleichnamige Arbeitsgruppe einen Kommentar, den die Kommission für eine im Frühling 1987 erscheinende Publikation des Institutes für Journalistik und Kommunikationswissenschaften der Universität Freiburg verabschiedet hat.

Dieser Kommentar wurde dem Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Entwurf eines Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen zur Kenntnis gebracht.

Nachdem Frau Bundesrätin Kopp und der Schlussbericht des EDA zur UNO-Weltfrauenkonferenz in Nairobi sich für eine Analyse der 'Forward Looking Strategies' (FLS) durch die Eidg. Frauenkommission ausgesprochen hatten, befasste sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den in der Kommission mitarbeitenden Vertreterinnen der schweizerischen Frauenorganisationen, mit den an der UNO-Weltfrauenkonferenz in Nairobi verabschiedeten Strategien der Frauenpolitik bis zum Jahr 2000. Das Strategiedokument wurde dabei aus schweizerischer Sicht auf eine mögliche Konkretisierung untersucht, und die Arbeitsgruppe bestimmte auf dem Hintergrund der bisherigen Kommissionstätigkeit Prioritäten für die Umsetzung der einzelnen Paragraphen.

2 Publikationen

21 Bericht 'Frauen und Männer: Fakten, Perspektiven, Utopien'

Nach ihren vier Berichten zur Stellung der Frau in der Schweiz hat die Kommission in diesem Jahr einen weiteren Bericht verabschiedet. Diese Publikation, 'Frauen und Männer: Fakten, Perspektiven, Utopien', behandelt zum einen erstmals Voraussetzungen, Bedingungen und Konsequenzen der Gleichberechtigung für Frauen und Männer. Zum andern wird versucht, Fragen der Geschlechtergleichstellung nicht nur für ein einzelnes Gebiet aufzuwerfen und zu diskutieren, sondern den Rahmen für die Gleichstellung - quasi als Grundprinzip - in den verschiedensten Bereichen gesellschaftlichen Lebens zu schaffen. Ausgangspunkt bildet hierbei Artikel 4 Absatz 2 Bundesverfassung, der Verfassungssatz und -auftrag "Gleiche Rechte für Mann und Frau". Der Bericht wird im Frühjahr 1987 auf deutsch und französisch erscheinen.

22 F-Frauenfragen

Dieses Jahr erschienen 3 Nummern des Bulletins der Eidg. Kommission für Frauenfragen. Die erste Nummer enthielt eine Analyse des unterschiedlichen Teilnahme- und Stimmverhaltens von Frauen und Männern bei den eidg. Abstimmungen seit 1971. Anlass dazu gab die Eherechtsabstimmung im September 1985, bei der Frauen zum ersten Mal dank ihrer 61% Ja-Stimmen den Ausgang eines Urnenganges entschieden. Im weiteren beschäftigten sich in einer ersten Serie drei Artikel mit der Sexualstrafrechtsrevision, insbesondere mit dem Tatbestand der Vergewaltigung. Die zweite Nummer hatte Gleichstellungsorgane, Ombudsstellen und Durchsetzungsbehörden zur Gleichstellung von Frau und Mann zum Hauptthema. Dabei wurde das Modell für eine Stabsstelle, das die Eidg. Kommission für Frauenfragen im letzten Jahr erarbeitet hatte, veröffentlicht. Im weiteren wurden Fördermassnahmen und Gleichstellungsorgane der USA und Schwedens vorgestellt. Ausschliesslich einem Problemkreis widmet sich die dritte Nummer: verschiedene kunstschaaffende und kulturarbeitende Frauen äussern sich zum Thema Kultur,

Frau und Kultur, Frauenkultur.

22 Pressemappe / Dokumentationsstelle

Wie in den letzten Jahren informierte wiederum monatlich eine Pressemappe mit Zeitungsartikeln über die wichtigsten frauenrelevanten Ereignisse u.a. aus den Bereichen Politik, Öffentlichkeit, Kultur, Erziehung, Arbeit, Gesundheit und Familie. Die Dokumentationsstelle wird laufend mit Publikationen ergänzt, die für Theorie und Praxis der Fragen zur Frauen- und Gleichberechtigungspolitik von Bedeutung sind. Die Dokumentationsstelle ist öffentlich zugänglich.

23 Sonderschutzbestimmungen im Arbeitsrecht

Die französische Fassung des Berichtes "Die Sonderschutzvorschriften für weibliche Arbeitnehmer in der Schweiz" wurde im Mai der Presse vorgestellt.

3 Vernehmlassungen

31 Bürgerrechtsrevision

Die Eidg. Frauenkommission beteiligte sich am Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts. Zu deren wichtigsten Neuerungen zählen die Aufhebung des Bürgerrechtserwerbs durch Heirat für die ausländische Ehefrau eines Schweizer, die erleichterte Einbürgerung für ausländische Ehegatten von Schweizerinnen und Schweizern sowie die Möglichkeit für Ehegatten, individuell eingebürgert und individuell aus dem Schweizer Bürgerrecht entlassen zu werden.

4 Verschiedenes

41 10 Jahre Eidg. Kommission für Frauenfragen

Anlässlich der beiden Jubiläen - 10 Jahre Eidg. Kommission für Frauenfragen und 5 Jahre Verfassungsartikel "Gleiche Rechte für Mann und Frau" - fand am 12. Juni ein TAG DER OFFENEN TÜR in den Sekretariatsräumen der Kommission statt. Zahlreiche VertreterInnen der Presse, der Frauenorganisationen, der Bundesverwaltung sowie an Frauenfragen interessierte Kreise nahmen die Gelegenheit wahr, mit Kom-

missionsmitgliedern und dem Sekretariat ins Gespräch zu kommen.

42 Frauen und Neue Technologien

Sozusagen als Einstieg in die Materie Frauen und Neue Technologien besuchte die Kommission eine eintägige Informationsveranstaltung bei der IBM und der Ausstellung Exhibit. Im weiteren fanden Gespräche mit ExpertInnen über die Auswirkungen neuer Technologien auf Frauenarbeitsplätze im Büro- und Verwaltungsbereich statt. Die Kommission hat einen entsprechenden Auftrag zur Bearbeitung dieser Problematik erteilt und wird sich im nächsten Jahr eingehend mit diesem Thema befassen.

43 Folgearbeiten zu Nairobi

Im Anschluss an die UNO-Weltfrauenkonferenz in Nairobi schlug der Geschäftsausschuss der Kommission in einem Brief an das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten folgende erste prioritäre Schritte vor: a) Verteilung einer deutschsprachigen, lesefreundlichen Ausgabe des Strategienpapiers; b) breite Streuung des Berichts der Schweizer Delegation über die Weltfrauenkonferenz; c) Durchführung eines verwaltungsinternen "Follow-up", bspw. Weiterleitung der einzelnen Kapitel des Strategiendokumentes an die jeweils zuständigen Departemente, Einsetzen einer interdepartementalen Arbeitsgruppe für die weitere verwaltungsinterne Folgearbeit (eine solche Arbeitsgruppe wurde vom Bundesrat in der Zwischenzeit eingesetzt; die Federführung liegt beim Bundesamt für Kulturpflege); d) Berücksichtigung resp. Umsetzung der im FLS-Kapitel "Entwicklung" enthaltenen Prinzipien und Strategien in der schweizerischen Entwicklungspolitik, insb. Unterstützung von Projekten, die in vermehrtem Masse Frauen zugute kommen, durch die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe; e) finanzielle Unterstützung einer Untersuchung zur bisherigen Arbeit schweizerischer Entwicklungs- und Frauenorganisationen auf dem Gebiet Frauen und Gesundheit im Sinne der von der Schweiz eingebrachten Resolution zu diesem Thema.

44 Kontakte mit Frauenorganisationen

Im April fand zwischen dem Geschäftsausschuss, dem Sekretariat und Vertreterinnen der Frauenzentralen eine Zusammenkunft statt, die dem gegenseitigen Informationsaustausch diente. Insbesondere wurde über die gegenseitigen Erwartungshaltungen und Mandate, Möglichkeiten eines verbesserten Kontaktes sowie das Interesse am Bulletin F-Frauenfragen diskutiert.

Auf Einladung des Geschäftsausschusses fanden zwei Treffen der Teilnehmerinnen des Forum 85 und der EDA-Sitzungen zur Vor- und Nachbereitungen der Weltfrauenkonferenz statt. Für eine gemeinsame Folgearbeit der verschiedenen Frauenorganisationen zum Thema Frau und Entwicklung wurde die Form einer jährlichen Tagung gewählt, die jeweils im Turnus von einem Verband organisiert werden soll. Für die erste Tagung vom November übernahm der Evang. Frauenbund der Schweiz die Vorbereitung.

45 Internationale Organisationen

Informationsfluss und Kontakte zwischen der Kommission und den internationalen Gremien des Europarates waren durch die Mitarbeit der Vizepräsidentin und der Kommissionssekretärin im Comité pour l'égalité entre les femmes et les hommes (CAHFM) gesichert. Wichtigstes Ereignis war die Strassburger Ministerkonferenz im März zur Gleichstellung von Frau und Mann, an der eine Resolution und eine Deklaration zum Thema Gleichstellung von Frau und Mann im politischen und öffentlichen Leben sowie im Entscheidungsprozess verabschiedet werden konnte. Die Schweizer Delegation wurde von Frau Bundesrätin Kopp angeführt.

Die Vizepräsidentin nahm im September in Athen an der von CAHFM und der Ständigen Konferenz der lokalen und regionalen Behörden Europas organisierten Tagung "Frauen im lokalen und regionalen Leben" teil, deren Ergebnisse in einer "Botschaft von Athen" zusammengefasst wurden.

* * *

Tätigkeitsprogramm 1987

10. AHV-Revision / Sozialversicherung

Die Kommission wird sich auch im kommenden Jahr intensiv mit dem Thema 'Frauen und Sozialversicherung' befassen. Es ist vorgesehen, dass sie sich bis Ende Jahr zu den Problemen der Altersversicherung (AHV und BVG) äussert. Als erstes ist eine Stellungnahme zur 10. AHV-Revision und die Erarbeitung eines Alternativmodelles vorgesehen.

Revision des Scheidungsrechts

In ihrer Eingabe an die Expertenkommission zur Revision des Scheidungsrechts wird die Kommission zu wesentlichen Fragen Stellung nehmen und Reformvorschläge entwickeln.

Frauen und Neue Technologien

Die Kommission wird sich u.a. in Zusammenarbeit mit der EHT-Zürich, eingehend mit den Auswirkungen neuer Technologien auf Frauenarbeitsplätze im Büro- und Verwaltungsbereich befassen in der Absicht, die Ergebnisse in einem Bericht zu veröffentlichen.

F-Frauenfragen

Das Bulletin der Kommission wird auch 1987 in 2 bis 4 Nummern erscheinen und frauenrelevante Themen zur Diskussion stellen.

Weiteres

Im nächsten Jahr wird die Präsidentin weiterhin in der Expertengruppe Frauen und Gesamtverteidigung mitarbeiten und - als neue Aufgabe - die Kommission in der Eidg. Expertenkommission Humangenetik und Reproduktionsmedizin vertreten.

Die Kommission wird sich, ihrem Mandat gemäss, auch kurzfristig zu aktuellen Fragen der Gleichstellungspolitik äussern und an Vernehmlassungsverfahren teilnehmen. Zudem wird sie Vorstösse und Anregungen der letzten Jahre in Erinnerung rufen, die in der Zwischenzeit noch nicht verwirklicht wurden. So wird sie bspw. mit grossem In-

teresse die Behandlung der parlamentarischen Vorstösse zur Einrichtung eines Gleichstellungsorgans auf Bundesebene verfolgen.



„Ach du wirst wie sie werden“
Wirft mir Mutter vor
„Unvernünftig wie sie.“
Grossmutter und ich gehen gerne
In die Felder
Und wir lachen ohne Grund
Unter dem besorgten Blick der Mutter
Wie zwei Komplizen
Auf einer Flucht.

Les activités de la Commission fédérale pour les questions féminines en 1986

1975-1985 : La Commission fédérale pour les questions féminines existe depuis dix ans. Dix ans de lutte contre les discriminations juridiques et sociales frappant les femmes, création d'un modèle permettant aux femmes et aux hommes de mener leur vie en fonction de leurs aspirations et de leurs capacités sans devoir se conformer à des rôles stéréotypés, défense de l'égalité des chances pour que femmes et hommes aient davantage de libertés et de possibilités de s'épanouir.

Dix ans d'expérience en tant qu'organe consultatif du Conseil fédéral: d'un côté, de la gratitude pour avoir bénéficié d'une aussi grande autonomie, et de l'autre le besoin d'avoir des contacts plus suivis avec le Gouvernement et une influence accrue au sein de l'administration fédérale.

A l'occasion de cet anniversaire, la Commission souhaite que ses propositions ne soient pas d'emblée considérées comme des utopies et qu'elles soient accueillies avec plus de confiance et de courage.

1 Réunions

11 Réunions plénières

La Commission s'est réunie pendant sept jours au total (27.2., 28./29.4., 18.6., 22./23.9., 28.11.), notamment pour discuter et adopter un rapport intitulé "Femmes et hommes: faits, perspectives, utopies" ainsi que le commentaire d'un rapport consacré aux femmes et aux mass media; pour reprendre le débat sur la prévoyance vieillesse et la politique sociale, et assister à un colloque sur l'égalité dans la prévoyance vieillesse.

12 Groupes de travail

Le groupe de travail "Politique sociale" a préparé, avec le concours du bureau, la discussion en plenum et le colloque de deux jours qui a suivi, sur la question de l'égalité des droits et de la prévoyance vieillesse. Les expertes et experts invités ont présenté les lacunes de l'AVS et de la LPP, décrit comment des systèmes de rente pourraient être conçus, au niveau juridique et financier, indépendamment de l'état civil des intéressés, et plus globalement, ont examiné les alternatives envisageables en matière d'assurance vieillesse et de sécurité sociale.

Un autre groupe de travail a préparé un commentaire sur le sujet "Femmes et mass media", commentaire que la Commission a approuvé en vue de sa parution dans une publication de l'Institut de journalisme et de communication sociale de l'Université de Fribourg, et qu'elle a soumis au Chef du Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie dans le cadre de la procédure de consultation sur le projet de loi concernant la radio et la télévision.

Madame Elisabeth Kopp, Conseillère fédérale, et le rapport final du DFAE sur la "Conférence mondiale des Nations Unies pour la femme à Nairobi étant favorables à une analyse des "stratégies prospectives d'action" par la Commission, un groupe de travail composé des représentantes des associations féminines suisses siégeant dans la Commission s'est penché sur ces stratégies qui fixent une politique féminine pour la période allant jusqu'en l'an 2000. Le document de Nairobi fut examiné du point de vue suisse pour en déterminer les possibilités de concrétisation, et le groupe de travail établit des priorités en se fondant sur l'expérience de la Commission, dans la perspective d'une mise en œuvre des différents alinéas.

2 Publications

21 Le rapport "Femmes et hommes: faits, perspectives, utopies"

Après les quatre rapports qu'elle a consacrés à la situation de la femme en Suisse, la Commission a adopté un nouveau rapport cette année. Il s'agit de "Femmes et hommes: faits, perspectives, utopies", une étude qui traite pour la première fois des conditions et incidences de l'égalité non seulement pour les femmes, mais également pour les hommes. On y tente en outre de poser la question de l'égalité des sexes en ne se limitant pas à un domaine déterminé, mais en créant le cadre nécessaire à l'égalité à tous les niveaux dans notre société, en la considérant comme un de ses fondements. Ce rapport, qui paraîtra en français et en allemand au début de 1987, s'inspire du principe et du mandat figurant à l'article 4, 2ème alinéa, de la constitution fédérale, sur l'égalité des droits entre hommes et femmes.

22 F-Questions au féminin

La commission a publié 3 numéros du "F". Le premier contient une analyse des scrutins fédéraux depuis 1971 et des différences de comportement apparaissant entre les femmes et les hommes dans le taux de participation et leur manière de voter. Cette analyse a été suscitée par la nouveauté sortie des urnes en septembre 1985, lorsque le soutien accordé par 61 pour cent des femmes au nouveau droit matrimonial a pour la première fois modifié l'issue d'un scrutin. Dans le même numéro, une première série de trois articles a traité de la révision du droit pénal en matière sexuelle et, plus particulièrement, des éléments constitutifs du viol. Le deuxième bulletin est axé sur les organismes chargés de veiller à l'égalité des droits, sur les services de médiation et autres autorités s'attachant à surveiller l'application du principe de l'égalité entre la femme et l'homme; la Commission y présente le projet d'état-major pour l'égalité des droits qu'elle a préparé l'année dernière, et des articles y décrivent les mesures prises par les Etats-Unis et la Suède en faveur des femmes ainsi que les organes chargés de la mise

en oeuvre du principe d'égalité des sexes dans ces pays. Le troisième "F", quant à lui, se concentre sur un seul sujet: les femmes et l'art. Des créatrices et des "travailleuses culturelles" y parlent de culture, des femmes et de la culture, de culture au féminin.

23 Revue de la presse / Service de documentation

Comme de coutume, une revue mensuelle de la presse est parue sur les événements les plus marquants pour la condition féminine dans les domaines de la politique, de la culture, de l'éducation, du travail, de la santé et de la famille. Ouvert à chacun, le service de documentation s'enrichit constamment de publications ayant trait à la politique féminine et à l'égalité des droits, ainsi qu'aux aspects théoriques et pratiques de la question.

24 Protection spéciale des femmes dans le droit du travail

La version française du rapport intitulé "Les dispositions protectrices spéciales applicables aux femmes dans le droit du travail" a été présentée en mai à la presse.

3 Procédures de consultation

31 Révision de la loi sur la nationalité

La Commission a été consultée dans le cadre de la révision de la loi fédérale sur l'acquisition et la perte de la nationalité suisse. Signalons, parmi les principales innovations proposées, la suppression de l'acquisition du droit de cité par toute femme étrangère épousant un Suisse, la naturalisation facilitée des étrangers mariés à une Suisseuse ou à un Suisse, ainsi que la possibilité, pour les conjoints, d'acquérir ou de perdre individuellement le droit de cité suisse.

4 Divers

41 La Commission fédérale pour les questions féminines a dix ans

C'est pour fêter deux anniversaires - les dix ans d'activité de la Commission et les cinq ans d'existence de l'article constitutionnel sur l'égalité des droits entre hommes et femmes - que la Commission a organisé le 12 juin une JOURNEE PORTES OUVERTES à son secrétariat. De nombreux représentants et représentants de la presse, des associations féminines, de l'administration fédérale et des milieux intéressés à la cause féminine en ont profité pour prendre contact avec les membres de la Commission et son secrétariat.

42 Les femmes et les techniques nouvelles

En guise d'introduction au sujet, la Commission a assisté à une journée d'information organisée conjointement par IBM et l'exposition "Exhibit". Des entretiens ont eu lieu avec des expertes et des experts sur les incidences des nouvelles techniques sur l'emploi féminin dans le domaine du secrétariat et de l'administration. La Commission fait réaliser une étude sur le problème et compte approfondir cette question l'année prochaine.

43 Les retombées de Nairobi

A l'issue de la Conférence mondiale de la femme qui a eu lieu à Nairobi sous l'égide de des Nations Unies, le bureau de la Commission a proposé au Département fédéral des affaires étrangères de fixer les priorités suivantes: a) distribuer une version allemande claire du document sur les stratégies prospectives d'action adopté à Nairobi; b) diffuser largement le rapport de la délégation suisse; c) s'assurer que la Conférence sera suivie d'effets dans l'administration fédérale, par exemple en transmettant aux départements concernés les chapitres du document de Nairobi qui les intéressent et en instituant un groupe de travail interdépartemental chargé de la mise en oeuvre du document au sein de l'administration (c'est à présent chose faite; l'Office fédéral de la culture a été chargé de la coordination); d) intégrer, dans la politique de notre pays en matière de développement, les principes

et stratégies figurant au chapitre "développement" du document de Nairobi, notamment par le soutien que la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire pourrait accorder aux projets particulièrement utiles aux femmes; e) contribuer au financement d'une étude sur le travail réalisé par les organisations d'aide au développement et les associations féminines dans le secteur "Femmes et santé", en s'inspirant de la résolution présentée par la Suisse sur la question.

44 Relations avec les associations féminines

En avril, le bureau et le secrétariat ont rencontré des représentantes d'associations féminines dans le but d'échanger des informations. Les discussions ont surtout porté sur les attentes des unes et des autres, les mandats confiés, les possibilités d'intensifier les contacts ainsi que sur l'écho rencontré par le Bulletin "F-Questions au féminin".

Les personnes qui avaient participé au Forum 85 et aux réunions du DFAE pour préparer la Conférence mondiale de la femme et en tirer un bilan, se sont retrouvées à deux reprises à l'invitation du bureau de la Commission. Il fut décidé que pour avoir une approche commune, les associations organiseraient à tour de rôle un congrès annuel sur le thème "Femmes et développement". Le premier, qui a eu lieu en novembre, fut préparé par la Fédération suisse des femmes protestantes.

45 Organisations internationales

En participant aux travaux du Comité pour l'égalité entre les femmes et les hommes (CAHFM), la vice-présidente et la secrétaire de la Commission ont assuré un échange d'informations et des contacts entre la Commission et les organes internationaux du Conseil de l'Europe. L'événement le plus marquant de cette année fut la Conférence ministérielle européenne sur l'égalité qui s'est déroulée au mois de mars à Strasbourg et a abouti à l'adoption d'une résolution et d'une déclaration sur l'égalité des sexes dans la vie politique et publique ainsi que dans le processus de prise de décision. La délégation suisse fut présidée par Madame,

Elisabeth Kopp, Conseillère fédérale.

En septembre, la vice-présidente a en outre pris part à un congrès consacré aux "Femmes dans la vie locale et régionale" qui avait été mis sur pied à Athènes par le CAHFM et la Conférence permanente des pouvoirs locaux et régionaux, et dont les conclusions ont été rassemblées dans un "Message d'Athènes".

* * *

Programme d'activité 1987

La 10ème révision de l'AVS / Assurances sociales

Cette année aussi, la Commission approfondira la question des femmes dans les assurances sociales, d'autant qu'elle devra se prononcer avant la fin 1987 sur les problèmes posés par la prévoyance vieillesse (AVS et LPP). Pour commencer, elle va donner son avis sur la 10ème révision de l'AVS et préparer un projet de remplacement.

Révision du droit du divorce

Dans la demande qu'elle adressera à la Commission d'experts chargée de la révision du droit du divorce, la Commission s'exprimera sur les questions fondamentales et proposera des réformes.

Les femmes et les techniques nouvelles

Avec le concours de l'EPF de Zurich notamment, la Commission se penchera sur les incidences des nouvelles techniques sur l'emploi féminin dans le domaine du secrétariat et de l'administration, et présentera ses conclusions dans un rapport.

F-Questions au féminin

Comme tous les ans, la Commission sortira deux, trois ou quatre numéros traitant de la condition féminine.

Divers

Cette année également, la Présidente participera aux travaux du groupe d'experts sur la participation des femmes à la défense générale; elle assistera en outre, pour la première fois, aux réunions de la Commission d'experts de génétique humaine et de médecine de la reproduction.

Conformément à son mandat, la Commission donnera son avis sur les questions d'actualité liées à la politique d'égalité des droits et prendra part aux procédures de consultation. Elle attirera aussi l'attention sur les interventions parlementaires et les propositions présentées il y a plusieurs années et qui n'ont pas été concrétisées depuis. C'est ainsi qu'elle s'intéresse vivement à la suite qui sera donnée aux interventions parlementaires demandant la création d'un état-major fédéral pour l'égalité des droits entre la femme et l'homme.

(Traduction: Lise Knöpfel)

Le attività della Commissione per i problemi della donna nel 1986

1975 - 1985 : 10 anni di vita per la Commissione federale per i problemi della donna. 10 anni di fatiche per ridurre le discriminazioni legali e sociali nei confronti della donna, per elaborare un modello, per far sì che le donne e gli uomini possano organizzarsi la vita in funzione delle loro attitudini e delle loro inclinazioni indipendentemente da qualsiasi ruolo normativo legato al sesso, per promuovere quella parità d'opportunità che schiuda tanto alle donne quanto agli uomini più possibilità di crescita personale e più spazi liberi.

10 anni di esperienza quale organo consultivo del Consiglio federale: con riconoscenza, da un lato, per l'ampio margine di manovra concesso - con il bisogno, dall'altro, di migliorare i contatti con il governo federale e di estendere le possibilità di intervento nell'amministrazione.

Per questo suo anniversario, la Commissione auspica che le proposte avanzate non siano dimesse a priori come utopiche, bensì che vengano accolte con coraggio e fiducia.

1 Sedute

11 Sedute plenarie

Nel corso delle sette giornate di riunioni (27.2., 28./29.4., 18.6., 22./23.9., 28.11.1986), la Commissione ha trattato tra l'altro i seguenti temi principali: discussione e licenziamento del rapporto "Donne e uomini: fatti, prospettive, utopie"; discussione e licenziamento del commento relativo al rapporto sulle donne e

i mass-media; ripresa della discussione sulla previdenza per la vecchiaia e la politica sociale, e attuazione di un'audizione sulla parità di trattamento nell'ambito della previdenza per la vecchiaia.

12 Gruppi di lavoro

In collaborazione con il comitato esecutivo, il gruppo di lavoro per la 'politica sociale' si è assunto l'incombenza dei preparativi per la discussione plenaria e la successiva audizione di due giorni sull'argomento della 'parità di diritti nell'ambito della previdenza per la vecchiaia'. Le esperte e gli esperti sollecitati riferirono sulle manchevolezze della vigente regolamentazione dell'AVS e della previdenza professionale, schizzarono dal profilo giuridico e finanziario sistemi di rendite indipendenti dal parametro dello stato civile, e trattarono i principi sui quali dovrebbero poggiare le proposte e i modelli alternativi in materia di assicurazioni sociali e previdenza per la vecchiaia.

Sull'argomento 'donne e mass-media', l'omonimo gruppo di lavoro ha elaborato un commento - già approvato dalla Commissione - il quale accompagnerà una pubblicazione dell'Istituto di giornalismo e scienze delle comunicazioni dell'Università di Friburgo, prevista per la primavera del 1987.

Nell'ambito della consultazione relativa al disegno di legge federale sulla radio e la televisione, la Commissione ha avuto modo di sottoporre detto commento all'attenzione del capo del Dipartimento federale dei trasporti, delle comunicazioni e delle energie.

Dopo che la consigliera federale Kopp e il Dipartimento federale degli affari esteri nel suo rapporto conclusivo sulla Conferenza mondiale delle donne indetta dall'ONU a Nairobi si furono espressi a favore di un'analisi delle 'Forward Loo-

king Strategies' (strategie innovative) da parte della Commissione federale per i problemi della donna, un gruppo di lavoro - composto delle rappresentanti delle associazioni femminili svizzere presenti in seno alla Commissione - si chinò su dette strategie per la promozione della donna fino all'anno 2000 approvate in occasione della Conferenza di Nairobi. Il documento venne analizzato nell'ottica di concretarne i proponimenti nell'ambito della situazione svizzera; quanto alle priorità per tradurre, nei fatti l'enunciato dei singoli paragrafi, il gruppo si è lasciato guidare dal lavoro svolto sinora dalla Commissione.

2 Pubblicazioni

21 Rapporto 'Donne e uomini: fatti, prospettive, utopie'

Dopo i quattro rapporti sulla 'Condizione della donna in Svizzera', quest'anno la Commissione ne ha licenziato un'altro. 'Donne e uomini: fatti, prospettive, utopie' tratta delle premesse, delle condizioni e delle conseguenze della parità di diritti per le donne e per gli uomini; esso tratta pure dell'eguaglianza, intesa non tanto come rivendicazione applicabile a determinati contesti, bensì come principio di riferimento per tutti gli aspetti della vita sociale - e ciò in base al disposto costituzionale sull'eguaglianza di diritti tra uomo e donna, art. 4 cpv. 2 Cost. Il rapporto verrà pubblicato in tedesco e francese nella primavera del 1987.

22 F-Problemi al femminile

Quest'anno, il bollettino della Commissione federale per i problemi della donna è uscito tre volte. Il primo numero riportava un'analisi delle differenze nel comportamento di partecipazione e di voto tra donne e uomini per quanto riguarda le votazioni federali a partire dal 1971. Lo spunto fu dato dalla votazione sul nuovo diritto matrimoniale del settembre del 1985, nella quale alle donne riuscì per la prima volta - grazie al loro 61% di voti favorevoli - a determinare l'esito di una consultazione alle urne. Inoltre, con una prima serie di tre articoli, si sono voluti elucidare aspetti della revisione del co-

dice penale in materia di atti contro il buonc costume e, segnatamente, la fattispecie della violenza carnale. Il secondo numero del bollettino era invece dedicato agli organismi che promuovono l'eguaglianza, a quelli che fungono da uffici di conciliazione, e alle autorità incaricate di attuare e far rispettare l'eguaglianza tra donna e uomo. In questo secondo numero veniva pure presentato il progetto di uno stato maggiore per la condizione della donna, elaborato lo scorso anno dalla Commissione federale per i problemi della donna. Inoltre si riportavano le misure di promovimento e gli organi preposti all'attuazione dell'eguaglianza negli Stati Uniti e in Svezia. Il terzo numero, infine, era esclusivamente riservato alla problematica del rapporto tra la donna e la cultura, e l'esistenza o no di una cultura al femminile; esso riportava pure le opinioni di donne attive in campo artistico e nei settori affini.

22 Rivista della stampa / Centro di documentazione

Come negli anni passati, con un incartamento composto da articoli di giornale, si è provveduto a informare sui maggiori avvenimenti riguardanti le donne, soprattutto per quanto attiene alla politica, alla vita pubblica, alla cultura, all'educazione, al lavoro, alla salute e alla famiglia.

Il Centro di documentazione si arricchisce incessantemente di pubblicazioni importanti, sia dal profilo della teoria sia da quello della prassi, per la questione femminile e la politica di parificazione dei diritti. Esso è aperto al pubblico.

23 Disposti cautelativi speciali nel diritto del lavoro

Il mese di maggio si è presentata alla stampa la versione francese del rapporto sulle 'Prescrizioni cautelative speciali per le lavoratrici in Svizzera' (l'originale tedesco era già stato pubblicato a fine 1985).

3 Consultazioni

31 Revisione del diritto di cittadinanza

La Commissione federale per i problemi della donna ha partecipato alla consultazione riguardante la revisione della Legge federale sull'acquisto e la perdita della cittadinanza svizzera. Tra le principali innovazioni vanno annoverati: lo stralcio della possibilità di acquisire la cittadinanza svizzera di cui beneficiava finora la moglie straniera di un cittadino svizzero, la naturalizzazione agevolata per i coniugi stranieri di cittadine e cittadini svizzeri, e la possibilità offerta ai coniugi di acquisire o rispettivamente rinunciare individualmente alla cittadinanza svizzera.

4 Varia

41 I 10 anni della Commissione federale per i problemi della donna

I 10 anni di attività della Commissione federale per i diritti della donna e i 5 anni dell'articolo costituzionale sull'"eguaglianza di diritti tra uomo e donna" sono stati ricordati il 12 giugno con una GIORNATA DELLE PORTE APERTE svolta presso la segreteria della Commissione. Le numerose e i numerosi rappresentanti della stampa, delle organizzazioni femminili, dell'amministrazione federale e degli ambienti interessati alla questione femminile ebbero così modo di discutere con i membri della Commissione e il personale adetto alla segreteria.

42 Donne e nuove tecnologie

Per avvicinarsi alla problematica della donna di fronte alle nuove tecnologie, la Commissione ha partecipato a un convegno informativo di un giorno presso l'IBM e ha pure visitato la mostra "Exhibit". Inoltre, si sono avuti degli incontri con esperte ed esperti per discutere le ripercussioni delle nuove tecnologie sui posti di lavoro femminili nell'amministrazione pubblica e privata. La Commissione ha già assegnato l'incarico di elaborare i dati necessari al fine di poter approfondire l'argomento nel corso del pros-

simo anno.

43 Lavori conseguenti alla Conferenza di Nairobi

A seguito della Conferenza mondiale delle donne organizzata dall'ONU a Nairobi, il comitato esecutivo della Commissione suggeriva, in una lettera indirizzata al Dipartimento federale degli affari esteri, che venissero attuate prioritariamente le seguenti misure: a) diffusione di una versione in tedesco e di facile lettura del documento sulle strategie; b) ampia diffusione del rapporto sulla Conferenza mondiale delle donne steso dalla delegazione svizzera; c) attuazione degli enunciati del documento sulle strategie per quanto riguarda l'amministrazione risp. inoltre di singoli capitoli ai dipartimenti competenti, creazione di un gruppo di lavoro interdipartimentale che assicuri il proseguimento dei lavori all'interno dell'amministrazione (nel frattempo, il Consiglio federale ha nominato tale gruppo di lavoro, affidandone la responsabilità all'Ufficio federale della cultura); d) nell'ambito della politica svizzera di collaborazione allo sviluppo, osservazione risp. attuazione dei principi e delle strategie riportati nel testo sulle strategie innovative al capitolo "Sviluppo" e, in particolare, sostegno da parte della Direzione della cooperazione allo sviluppo e dell'aiuto umanitario a progetti di cui anche le donne possano beneficiare in maggiore misura; e) contributo finanziario per una ricerca sul lavoro svolto finora dalle organizzazioni femminili e di cooperazione allo sviluppo nel campo della promozione sanitaria delle donne, da stanziare ai sensi della risoluzione presentata dalla Svizzera su tale argomento.

44 Contatti con le organizzazioni femminili

Il mese di aprile, il comitato esecutivo, il personale della segreteria e le rappresentanti delle federazioni delle società femminili si sono incontrati per uno scambio di informazioni. Discussi furono soprattutto le aspettative e i mandati reciproci, le possibilità di migliorare i contatti come pure l'interesse al bollettino "F-Problemi al femminile".

Su invito del comitato esecutivo si sono pure svolti due incontri con le partecipanti al

Forum 85 e alle sedute del DFAE: uno preparatorio e l'altro per elaborare i risultati della Conferenza mondiale delle donne. Per il seguito comune che le diverse organizzazioni femminili vogliono dare al lavoro nell'ambito del tema "donna e sviluppo" si è scelta la forma del convegno annuale organizzato a turno da una delle associazioni. Il primo convegno di novembre fu preparato dalla Federazione svizzera delle donne evangeliche.

45 Organizzazioni internazionali

Lo scambio informativo e i contatti tra la Commissione e i consessi internazionali del Consiglio d'Europa sono stati assicurati per mezzo della collaborazione della vicepresidente e della segretaria della Commissione in seno al Comité pour l'égalité entre les femmes et les hommes (CAHFM). L'evento più significativo fu la Conferenza dei ministri per l'eguaglianza tra donna e uomo, svoltasi a Strasburgo in marzo, nel corso della quale vennero accettate una risoluzione e una dichiarazione riguardanti l'eguaglianza tra donna e uomo nella vita pubblica e privata come pure nei processi decisionali. La delegazione svizzera era diretta dalla consigliera federale Kopp. Il mese di settembre, la vicepresidente partecipò a un convegno organizzato ad Atene dal CAHFM e dalla Conferenza permanente delle autorità locali e regionali d'Europa sul tema "Le donne nella vita locale e regionale": i risultati furono riassunti in un "Messaggio di Atene".

* * * *

Programma d'attività per il 1987

10a revisione dell'AVS / assicurazioni sociali

Anche nel nuovo anno la Commissione si occuperà intensamente della inerente alla posizione della donna nell'ambito delle assicurazioni sociali. Essa prevede di esprimere la sua opinione in merito alla previdenza per la vecchiaia e alla previdenza professionale entro la fine dell'anno. Avantutto sono previste una presa di posizione riguardante la 10a revisione dell'AVS e l'elaborazione di un

modello alternativo.

Revisione del diritto in materia di divorzio

Nell'istanza che sottoporrà alla commissione peritale, la Commissione federale per i problemi della donna si esprimerà sulle questioni qualificanti il diritto in materia di divorzio ed esporrà le sue proposte innovative.

Donne e nuove tecnologie

La Commissione intende approfondire - in collaborazione, tra l'altro, con il Politecnico di Zurigo - le ripercussioni delle nuove tecnologie sul lavoro delle donne nel settore amministrativo pubblico e privato. I risultati dell'indagine verranno pubblicati in un rapporto.

F-Problemi al femminile

Anche nel 1987 saranno pubblicati da 2 a 4 numeri di questo bollettino della Commissione per stimolare il dibattito sulle maggiori questioni riguardanti le donne.

Varia

L'anno prossimo, la presidente continuerà a collaborare in seno al gruppo di lavoro peritale sul ruolo della donna nell'ambito della difesa globale ed assumerà - quale nuovo compito - la rappresentanza della Commissione in seno alla Commissione peritale federale di genetica umana e medicina della riproduzione.

La Commissione, fedele al suo mandato, non mancherà di esprimersi su questioni d'attualità riguardanti la politica di parificazione e di partecipare alle procedure di consultazione. Essa non mancherà neppure di richiamare all'attenzione le istanze e i suggerimenti presentati in questi ultimi anni e tuttora in attesa di essere attuati. La Commissione seguirà pertanto con grande interesse la sorte riservata alle istanze parlamentari volte alla creazione di un organismo preposto alla parificazione tra donna e uomo a livello federale.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)

Chronik der laufenden Ereignisse
September 1986 bis Januar 1987

von Elisabeth Kästli

Musikfestwochen: Frau im Stiftungsrat

(11.9.) Erstmals wird eine Frau Mitglied des Stiftungsrates der Internationalen Musikfestwochen Luzern. Menga Bühler, Mitglied des Luzerner Festwochenchores, ist zur neuen administrativen Leiterin dieses Chores gewählt worden und wird damit auch Mitglied des Stiftungsrates.

Erste Bergführerin

(28.9.) Als erste Frau hat die 30jährige Freiburger Lehrerin Nicole Niquille das Bergführerdiplom des Schweizerischen Bergführerverbandes erhalten. Sie hat mit rund 40 männlichen Kollegen soeben den zweiten Teil ihrer Ausbildung abgeschlossen und ist in Pontresina GR diplomiert worden.

Appenzell: Mehrheit für Frauenstimmrecht

(2.10.) Bei einer repräsentativen Umfrage im Kanton Appenzell Ausserrhoden haben sich 57 Prozent der befragten Frauen und Männer für die Einführung des Frauenstimmrechts in kantonalen Angelegenheiten ausgesprochen. An der Befragungsaktion, die von einer privaten Arbeitsgruppe unter der Leitung von Ständerat Otto Schoch durchgeführt wurde, hat sich rund die Hälfte der Stimmberechtigten beteiligt. Zwar muss ein verbindlicher Entscheid in dieser Sache von der Männerlandsgemeinde getroffen werden, aber die konsultative Befragung zeigt immerhin den Willen der Mehrheit der Bevölkerung.

AHV-Initiative der POCH im Parlament abgelehnt

(10.10.) Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat die Poch-Initiative zur Herabsetzung des AHV-Rentenalters auf 62 Jahre für Männer und auf 60 Jahre für Frauen abgelehnt. Auch ein Gegenvorschlag der Sozialdemokraten für ein einheitliches Rentenalter von 62 Jahren blitzte ab. Die Initiative wird nun ohne Gegenvorschlag vors Volk kommen.

Feuerwehrrpflicht für Frauen?

(15.10.) Das Bundesgericht hat entschieden, dass das baselstädtische Feuerwehrgesetz verfassungswidrig ist. Dort heisst es nämlich: "Zum Dienst in der Bezirksfeuerwehr sind alle männlichen Kantonsbewohner vom 24. bis 40. Altersjahr verpflichtet." Ein Basler Jurist hatte gegen die Feuerwehr-Ersatzabgabe Einspruch erhoben, mit der Begründung, das Gesetz entspreche nicht der Gleichberechtigung. Die Stadt Basel muss nun entweder die Feuerwehr-Dienstpflicht auf die Frauen ausdehnen oder die Feuerwehr aus Freiwilligen rekrutieren und auf die Ersatzabgabe verzichten oder aber die Bezirksfeuerwehr - welche nur unterstützende Funktion für die Berufsfeuerwehr hat - abschaffen.

Kritik am Nationalfonds

(31.10.) Der Verein Feministische Wissenschaft Schweiz hat an einer Pressekonferenz den Vorwurf erhoben, bei der Vergabe von Forschungsprojekten durch den Schweizerischen Nationalfonds würden die Frauen vernachlässigt. Der Verein forderte mehr Transparenz bei der Projektbewilligung und die 50prozentige Besetzung der Expertenposten im Nationalfonds durch Frauen. Von 58 Stiftungsratsmitgliedern seien nur 3 Frauen und dem 58köpfigen Forschungsrat gehörten 2 Frauen an. Unter den Forschenden

sind laut Nationalrätin Anita Fetz nur 7,4% Frauen und von rund 40 akzeptierten Forschungsvorschlägen befasste sich bloss einer ausdrücklich mit Frauen.

Frauen-Parkplätze

(4.11.) In Freiburg gibt es abends zehn Parkplätze, die den Frauen vorbehalten sind: Abstellplätze in der Nähe des Rathauses, die tagsüber für städtische Beamte reserviert sind, werden ab 18.00 Uhr für Frauen freigegeben, damit sie ihr Auto nicht an abgelegenen Stellen parken müssen, wo sie womöglich belästigt würden.

Vestag-Preis für Frauenhaus Luzern

(11.11.) Der diesjährige Vestag-Preis (vom gleichnamigen Bauunternehmen) im Betrag von 7'500 Franken geht an den Luzerner Verein zum Schutz misshandelter Frauen. Das Frauenhaus in Luzern besteht seit rund zweieinhalb Jahren. Der Trägerverein kämpft dauernd mit finanziellen Schwierigkeiten und rechnet auch in diesem Jahr mit einem Defizit von rund 45'000 Franken.

Gibt es bald Lokführerinnen?

(14.11.) Die SBB liessen die ersten Stelleninserate erscheinen, auf die sich auch "Interessentinnen" für eine Stelle als Lokführer(in) melden können. BewerberInnen müssen eine vierjährige Berufslehre in der Metall-, Maschinen- oder Elektrobranche absolviert haben. Die Lokführer-Ausbildung dauert 20 Monate. - Bei der freiburgischen Privatbahn GFM fährt die 20jährige Corinne Piller bereits über ein Jahr den Triebwagen.

AHV für Frauen ab 63?

(19.11.) Der Bundesrat schlägt vor, das AHV-Rentenalter der Frauen auf 63 zu erhöhen und jenes der Männer bei 65 zu belassen. Wer von der neu zu schaffenden Möglichkeit Gebrauch machen will, seine Rente ein Jahr früher zu beziehen (d.h. für Frauen: wie bisher mit 62), müsste eine dauernde Rentenverminderung von 6,8 Prozent in Kauf nehmen. Mit diesen Einsparungen (auf Kosten der Frauen, insbesondere der alleinstehenden

erwerbstätigen Frauen) sollen u.a. folgende Verbesserungen bezahlt werden: die Verbesserung der Hilflosenentschädigung für pflegebedürftige Rentner, eine Besserstellung der Geschiedenen und die Einführung einer Witwenrente.

Das definitive Revisionsprojekt des Bundesrates wird frühestens Ende 1987 in einer Botschaft unterbreitet.

Zehntausende von Stunden Gratisarbeit

(20.11.) Die Arbeit der Frauenorganisationen im Kanton Luzern im Bereich der Erwachsenenbildung und der sozialen Tätigkeit käme auf 1,8 Mio Franken zu stehen, wenn sie bezahlt würde. Diese Berechnung steht im "Luzerner Frauenbericht", den die Frauenzentrale Luzern, der Gemeinnützige Frauenverein und der Katholische Frauenbund des Kantons Luzern erarbeiteten. Der Bericht, welcher die Aktivitäten der Frauenorganisationen darstellt, basiert auf einer Diplomarbeit der Abend- schule für Sozialarbeit. Danach werden im sozialen Bereich jährlich 24'000 Stunden und in der Erwachsenenbildung 22'000 Stunden Arbeit unentgeltlich geleistet.

Kein Geld für Frauenbibliothek

(22.11.) Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen wollte 15'000 Franken beisteuern zur Realisierung einer öffentlichen Frauenbibliothek durch den Verein Wiborada (nach der St. Galler Nonne Wiborada, die im 10. Jahrhundert getötet wurde. Diese hatte dem Abt geraten, den Bücherbestand der Stiftungsbibliothek vor den Hunnen zu retten.). Die Finanzkommission des Grossen Rates strich diesen Beitrag jedoch bei der Verteilung der Lotteriefondsbeiträge.

Geld für Friedensforschung

(25.11.) Rund 40'000 Franken haben der Evangelische Frauenbund der Schweiz und die Frauen für den Frieden bisher mit ihrer Aktion zugunsten der Friedensforschung in der Schweiz gesammelt. Mit 20'000 Franken wurden eine Studie und zwei Borschüren unterstützt. Ziel der im März lancierten Friedenskampagne ist es, die Behörden dazu zu bringen, sich stärker

für die Friedensforschung einzusetzen. Ein Teil der Steuern soll diesem Anliegen zugute kommen.

Kommission für Frauen-Ombudsstelle.

(27.11.) Die Petitions- und Gewährleistungskommission des Nationalrates schlägt die Schaffung einer Amtsstelle für die Durchsetzung gleicher Rechte für Mann und Frau vor. Eine solche Stelle, wie sie auch die Eidg. Kommission für Frauenfragen fordert, sollte eine Ombudsfunktion erfüllen. Die Mehrheit der Kommission sprach sich allerdings gegen ein eigentliches Antidiskriminierungsgesetz aus, wie es die Basler POCH-Nationalrätin Anita Fetz mit einer parlamentarischen Initiative vorschlägt.

Ständerat für Mutterschaftstaggeld

(5.12.) Der Ständerat hat sich im Rahmen der Krankenversicherungsrevision (sogenanntes "Sofortprogramm") für eine Mutterschafts-Taggeldversicherung ausgesprochen. Die Versicherung soll nach dem System der Erwerbersatzordnung (EO) realisiert werden und mit der Erhöhung der EO-Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern um je 0,2% finanziert werden. Das Modell sieht vor, dass jede Frau - ob erwerbstätig oder nicht - bei der Geburt eines Kindes während 16 Wochen auf ein Taggeld in der Höhe von mindestens Fr. 25.- und höchstens Fr. 105.- pro Tag (insgesamt zwischen 3'920 und 11'760 Franken) Anspruch hat. Dieser Vorschlag muss noch vom Nationalrat beraten werden; dieser hatte sich in erster Beratung für ein Mutterschaftstaggeld entschieden, das nur für erwerbstätige Mütter obligatorisch sein sollte.

Solothurn: gleicher Unterricht

(8.12.) Im Kanton Solothurn ist das neue Volksschulgesetz, welches ein gleiches Unterrichtsangebot für Knaben und Mädchen vorsieht, knapp (29'539 : 27'557) angenommen worden. Nach dem al-

ten Gesetz waren die Mädchen in der Volksschule im Sprach- und Mathematikunterricht benachteiligt.

Keine zweite Bundesrätin

(12.12.) Die Luzerner CVP-Nationalrätin Judith Stamm, die für die Bundesrats-Ersatzwahlen nach dem Rücktritt von Kurt Furgler und Alphons Egli kandidierte, ist den offiziellen Kandidaten Arnold Koller und Flavio Cotti unterlegen, hat jedoch einen Achtungserfolg erzielt. In einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Wochenzeitung "Blick für die Frau" hatten sich drei von vier Schweizerinnen und Schweizern für die Wahl einer zweiten Frau in den Bundesrat ausgesprochen. Wahlbehörde für den Bundesrat ist jedoch das Eidg. Parlament...

Gegen Strafbarkeit ehelicher Vergewaltigung

(20.1.87) Die Ständeratskommission für die Revision des Sexualstrafrechtes ist gegen die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe. Wie der Bundesrat, begründete die Kommission ihre Haltung damit, dass dieser Tatbestand in der Praxis zu Beweisschwierigkeiten führen würde. Für die Vergewaltigung (ausserhalb der Ehe) beantragt die Kommission die Erhöhung der Höchststrafe von 10 auf 20 Jahre Zuchthaus.

Schwangere Kindergärtnerin erhielt recht

(28.1.) Die Gemeindebehörden von Niederlenz (AG) hatten im April 1986 eine Kindergärtnerin noch vor ihrem Stellenantritt entlassen, weil sie schwanger war. Der Aargauer Regierungsrat hat nun auf Beschwerde der Betroffenen entschieden, die Entlassung sei unverhältnismässig. Der Gemeinderat muss jetzt entweder die Entlassung rückgängig machen oder die Kindergärtnerin finanziell entschädigen.

L'actualité au féminin
octobre 1986 - janvier 1987

par Martine Chaponnière

Egalité

La Suisse a signé, à la fin du mois de janvier, la Convention de l'ONU sur l'élimination des discriminations à l'égard des femmes.

L'initiative parlementaire demandant l'élaboration d'une loi antidiscrimination, déposée par la Conseillère nationale bâloise Anita Fetz, a été rejetée fin novembre par la commission compétente du Conseil national. En revanche, la commission propose comme postulat la création d'un office auquel pourraient s'adresser femmes et hommes s'estimant victimes de discrimination. La minorité de la commission demande que la question soit formulée de manière plus contraignante, sous forme de motion, et qu'on y ajoute le droit d'agir en justice pour les organisations et associations qui selon leurs status s'efforcent de promouvoir l'égalité entre les sexes.

Relèvement à 63 ans de l'âge de la retraite pour les femmes, maintien de la retraite à 65 ans pour les hommes et possibilité de prendre une retraite anticipée d'une année, telle est la proposition de principe adoptée par le Conseil fédéral en novembre pour la 10e révision de l'AVS. Au nom de l'égalité, bien sûr. Parmi les protestations soulevées par ce projet dans les milieux de femmes et de travailleurs, mentionnons une manifestation stigmatisant "l'égalité à l'envers", qui a réuni à Lausanne, le 18 décembre, environ 300 personnes à l'appel de l'Union syndicale vaudoise et des partis de gauche.

La première école d'officiers du Service féminin de l'armée (SFA) a été présentée à la presse le 23 octobre à Winterthour. Les femmes ayant obtenu l'égalité de traitement au sein de l'armée, cette dernière leur demande de fournir davantage d'efforts que par le passé. La durée de l'école de cadres a été portée à 4 semaines. Par ailleurs, une école centrale pour la formation de majors a été créée. 3'000 femmes font partie du SFA. Il en faudrait 600 de plus. Depuis la restructuration, plus de 2'700 femmes ont fait part de leur intérêt à la chose militaire, mais le nombre d'inscriptions définitives n'a pas augmenté de manière spectaculaire.

Au Tessin, une initiative émanant d'une parlementaire du Parti socialiste autonome (PSA) et déposée en novembre 1984, a enfin été acceptée par le Grand Conseil. L'obligation de la signature de l'épouse dans la déclaration d'impôts des conjoints a été introduite dans la loi fiscale.

Dernier épisode en date du feuilleton appenzellois (Rhodes-Ext.): une votation consultative tenue dans ce demi-canton en octobre sur le suffrage féminin cantonal. Avec une participation de 50%, près de 57% des Appenzellois et Appenzelloises des Rhodes-Extérieures seraient favorables à l'introduction du droit de vote cantonal. Par ailleurs, une des non-électrices de ce demi-canton, Catharina Merz, a accédé au poste de secrétaire générale du Département de la Santé publique.

Famille, maternité

Le Conseil des Etats a approuvé en décembre l'introduction d'une assurance-maternité intégrée dans le système des allocations pour perte de gain. D'un coût évaluée à quelque 400 millions de francs annuels, destiné à toutes les femmes domiciliées en Suisse depuis au moins 9 mois, le projet doit encore passer la rampe du Conseil national.

Le serpent de mer de l'avortement, en revanche, qui devait être discuté par le Conseil National dans sa session d'automne, a une fois de plus été renvoyé à plus tard.

L'initiative populaire fédérale "Contre l'application abusive des techniques de reproduction et de manipulation génétique à l'espèce humaine" lancée en octobre 1985 par le journal "Der Schweizerische Beobachter" a officiellement abouti. Plus de 112'000 signatures, mais 5'000 seulement en Suisse romande, ont en effet été récoltées jusqu'en janvier 1987. Les auteurs de l'initiative ont jusqu'au 15 avril pour la déposer.

Le canton d'Argovie a fait oeuvre de pionnier en légiférant sur les nouvelles techniques de reproduction. Intégré à la nouvelle loi cantonal sur la santé, un article original restreint le recours à l'insémination artificielle aux couples mariés et interdit l'utilisation des mères porteuses. Adopté par le Parlement, ce texte de loi doit encore recueillir l'assentiment populaire.

La fécondation in vitro est devenue maintenant une méthode de routine. Telles est l'une des conclusions de la clinique lausannoise de Montchoisi, qui avait fêté la naissance de son premier bébé in vitro le 9 mai, suivie de cinq autres naissances par le même procédé.

Un "Forum naissance" a eu lieu à Genève du 21 au 23 novembre, consacré aux choix qui existent - ou devraient exister - dans la préparation et le déroulement de la naissance.

La nouvelle loi neuchâteloise sur l'imposition des couples a été adoptée en décembre par le Grand Conseil, faisant ainsi entrer en vigueur le système du splitting.

Le 9 novembre, le peuple valaisan a accepté le projet de révision fiscale visant plus d'égalité entre couples mariés et concubins. L'imposition commune des époux mariés est maintenue, mais un abattement de 2'000 francs maximum leur est concédé. Par ailleurs, l'épouse est reconnue comme un sujet fiscal à part entière.

La loi genevoise sur les allocations familiales traite différemment les couples mariés et les personnes divorcées. En décembre, cette discrimination a été jugée inadmissible par le Tribunal fédéral, qui a donné raison à une mère de famille vivant avec ses enfants à Zurich, où elle ne pouvait se faire verser les allocations dues par son ex-mari.

Le Conseil d'Etat schwytzois s'est prononcé pour la suppression de l'interdiction de vivre en concubinage, en principe passible d'une peine pouvant aller jusqu'à trois mois de prison et 5'000 francs d'amende. Les seuls cantons qui maintiennent encore l'interdiction de l'union libre sont le Valais, Uri et Appenzell R.I.

On croyait savoir qu'en Suisse, il était plus facile de se marier que de divorcer. Trois affaires bien différentes viennent démentir ce on-dit. Dans le canton de Fribourg, un homme qui avait épousé une Camerounaise s'est vu opposer une action en nullité de mariage engagée par le Ministère public. "Il est débile et totalement déséquilibré", argue le conseil communal de Bulle. "Ils sont racistes", rétorque le mari.

Par ailleurs, un commerçant vaudois, divorcé, à qui la justice avait interdit de se remarier durant 3 ans, a fait une requête contre la Suisse à la Commission des Droits de l'Homme à Strasbourg. Celle-ci a fait savoir en novembre qu'elle jugeait l'interdiction de remariage incompatible avec la Convention européenne des droits de l'homme. La Cour de Strasbourg tranchera ultérieurement.

Enfin, en Valais, un certain nombre de personnes s'est élevé contre le fait que les divorcés valaisans protestants doivent obtenir, s'ils veulent faire bénir leur re-

mariage au temple, une autorisation d'une commission ad hoc chargée de statuer sur le remariage d'après le jugement de divorce.

Travail

Un accord sur le travail de nuit et du dimanche a été signé entre le syndicat de la Fédération des travailleurs de la métallurgie et de l'horlogerie (FIMH) et l'entreprise ETA (où se fabriquent les montres Swatch). L'accord prévoit que des équipes spéciales, composées de travailleurs volontaires, assureront la marche de l'usine 24 heures sur 24 sept jours sur sept. L'OFIAMT s'est tout d'abord opposé à cet accord, non conforme, selon l'Office de l'Industrie, à la loi du travail. L'ETA a alors adressé, en janvier, une demande en bonne et due forme à l'OFIAMT, pour savoir jusqu'où l'on peut aller dans l'adaptation des horaires aux nouvelles exigences économiques sans enfreindre la loi sur le travail. La Fédération valaisanne des syndicats chrétiens, quant à elle, a décidé d'adresser une pétition au Conseil d'Etat pour s'opposer aux dérogations à l'interdiction du travail le dimanche, les jours fériés et la nuit. Outre le plan prévu de travail continu à la fabrique ETA d'horlogerie de Sion, les "nocturnes" des grandes surfaces sont tout particulièrement visées.

Une étude demandée par l'OFIAMT sur les conditions de travail des caissières de supermarchés montre que celles-ci présentent un taux élevé de problèmes orthopédiques, notamment au niveau du dos.

Le Conseil fédéral a accepté, en octobre, d'effectuer une enquête approfondie sur l'importance du rayonnement auquel sont soumises les personnes travaillant à l'écran. Des expériences conduites à l'étranger donnent à penser que ces radiations pourraient être dangereuses, notamment pour les femmes enceintes.

Le chef du Département de l'Intérieur a annulé la décision de la commune de Niederenz (AG) de révoquer une maîtresse enfantine à la suite d'un début de grossesse entre sa nomination et son entrée en fonction (voir 3/86). La commune devra rembourser à l'enseignante son traitement et ses frais d'avocat. La commune peut encore recourir au Conseil d'Etat.

Une enquête du Bureau de la Condition féminine du Jura révèle, en se fondant sur la marche de 600 exploitations agricoles, que la femme d'agriculteur travaille en moyenne 70 heures par semaine. 60% des paysannes travaillent 11 à 13 heures par jour. Le 70% du temps est consacré au ménage, 27% à l'exploitation et il ne reste guère que 3% du temps pour des activités hors de la ferme.

En Valais, les chiffres officiels du chômage de la fin du mois d'octobre montrent que sur 901 chômeurs, 519 sont des femmes. Les secteurs les plus touchés sont dans le tertiaire: les bureaux, l'hôtellerie, la vente.

24 grandes entreprises et administrations ont promis de s'engager dès 1987 pour un traitement plus équitable des femmes. Elles ont ainsi répondu positivement à l'appel de personnalités des milieux politiques et économiques réunies au sein d'un comité d'initiative pour "Des actes au lieu des paroles".

Orell Füssli a eu la bonne idée, pour la première fois, de séparer les sexes dans son "Répertoire 1985 des administrateurs". Les sociétés suisses comptent actuellement 23'995 femmes dans leurs conseils d'administration. Ce chiffre correspond à 16,5% des 150'339 administrateurs recensés. Dans les 10 plus grandes entreprises suisses, on ne trouve aucune femme. Si on élargit le cercle aux 50 plus grandes entreprises, elles se comptent sur les doigts de la main.

Que ce soit dans les instances dirigeantes du Fonds national Suisse de la recherche scientifique (FNRS) ou parmi les chercheurs auxquels celui-ci distribue l'argent des recherches, les femmes sont dramatiquement sous-représentées. La situation difficile des chercheuses suisses a été révélée en novembre dans une conférence de presse de l'association Femmes Féminisme Recherche.

Formation

De plus en plus de femmes font des études supérieures. En 25 ans, le pourcentage des étudiantes par rapport au nombre total des étudiants en Suisse a passé de 16,8% à 35,8%. Le recensement effectué au semestre d'hiver 1985/86 montre qu'à l'Université de Genève, 51% des immatriculations sont féminines. En revanche, cette part n'atteignait que 13,6% à l'École polytechnique fédérale de Lausanne. A propos de la formation d'ingénieur, le président du Conseil des Ecoles Polytechniques Fédérales, Maurice Cosandey, a fait remarquer, en octobre, que la Suisse allait gravement manquer d'ingénieurs dans les années 90, et qu'une des solutions serait de susciter des vocations parmi les femmes.

Les jeunes filles du canton de Zurich ne seront plus obligées de suivre 5 semaines d'école ménagère entre 16 et 20 ans. C'est le peuple zurichois qui en a décidé ainsi en votation populaire à la fin du mois de septembre, introduisant ce faisant un enseignement ménager pour garçons et filles à l'école primaire.

A Soleure, le peuple a accepté, le 7 décembre, à une courte majorité, l'introduction de l'égalité entre garçons et filles en matière d'éducation.

Condition féminine: personnalités et bureaux

Des bureaux cantonaux de la condition féminine sont réclamés par les femmes des deux demi-cantons de Bâle. A Bâle-Campagne, une réunion tenue le 1er décembre a permis de constater d'un côté une convergence de vues entre les femmes de différents horizons politiques et la mollesse du gouvernement cantonal de l'autre. Dans le demi-canton de Bâle-Ville, un groupe de travail de 31 femmes a été constitué en décembre pour décider des grandes lignes d'un tel bureau.

Deux députées sont intervenues au Grand Conseil bernois par voie de motions pour réclamer la création de l'équivalent d'un bureau de la condition féminine jurassien. Le Gouvernement propose d'accepter leurs interventions sous forme de postulats, étant donné qu'une récente enquête a montré que les diverses directions et la chancellerie du canton remplissaient déjà cette tâche dans la mesure du possible. Reste à étudier notamment si les tâches réclamées ne pourraient pas être confiées à un service déjà existant au lieu de créer un organe spécial.

Lors de leur congrès tenu à Brigue en octobre, les femmes démocrates-chrétiennes ont demandé la création d'un bureau fédéral de la condition féminine, qui serait rattaché à l'administration fédérale. La conseillère nationale PDC Judith Stamm a, par ailleurs, déposé une motion dans ce sens, signée par la quasi totalité des parlementaires féminines.

D'un tout autre point de vue, l'Union Démocratique du Centre, réunie en congrès à Liestal en janvier, s'est prononcée en faveur d'une plus juste imposition de la travailleuse, de l'intégration de la femme dans la défense nationale, de la réalisation des principaux postulats féminins lors de la 10e révision de l'AVS ainsi que d'un rapprochement des âges de la retraite.

Pour la première fois en Suisse romande, une femme a été élue au Conseil d'Etat: la fribourgeoise Roselyne Crausaz (PDC).

Presque 3 Suisses sur 4 - et les Romands tout particulièrement - souhaitent une seconde femme au Conseil fédéral. C'est ce qu'a révélé un sondage d'opinion effectué par l'institut zurichois "Link" pour le compte de l'hebdomadaire allemandique "Blick für die Frau" avant les élections au Conseil fédéral de décembre 1986.

La Conseillère fédérale Elisabeth Kopp a été élue femme de l'année par les téléspectateurs romands.

Société

L'espérance de vie ne cesse d'augmenter. En Suisse, elle était pour les femmes de 48 ans en 1900, 72 ans en 1950 et 79 ans en 1983. Pour les hommes, les chiffres respectifs sont 49 ans, 67 ans et 72 ans (1981).

Une première en Suisse: la naissance d'une bibliothèque publique féminine, ouverte au mois de décembre à Saint Gall sous les auspices de l'association Wyborada.

Dix jours durant, du 15 au 25 octobre, un festival culturel de femmes a eu lieu à la "Rote Fabrik" à Zurich, présentant des productions féminines dans tous les domaines de la vie culturelle et artistique.

L'association de moralité publique "Réagir" a annoncé en décembre qu'elle allait déposer une requête au Tribunal fédéral pour qu'il se prononce sur la notion d'obscénité au cinéma notamment. Cet automne, la Chambre d'accusation de Genève avait été saisie d'un recours de cette association contre la diffusion du film de Pasolini "Salô ou les 120 jours de Sodome". Le tribunal avait conclu dans son ordonnance que ce que "Réagir" considérait obscène avait une intention artistique et culturelle. Le même film a d'ailleurs également fait l'objet de plaintes pénales dans le canton de Vaud par Felix Glutz, fondateur du mouvement de "défense des valeurs humaines universelles inspirées par la déclaration des droits de l'homme".

Pendant ce temps s'est ouverte le 10 janvier une nouvelle radio locale émettant sur la Romandie: Kiss FM, qui se veut sexy et coquine.

Sur l'initiative d'une mère dont le fils adolescent a été impliqué dans des affaires de prostitution homosexuelle, une nouvelle association a été créée à Genève pour venir en aide aux parents de jeunes pris dans l'engrenage des circuits drogue et prostitution: l'Association pour la défense des jeunes en difficulté.

Zeichenerklärung:

Erste Zahl = Ordnungsnummern
für die Session

Zweite Zahl = fortlaufende Kontroll-
nummern der Geschäfte

- N behandelt vom Nationalrat
S behandelt vom Ständerat
n Erstbehandlung beim Nationalrat
s Erstbehandlung beim Ständerat
D Dringlich
SV Schriftliches Verfahren
* neue Geschäfte
x erledigt

Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung

Wintersession 1986

(16. Tagung der 42. Legislaturperiode)

vom Montag, 1. Dezember bis Freitag, 19. Dezember 1986

Sitzungen des Nationalrates: 1., 2., 3., 4., 8., 9., 11., 15., 16. (II), 17., 18. und 19. Dezember (13 Sitzungen)

Sitzungen des Ständerates: 1., 2., 3., 4., 8., 9., 11., 15., 16., 17., 18. und 19. Dezember (12 Sitzungen)

Sitzungen der Vereinigten Bundesversammlung: 2. und 10. Dezember (2 Sitzungen)

Standesinitiative

17/81.202 n Genf. Schutz der Mutterschaft, vom 1. Juli 1981

Der Kanton Genf beantragt, die gesetzlichen Bestimmungen für einen wirksamen Mutterschaftsschutz zu verbessern.

N Egli-Winterthur, Allenspach, Ammann-Bern, Basler, Berger, Bonny, Borel, Bratschi, Butty, Columberg, Darbellay, Dirren, Dupont, Eisenring, Frey, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hari, Hösli, Landolt, Massy, Neukomm, Pfund, Reimann, Schüle, Segmüller, Spälti, Vannay, Zehnder (31)

1984 13. Dezember. Beschluss des Nationalrates: Die Initiative wird erst nach Abschluss der Beratung des Geschäftes Nr. 76/81.044 behandelt.

1986 4. Dezember. Beschluss des Ständerates: Die Standesinitiative wird abgeschrieben (siehe Geschäft Nr. 74/81.044).

17/81.202 n Genève. Protection de la maternité, du 1^{er} juillet 1981

Le canton de Genève propose d'améliorer les dispositions légales visant à protéger efficacement la maternité.

N Egli-Winterthur, Allenspach, Ammann-Berne, Basler, Berger, Bonny, Borel, Bratschi, Butty, Columberg, Darbellay, Dirren, Dupont, Eisenring, Frey, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hari, Hösli, Landolt, Massy, Neukomm, Pfund, Reimann, Schüle, Segmüller, Spälti, Vannay, Zehnder (31)

1984 13 décembre. Décision du Conseil national: L'initiative sera traitée à la fin des délibérations sur la révision partielle de la loi sur l'assurance-maladie (objet n° 76/81.044).

1986 4 décembre: Le Conseil des Etats décide de classer l'initiative (voir objet n° 74/81.044).

Parlamentarische Initiativen

24/77.231 n Familienpolitik (Nanchen), vom 13. Dezember 1977

Gemäss Artikel 21^{sexies} des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 27 des Geschäftsreglements des Nationalrats reiche ich folgende Initiative in der Form der allgemeinen Anregung ein:

In Anwendung von Artikel 34^{quinquies} und gestützt auf Artikel 34^{ter} Absatz 1 Buchstaben a und g, Artikel 34^{novies} Absatz 3 und Artikel 64 der Bundesverfassung erlässt der Bund gesetzliche Bestimmungen zur Schaffung eines wirklichen Familienschutzes.

Diese Bestimmungen sollen insbesondere die folgenden Massnahmen vorsehen:

1. Die Einrichtung einer obligatorischen Mutterschaftsversicherung, die nach dem Modell der AHV finanziert wird.
 - 1.1 Diese Versicherung deckt die durch Schwangerschaft und Niederkunft entstandenen Kosten für die Pflege durch den Arzt und medizinische Hilfspersonen sowie für Arzneimittel und Spitalaufenthalt.
 - 1.2 Sie gewährt während eines 16wöchigen Mutterschaftsurlaubs, von dem 10 Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft entfallen, ein Taggeld. Dieses beträgt für Arbeitnehmerinnen mindestens 80 Prozent des entgangenen Lohns und für nichterwerbstätige Frauen gleich viel wie der Erwerbsersatz für Nichterwerbstätige im Militärdienst.
 - 1.3 Ein solches Taggeld erhält auch die erwerbstätige Mutter oder der erwerbstätige Vater, wenn sie oder er zur Pflege eines kranken Kindes zu Hause bleiben muss.
 - 1.4 Ist der Mutterschaftsurlaub abgelaufen oder wird ein Kleinkind zur späteren Adoption in Pflege genommen, so kann, wenn beide Eltern erwerbstätig sind, der Mutter oder dem Vater ein Elternurlaub gewährt werden. Dieser Urlaub dauert höchstens neun Monate und gibt Anspruch auf eine Entschädigung, die grundsätzlich 80 Prozent des entgangenen Lohns ausmacht.
2. Den Schutz der schwangeren Frau vor Kündigung des Arbeitsvertrags. Der Kündigungsschutz wird auch Frauen und Männern in den Fällen der Ziffern 1.2, 1.3 und 1.4 gewährt, und die aufgrund des Arbeitsvertrags erworbenen Rechte bleiben in diesen Fällen gewahrt.
3. Die Förderung der beruflichen Wiedereingliederung und der Umschulung der Frauen, die aus familiären Gründen ihre Erwerbstätigkeit für mehrere Jahre unterbrochen haben.
4. Die Einrichtung einer eidgenössischen Familienzulageordnung für die Erwerbstätigen, die insbesondere einen interkantonalen Ausgleich vorsieht.

N Eggli-Winterthur, Aliesch, Allenspach, Ammann-St. Gallen, Candaux, Darbellay, Dupont, Eppenberger-Nesslau, Fischer-Hägglingsen, Gautier, Hösli, Jung, Keller, Kühne, Morf, Nauer, Nef, Neukomm, Schnyder-Bern, Segmüller, Vannay, Weber Monika, Zbinden (23)

1978 18. April: Die Kommission setzt ihre Beratungen aus bis zum Erscheinen der Botschaft über die Volksinitiative.

1983 16. März: Der Nationalrat beschliesst, die Punkte 1 und 2 abzuschreiben, den Punkten 3 und 4 jedoch Folge zu geben (siehe auch Geschäft Nr. 72/82.074).

Motion I der Kommission des Nationalrates, vom 25. April 1985

Familienzulagengesetz in der Landwirtschaft

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Vorlage zu unterbreiten, wonach der Anwendungsbereich des Familienzulagengesetzes in der Landwirtschaft ausgedehnt wird auf Selbständigerwerbende ausserhalb der Landwirtschaft und Nichterwerbstätige, die eine bestimmte Einkommensgrenze nicht übersteigen.

Postulat II der Kommission des Nationalrates, vom 25. April 1985

Kinderzulagen für Arbeitnehmer

Der Bundesrat wird eingeladen, in Zusammenarbeit mit den kantonalen Behörden seine Bemühungen zu verstärken, mit denen das Kinderzulagewesen unter den Kantonen koordiniert werden kann. Dabei sind die nachfolgend genannten Punkte zu beachten:

1. Beitragspflicht der Arbeitgeber zu einer kantonalen, beruflichen oder zwischenberuflichen Ausgleichskasse.
2. Anspruchsvoraussetzungen und Klärung der Begriffe:
 - Altersgrenze «Kind»
 - Geltungsbereich
 - Obhutprinzip (Kinder von unverheirateten, getrennten oder geschiedenen Eltern)
 - Rechtsstellung des ausländischen Arbeitnehmers
3. Bezugsberechtigung bei
 - Teilzeitarbeit
 - Doppelverdiener
 - Vermeidung von Doppelbezug
4. Koordination des Kinderzulagewesens mit den übrigen Sozialversicherungen bei:
 - Teilarbeitslosigkeit
 - voller Arbeitslosigkeit
 - Unfall
 - Krankheit
 - Todesfall
5. Koordination mit ausländischen Kinder- resp. Familienzulagenordnungen

1986 10. März: Der Nationalrat beschliesst, Punkt 4 keine Folge zu geben. Die Motion der Kommission wird abgelehnt; das Postulat der Kommission wird angenommen.

24/77.231 n Politique familiale (Nanchen), du 13 décembre 1977

Conformément à l'article 21^{sexies} de la loi sur les rapports entre les conseils et à l'article 27 du règlement du Conseil national, je dépose l'initiative parlementaire suivante sous la forme d'une proposition conçue en termes généraux.

En application de l'article 34^{quinquies} et sur la base des articles 34^{ter}, 1^{er} alinéa, lettres a et g, 34^{novies}, 3^e alinéa, et 64 de la constitution fédérale, des dispositions légales seront édictées en vue de la mise en œuvre d'une protection réelle de la famille.

Ces dispositions comprendront notamment les mesures suivantes:

1. La création d'une assurance-maternité obligatoire, qui sera financée selon le modèle de l'AVS.
 - 1.1 Cette assurance couvrira les frais médicaux, paramédicaux, pharmaceutiques et hospitaliers occasionnés par la grossesse et l'accouchement.
 - 1.2 Durant un congé de maternité de 16 semaines dont 10 après l'accouchement, elle garantira le versement d'une indemnité journalière qui correspondra, pour les travailleuses, au moins à 80% du salaire perdu, et, pour les

femmes n'exerçant pas d'activité lucrative, qui sera égale au montant de l'allocation pour perte de gain revenant aux personnes non actives qui effectuent un service militaire.

- 1.3 Une même indemnité sera également versée à l'un des parents salariés lorsque la présence de la mère ou du père est requise auprès d'un enfant malade.
- 1.4 A l'échéance du congé de maternité ou lors de la prise en charge d'un enfant en bas âge en vue d'adoption, un congé parental pourra être accordé à la mère ou au père lorsque chacun d'eux est salarié. Ce congé pourra s'étendre au plus sur une durée de 9 mois et donnera droit à une indemnité correspondant en principe à 80% du salaire perdu.
2. La protection des femmes enceintes contre la résiliation du contrat de travail, la même protection étant accordée aux femmes et aux hommes dans les cas mentionnés sous chiffre 1.2, 1.3 et 1.4, ainsi que le maintien dans les mêmes cas des droits acquis découlant du contrat de travail.
3. L'encouragement de la réinsertion professionnelle et du recyclage des femmes ayant interrompu leur activité lucrative pendant plusieurs années pour des raisons familiales.
4. L'institution d'un régime fédéral d'allocations familiales aux salariés prévoyant notamment une compensation intercantonale.

N Eggli-Winterthur, Aliesch, Allenspach, Ammann-Saint-Gall, Candaux, Darbellay, Dupont, Eppenberger-Nesslau, Fischer-Hägglingsen, Gautier, Hösli, Jung, Keller, Kühne, Morf, Nauer, Nef, Neukomm, Schnyder-Berne, Segmüller, Vannay, Weber Monika, Zbinden (23)

1978 18 avril: La commission suspend ses travaux jusqu'au dépôt du message sur l'initiative populaire.

1983 16 mars: Le Conseil national décide de classer les points 1 et 2, mais de donner suite aux points 3 et 4 (voir objet n° 72/82.074).

Motion I de la commission du Conseil national, du 25 avril 1985

Loi sur les allocations familiales dans l'agriculture

Le Conseil fédéral est invité à présenter un projet de loi par lequel le champ d'application de la loi fédérale sur les allocations familiales dans l'agriculture serait étendu aux indépendants n'appartenant pas à l'agriculture ainsi qu'aux personnes sans activité lucrative dont le revenu n'excéderait pas une certaine limite.

Postulat II de la commission du Conseil national, du 25 avril 1985

Allocations pour enfants allouées aux salariés

Le Conseil fédéral est invité à intensifier son action pour obtenir que les cantons coordonnent leurs régimes d'allocations pour enfants. A cet effet, il collaborera avec les autorités cantonales. La coordination en question portera sur les points suivants:

1. Obligation pour les employeurs de cotiser à une caisse de compensation cantonale, professionnelle ou interprofessionnelle.
2. Conditions d'octroi des allocations et clarification des notions:
 - Limite d'âge «Enfant»
 - Champ d'application
 - Principe de la garde (enfants de parents non mariés, séparés ou divorcés)
 - Statut du salarié étranger
3. Droit aux allocations
 - en cas d'activité à temps partiel
 - en cas d'activité double
 - empêchement du cumul d'allocations
4. Coordination du régime des allocations pour enfants avec les autres branches des assurances sociales dans les cas suivants:
 - chômage partiel
 - chômage complet
 - accident
 - maladie
 - décès
5. Coordination des régimes d'allocations familiales avec les systèmes étrangers d'allocations pour enfants ou d'allocations familiales

1986 10 mars: Le Conseil national décide de ne pas donner suite au point 4 de l'initiative; la motion de la commission est rejetée, le postulat est adopté.

26/81.222 n Schwangerschaftsabbruch (Nationalrat), vom 10. März 1981 (siehe Geschäft Nr. 78.222).

Bericht und Anträge der Kommission des Nationalrates vom 27. August 1979 (BBl II, 1037) zu den parlamentarischen Initiativen und Standesinitiativen zum Schwangerschaftsabbruch.

Stellungnahme und Gesetzesentwurf des Bundesrates vom 29. September 1980 (BBl III, 1047).

N *Christinat*, Blocher, Blunschy, de Chastonay, Deneys, Eppenberger-Nesslau, Frey, Gautier, Grassi, Hösli, Jaggi, Jung, Longet, Mauch, Müller-Wiliberg, Nef, Pidoux, Segmüller, Spoerry, Wagner, Wanner, Weber Monika, Ziegler (23)

S *Bührer*, Bauer, Brahier, Dobler, Flückiger, Gadiant, Genoud, Jagmetti, Matossi, Moll, Piller, Reichmuth, Schmid, Schönenberger, Zumbühl (15)

A. Schweizerisches Strafgesetzbuch
Änderung vom

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

gestützt auf Artikel 64^{bis} der Bundesverfassung, nach Prüfung verschiedener parlamentarischer Initiativen und Standesinitiativen, nach Einsicht in den Bericht der Kommission des Nationalrates vom 27. August 1979¹⁾ und die Stellungnahme des Bundesrates vom 29. September 1980²⁾,

beschliesst:

I

Das Schweizerische Strafgesetzbuch³⁾ wird wie folgt geändert:

Art. 121^{bis} Abbruch der Schwangerschaft innert der ersten zwölf Wochen

¹ Die Kantone können durch ein Gesetz bestimmen, dass der Abbruch der Schwangerschaft nicht strafbar ist, wenn er innerhalb der ersten zwölf Wochen nach der letzten Periode ausgeführt wird.

² Ausserdem müssen folgende Voraussetzungen gegeben sein:

- Der Eingriff muss durch einen diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung seines Berufes zugelassenen Arzt ausgeführt werden;
- Die Schwangere muss dem Eingriff schriftlich zustimmen; ist sie nicht urteilsfähig, so ist die schriftliche Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters erforderlich;
- Die Schwangere hat sich mindestens eine Woche vor einem allfälligen Eingriff durch einen diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung seines Berufes zugelassenen Arzt oder durch eine kantonal anerkannte Beratungsstelle beraten zu lassen.

³ Der nach den Absätzen 1 und 2 straflose Schwangerschaftsabbruch bleibt auf dem ganzen Gebiet der Schweiz straflos.

Art. 121^{ter} Nichtbeachtung des Artikels 121^{bis}

- Der Arzt, der aus einem der gesetzlich anerkannten Gründe die Schwangerschaft abbricht, ohne dass die Zustimmung der Schwangeren oder ihres gesetzlichen Vertreters schriftlich vorliegt, ohne diplomiert und in der Schweiz zur Ausübung des Berufes zugelassen zu sein, ohne die gesetzlichen Bestimmungen des Artikels 121^{bis} Absatz 2 Buchstabe c zu beachten, wird, wenn er vorsätzlich handelt, mit Haft oder Busse bestraft. Bei Rückfall kann er mit Gefängnis bestraft werden.
- Der Arzt, der grob fahrlässig annimmt, es liege ein gesetzlich anerkannter Grund vor, und die Schwangerschaft zu Unrecht abbricht, wird mit Gefängnis oder Busse bestraft.

Art. 121^{quater} Meldung der Eingriffe

Der Bundesrat erlässt nach Anhören der Kantone Bestimmungen über die Meldung der Eingriffe an das Bundesamt für Statistik.

Art. 121^{quinqües} Weigerung aus Gewissensgründen

Niemand ist verpflichtet, bei der Durchführung eines Schwangerschaftsabbruches mitzuwirken, wenn er dies aus Gewissensgründen nicht verantworten kann. Die Weigerung ist ohne Verzug bekanntzugeben.

Art. 211

Streichen

II

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

¹⁾ BBl 1979 II 1037

²⁾ BBl 1980 III 1047

³⁾ SR 311.0

1981 23. September: Der Ständerat beschliesst, auf dieses Bundesgesetz nicht einzutreten.

B. Bundesgesetz über die Schwangerschaftsberatungsstellen

Bundesblatt 1981 III, 242; Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 1982

C. Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung

Bundesblatt 1981 III, 240; Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 1982

1982 21. Juni: Die Kommission des Nationalrates beschliesst, ihre Beratungen vorläufig auszusetzen (s. Bericht der Kommission, Amtl. Bull. NR S. 1384).

Motion der Kommissionsminderheit (Hösli, Hari, Nef, Spoerry) vom 16. Januar 1986

Schwangerschaftsabbruch. Indikationenlösung

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine neue Botschaft zur Lösung der Frage des Schwangerschaftsabbruchs zu unterbreiten. Er soll dabei eine Indikationenlösung anstreben, welche den bisherigen Volksabstimmungen Rechnung trägt.

26/81.222 n Interruption de la grossesse (Conseil national), du 10 mars 1981 (voir objet n° 78.222).

Rapport et propositions de la commission du Conseil national du 27 août 1979 (FF II, 1021) concernant les initiatives parlementaires et initiatives des cantons sur l'interruption de la grossesse.

Avis du Conseil fédéral et projet de loi du 29 septembre 1980 (FF III, 1050).

N *Christinat*, Blocher, Blunschy, de Chastonay, Deneys, Eppenberger-Nesslau, Frey, Gautier, Grassi, Hösli, Jaggi, Jung, Longet, Mauch, Müller-Wiliberg, Nef, Pidoux, Segmüller, Spoerry, Wagner, Wanner, Weber Monika, Ziegler (23)

E *Bührer*, Bauer, Brahier, Dobler, Flückiger, Gadiant, Genoud, Jagmetti, Matossi, Moll, Piller, Reichmuth, Schmid, Schönenberger, Zumbühl (15)

A. Code pénal suisse

Modification du

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'article 64^{bis} de la constitution; après examen de diverses initiatives parlementaires et cantonales; vu le rapport du 27 août 1979 d'une commission du Conseil national¹⁾; vu l'avis du Conseil fédéral du 29 septembre 1980²⁾,

arrête:

I

Le code pénal suisse³⁾ est modifié comme il suit:

¹⁾ FF 1979 II 1021

²⁾ FF 1980 III 1050

³⁾ RS 311.0

Art. 121^{bis} Interruption de la grossesse pendant les douze premières semaines

¹ Les cantons peuvent prévoir par une loi que l'interruption de la grossesse n'est pas punissable lorsqu'elle est pratiquée dans les douze semaines après le début des dernières règles.

² En outre, les conditions suivantes doivent être remplies:

- L'interruption doit être pratiquée par un médecin diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse;
- La personne enceinte doit consentir par écrit à l'intervention; si elle est incapable de discernement, le consentement écrit de son représentant légal est requis;
- La personne enceinte doit consulter, au moins une semaine avant l'éventuelle intervention, un médecin diplômé et

autorisé à exercer sa profession en Suisse ou un centre de consultation reconnu par un canton.

³ Une interruption de grossesse qui n'est pas punissable selon les alinéas 1 et 2 ne peut faire l'objet de poursuite en Suisse.

Art. 121^{ter} Inobservation de l'article 121^{bis}

1. Le médecin qui, dans l'un des cas prévus par la loi, aura interrompu une grossesse, sans que le consentement de la personne enceinte ou de son représentant légal n'ait été donné par écrit, sans être diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse, sans respecter les conditions prévues à l'article 121^{bis} alinéa 2 lettre c, sera puni, s'il a agi intentionnellement, des arrêts ou de l'amende. En cas de récidive, il pourra être puni de l'emprisonnement.
2. Le médecin qui aura admis, par une négligence grave, qu'il existe un motif reconnu par la loi et aura indûment interrompu la grossesse sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 121^{quater} Communication des interventions

Après consultations des cantons, le Conseil fédéral édicte des dispositions concernant la communication des interventions à l'Office fédéral de la statistique.

Art. 121^{quinquies} Refus pour des raisons de conscience

Nul n'a l'obligation de collaborer à l'exécution d'une interruption de grossesse lorsqu'il ne peut en prendre la responsabilité pour des raisons de conscience. Le refus doit être annoncé sans délai.

Art. 211

Biffer

II

¹ La présente loi est soumise au référendum facultatif.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

1981 23 septembre: Le Conseil des Etats décide de ne pas entrer en matière sur cette loi.

B. Loi fédérale sur les centres de consultation en matière de grossesse

Feuille fédérale 1981 III, 218; délai d'opposition: 18 janvier 1982

C. Loi fédérale sur l'assurance en cas de maladie et d'accidents

Feuille fédérale 1981 III, 216; délai d'opposition: 18 janvier 1982

1982 21 juin: La commission du Conseil national décide de suspendre provisoirement ses délibérations (v. Rapport de la commission, BO, CN p. 1384).

Motion de la minorité de la commission (Hösli, Hari, Nef, Spoerry), du 16 janvier 1986

Interruption de la grossesse. Solution des indications

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre au Parlement un nouveau message sur la solution à apporter à la question de l'interruption de la grossesse, qui, en tenant compte des votations populaires, propose une solution des indications.

33/85.239 n Bundespersonal im Ausland. Politische Rechte der Ehegatten (Gautier), vom 26. September 1985

Gemäss Artikel 21^{bis} des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 27 des Geschäftsreglements des Nationalrates reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Das Bundesgesetz vom 19. Dezember 1975 über die politischen Rechte der Auslandschweizer wird wie folgt geändert:

Art. 7^{bis} (neu)

Die Bediensteten des Bundes, die der Beamten- oder Angestelltenordnung unterstehen und im Ausland eingesetzt sind; sowie ihre Ehegatten können von dort aus brieflich stimmen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten regelt die Einzelheiten.

Art. 8 Abs. 3

Streichen

N Petitions- und Gewährleistungskommission

1986 20. Juni: Der Nationalrat beschliesst, der Initiative Folge zu geben.

33/85.239 n Agents de la Confédération à l'étranger. Droits politiques des conjoints (Gautier), du 26 septembre 1985

En vertu de l'article 21^{bis} de la loi sur les rapports entre les conseils et de l'article 27 du règlement du conseil, je dépose l'initiative parlementaire suivante:

La loi sur les droits politiques des Suisses de l'étranger, du 19 décembre 1975, est modifiée comme il suit:

Art. 7^{bis} (nouveau)

L'agent de la Confédération soumis au règlement des fonctionnaires ou à celui des employés, qui est en service à l'étranger, ainsi que son conjoint, peuvent voter par correspondance de l'étranger. Le Département fédéral des affaires étrangères règle les détails.

Art. 8, al. 3

Biffer

N Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales

1986 20 juin: Le Conseil national décide de donner suite à l'initiative.

39/86.223 n Gesetz gegen die Diskriminierung der Frau (Fetz), vom 6. März 1986

Frau Fetz beantragt, ein Antidiskriminierungsgesetz auszuarbeiten.

(Die Initiative kann beim Sekretariat der Bundesversammlung bezogen werden.)

N Petitions- und Gewährleistungskommission

39/86.223 n Loi contre la discrimination de la femme (Fetz), du 6 mars 1986

M^{me} Fetz propose d'élaborer une loi contre la discrimination de la femme. (Le texte de l'initiative peut être obtenu au Secrétariat de l'Assemblée fédérale)

N Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales

54/86.239 n Schutz der schwangeren Frauen und Mütter
(Christinat), vom 10. Dezember 1986

Gestützt auf Artikel 21^{bis} des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 27 des Geschäftsreglementes des Nationalrates reiche ich folgende Initiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes ein:

Arbeitsgesetz (822.11)

Art. 35 Abs. 2 (neu)

² Der Mutterschaftsurlaub dauert 16 Wochen, wovon mindestens 10 Wochen nach der Geburt bezogen werden müssen.

54/86.239 n Protection des femmes enceintes et des mères
(Christinat), du 10 décembre 1986

Conformément à l'article 21^{bis} de la loi sur les rapports entre les Conseils et à l'article 27 du règlement du Conseil national, je dépose l'initiative individuelle suivante sous la forme d'un projet rédigé de toutes pièces.

Loi fédérale sur le travail (822.11)

Art. 35, 2^e al. (nouveau)

² Le congé maternité est de 16 semaines dont 10 semaines au moins après l'accouchement.

64/85.240 s Bundespersonal im Ausland. Politische Rechte der Ehegatten
(Bauer), vom 26. September 1985

Gemäss Artikel 21^{bis} des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 23 des Geschäftsreglements des Ständerates reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Das Bundesgesetz vom 19. Dezember 1975 über die politischen Rechte der Auslandschweizer wird wie folgt geändert:

Art. 7^{bis} (neu)

Die Bediensteten des Bundes, die der Beamten- oder Angestelltenordnung unterstehen und im Ausland eingesetzt sind, sowie ihre Ehegatten können von dort aus brieflich stimmen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten regelt die Einzelheiten.

Art. 8 Abs. 3

Streichen

S Petitionskommission

1986 18. Juni: Der Ständerat beschliesst, der Initiative Folge zu geben.

64/85.240 é Agents de la Confédération à l'étranger. Droits politiques des conjoints
(Bauer), du 26 septembre 1985

En vertu de l'article 21^{bis} de la loi sur les rapports entre les conseils et de l'article 23 du règlement du conseil, je dépose l'initiative parlementaire suivante:

La loi sur les droits politiques des Suisses de l'étranger, du 19 décembre 1975, est modifiée comme il suit:

Art. 7^{bis} (nouveau)

L'agent de la Confédération soumis au règlement des fonctionnaires ou à celui des employés, qui est en service à l'étranger, ainsi que son conjoint, peuvent voter par correspondance de l'étranger. Le Département fédéral des affaires étrangères règle les détails.

Art. 8, al. 3

Biffer

E Commission des pétitions

1986 18 juin: Le Conseil des Etats décide de donner suite à l'initiative.

Eidg. Departement des Innern

74/81.044 n Krankenversicherung. Teilrevision

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 19. August 1981 (BBl II, 1117) über die Teilrevision der Krankenversicherung.

N *Eggl-Winterthur*, Allenspach, Ammann-Bern, Basler, Berger, Bonny, Borel, Bratschi, Butty, Columberg, Darbellay, Dirren, Dupont, Eisenring, Frey, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hari, Hösl, Landolt, Masy, Neukomm, Pfund, Reimann, Schüle, Segmüller, Spälti, Vannay, Zehnder (31)

S *Hänsenberger*, Andermatt, Arnold, Bauer, Binder, Bühler, Debétaz, Kündig, Masoni, Matossi, Meier Josi, Schmid, Schönenberger, Steiner, Weber (15)

1984 4. Oktober: Der Nationalrat hat die Artikel 1-34 durchberaten.

Motion I der Kommission des Nationalrates, vom 6. Juli 1984:

Ärzteüberfluss

Der Bundesrat wird eingeladen, im Rahmen der Bildungs- und Gesundheitspolitik in Zusammenarbeit mit den Kantonen Massnahmen zu treffen, um die Ursachen und Auswirkungen des Ärzteüberflusses wirksam anzugehen; dabei muss eine ausreichende Gesundheitsversorgung gewährleistet bleiben.

Motion II der Kommission des Nationalrates, vom 6. Juli 1984:

Krankenversicherung. Finanzierung

Der Bundesrat wird eingeladen, dem Parlament eine Vorlage über die Finanzierung der Krankenversicherung (Krankenpflege) zu unterbreiten, mit dem Ziel, die Bundesbeiträge nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Versicherten auszurichten.

Motion III der Kommissionsminderheit (Günter) des Nationalrates, vom 6. Juli 1984:

Alkoholsteuer zugunsten der Krankenkassen

Die vorliegende Revision des Krankenversicherungsgesetzes wird erhöhte Ausgaben für die Krankenkassen mit sich bringen. Der Bundesrat wird daher aufgefordert, zu deren teilweisen Deckung eine Alkoholsteuer auf allen alkoholhaltigen Getränken, abgestuft nach dem Gehalt an Alkohol, dem Nationalrat vorzulegen. Der Ertrag dieser Steuer ist zweckgebunden für die Senkung der Krankenkassenprämien zu verwenden.

Motion IV der Kommissionsminderheit (Zehnder) des Nationalrates, vom 6. Juli 1984:

Soziale Krankenversicherung. Arztrecht

Der Bundesrat wird ersucht, den eidgenössischen Räten unverzüglich eine Vorlage zur Änderung des in der Sozialen Krankenversicherung geltenden Arztrechtes zu unterbreiten. Insbesondere ist zu gewährleisten, dass bei Fehlen eines Vertrages zwischen Ärzten und Krankenkassen

1. alle Versicherten während unbeschränkter Dauer Anspruch auf Rechnungsstellung nach dem behördlich festgesetzten Arzttarif haben;
2. die Weiterführung der Kosten- und Leistungskontrollen für die Krankenkassen ohne besondere Erschwernisse möglich ist;
3. der einzelne Arzt den Verzicht auf jegliche Tätigkeit im Rahmen der Sozialen Krankenversicherung nur bei Vorliegen besonderer persönlicher oder beruflicher Gründe bei der zuständigen Behörde erklären kann, eine kollektive Verweigerung des Tarifschutzes gegenüber den Versicherten somit nicht mehr möglich ist.

A. Bundesgesetz über die Krankenpflegeversicherung inkl. Erweiterung der Leistungen bei Mutterschaft

1984 12. Dezember. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

1986 4. Dezember. Beschluss des Ständerates abweichend vom Beschluss des Nationalrates.

B. Bundesgesetz über die Krankengeldversicherung inklusive Taggeld bei Mutterschaft

1984 13. Dezember. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

1986 4. Dezember: Der Ständerat beschliesst, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Motion I der Kommission

1984 13. Dezember. **Beschluss des Nationalrates:** Die Motion wird in nachstehender Form eines Postulates angenommen:

Der Bundesrat wird eingeladen zu prüfen, ob es nicht angezeigt wäre, im Rahmen der ...

Motion II der Kommission

1984 13. Dezember. **Beschluss des Nationalrates:** Die Motion wird angenommen. – An den Ständerat.

1986 4. Dezember. **Beschluss des Ständerates:** Die Motion wird angenommen.

Motionen III und IV der Kommissionsminderheiten

1984 13. Dezember. **Beschluss des Nationalrates:** Die beiden Motionen werden abgelehnt.

74/81.044 n Assurance-maladie. Révision partielle

Message et projet de loi du 19 août 1981 (FF II, 1069) sur la révision partielle de l'assurance-maladie.

N *Eggl-Winterthour*, Allenspach, Ammann-Berne, Basler, Berger, Bonny, Borel, Bratschi, Butty, Columberg, Darbellay, Dirren, Dupont, Eisenring, Frey, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hari, Hösl, Landolt, Massy, Neukomm, Pfund, Reimann, Schüle, Segmüller, Spälti, Vannay, Zehnder (31)

E *Hänsenberger*, Andermatt, Arnold, Bauer, Binder, Bühler, Debétaz, Kündig, Masoni, Matossi, Meier Josi, Schmid, Schönenberger, Steiner, Weber (15)

1984 4 octobre: Le Conseil national suspend ses travaux après l'examen des articles 1 à 34.

Motion I de la commission du Conseil national, du 6 juillet 1984

Nombre de médecins

Le Conseil fédéral est invité à prendre des mesures, avec le concours des cantons, dans le cadre de la politique de formation et de santé, afin de s'attaquer efficacement aux causes et aux conséquences du nombre excessif de médecins; toutefois ce faisant, un service de santé suffisant doit être garanti.

Motion II de la commission du Conseil national, du 6 juillet 1984

Assurance-maladie. Financement

Le Conseil fédéral est invité à présenter au Parlement un projet sur le financement de l'assurance-maladie (soins médicaux et pharmaceutiques) prévoyant que les subventions fédérales seront réparties en fonction de la situation économique des assurés.

Motion III de la minorité de la commission (Günter) du Conseil national, du 6 juillet 1984

Impôt général sur l'alcool en faveur des caisses-maladie

La présente révision de la loi sur l'assurance-maladie entraînera une augmentation des dépenses pour les caisses-maladie. Le Conseil fédéral est, dès lors, invité à proposer au Conseil national le prélèvement d'un impôt sur l'alcool, et cela sur toutes les boissons contenant de l'alcool; cet impôt serait échelonné en fonction de la teneur en alcool et couvrirait partiellement l'augmentation des dépenses précitée. Le montant ainsi perçu devra être utilisé pour réduire les cotisations des caisses-maladie.

Motion IV de la minorité de la commission (Zehnder) du Conseil national, du 6 juillet 1984

Assurance-maladie sociale. Droit médical

Le Conseil fédéral est prié de soumettre immédiatement aux Chambres fédérales un projet modifiant le droit médical en vigueur dans l'assurance-maladie sociale. Ce faisant, il conviendra de garantir qu'au cas où aucune convention ne peut être passée entre médecins et caisses-maladie

1. tous les assurés ont droit, pendant une période illimitée, à ce que les factures soient établies d'après le tarif médical fixé par l'autorité compétente;
2. les caisses-maladie peuvent continuer à contrôler les coûts et les prestations, sans complications;

3. le médecin individuel ne peut déclarer à l'autorité compétente qu'il renonce à exercer son activité à la charge de l'assurance-maladie sociale que s'il dispose, pour ce faire, de motifs personnels ou professionnels; un refus collectif de la protection tarifaire accordée aux assurés n'est par conséquent plus possible.

Projet de la commission du Conseil national, du 6 juillet 1984

A. Loi fédérale sur l'assurance des soins médico-pharmaceutiques, y compris l'extension des prestations en cas de maternité

1984 12 décembre. **Décision du Conseil national** modifiant le projet du Conseil fédéral.

1986 4 décembre. **Décision du Conseil des Etats** avec des divergences.

B. Loi fédérale sur l'assurance d'une indemnité journalière, y compris l'indemnité journalière en cas de maternité

1984 13 décembre. **Décision du Conseil national** modifiant le projet du Conseil fédéral.

1986 4 décembre: Le Conseil des Etats décide de ne pas entrer en matière.

Motion I de la commission

1984 13 décembre. **Décision du Conseil national:** La motion est adoptée sous la forme d'un postulat ainsi conçu:

Le Conseil fédéral est invité à examiner s'il ne serait pas indiqué de prendre des mesures, ...

Motion II de la commission

1984 13 décembre. **Décision du Conseil national:** La motion est adoptée. – Au Conseil des Etats.

1986 4 décembre. **Décision du Conseil des Etats:** La motion est adoptée.

Motions III et IV de la minorité de la commission

1984 13 décembre. **Décision du Conseil national:** Les deux motions sont rejetées.

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement**96/86.008 n «Gleiche Rechte für Mann und Frau». Rechtsetzungsprogramm**

Bericht vom 26. Februar 1986 (BBl I, 1144) über das Rechtsetzungsprogramm «Gleiche Rechte für Mann und Frau».

N Petitions- und Gewährleistungskommission

S *Bühler*, Bauer, Belser, Dreyer, Hänsenberger, Jagmetti, Meier Josi, Schaffter, Schmid, Schoch, Steiner (11)

96/86.008 n «Egalité des droits entre hommes et femmes». Programme législatif

Rapport du Conseil fédéral du 26 février 1986, (FF I, 1132) sur le programme législatif «Egalité des droits entre hommes et femmes».

N Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales

E *Bühler*, Bauer, Belser, Dreyer, Hänsenberger, Jagmetti, Meier Josi, Schaffter, Schmid, Schoch, Steiner (11)

Persönliche Vorstösse

Nationalrat

232/86.592 I Borel – Unterschiedliches Rentenalter für Männer und Frauen (1. Oktober 1986)

Ein Entscheid des Bundesgerichts verlangt von den Kantonen, unverzüglich ihre Gesetzgebung im Bereich der beruflichen Vorsorge in den öffentlichen Diensten zu ändern, um die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in bezug auf das Rentenalter herzustellen. Wenn die Bundesgesetzgebung in der Folge nicht modifiziert wird, wird die Beseitigung der Ungleichheit zwischen Mann und Frau im öffentlichen Dienst von Kantonen und Gemeinden zu einer neuen Ungleichbehandlung zwischen den Angestellten dieser Kategorie und allen andern Angestellten des öffentlichen und des privaten Sektors führen.

Mitunterzeichner: Ammann-St. Gallen, Bircher, Christinat, Clivaz, Fankhauser, Fehr, Friedli, Gloor, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Mauch, Meyer-Bern, Morf, Nauer, Neukomm, Pitteloud, Rechsteiner, Reimann, Renschler, Robbiani, Ruffy, Stamm Walter, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber-Arbon (26)

232/86.592 I Borel – Différence de l'âge de la retraite pour les hommes et les femmes (1^{er} octobre 1986)

Une décision du Tribunal fédéral impose aux cantons de modifier sans retard leur législation en matière de prévoyance professionnelle des salariés du secteur public, de manière à établir l'égalité entre hommes et femmes au niveau de l'âge donnant le droit à la retraite. Si la législation fédérale n'est pas modifiée en conséquence, la suppression d'une inégalité entre hommes et femmes travaillant dans le secteur public cantonal et communal créera une nouvelle inégalité entre cette catégorie et tous les autres salariés du secteur privé et public.

Quelles sont les intentions du Conseil fédéral pour résoudre ce problème?

Cosignataires: Ammann-Saint-Gall, Bircher, Christinat, Clivaz, Fankhauser, Fehr, Friedli, Gloor, Lanz, Leuenberger-Soleure, Mauch, Meyer-Berne, Morf, Nauer, Neukomm, Pitteloud, Rechsteiner, Reimann, Renschler, Robbiani, Ruffy, Stamm Walter, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber-Arbon (26)

236/85.903 M Braunschweig – Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Ratifikation des Übereinkommens (3. Oktober 1985)

Nach der eindrucklichen Annahme des neuen Eherechts durch das Schweizer Volk vom 22. September 1985 ersuchen wir den Bundesrat, die Ratifikation des «Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau» vom 18. Dezember 1979 sobald als möglich in die Wege zu leiten, nachdem der Bundesrat dies sowohl im Bericht über die schweizerische Menschenrechtspolitik als auch in der UNO-Botschaft in Aussicht gestellt hat.

Ursprünglich machte der Bundesrat die Ratifikation des Übereinkommens vor allem vom Gleichheitsartikel 4 Absatz 2 in der Bundesverfassung abhängig. Etwas enttäuschend erwähnte der Bundesrat in der Fragestunde vom 10. Dezember 1984 neben der Annahme des neuen Eherechts weitere Gesetzesrevisionen (Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts, Arbeits- und Sozialgesetzgebung) als Voraussetzung für die Ratifikation des Übereinkommens. Demgegenüber ersuchen wir den Bundesrat, die Ratifikation nicht auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Die absolute Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern im philosophischen Sinn wird ohnehin immer eine Utopie sein. Das Schweizer Volk hat in dessen in den Jahren 1971 bis 1985 in etlichen Volksabstimmungen den Willen zur Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann zum Ausdruck gebracht. Mit dieser demokratischen Willensbildung ist die wichtigste Voraussetzung für die Ratifikation des Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979 erfüllt.

Mitunterzeichner: Ammann-St. Gallen, Bäumlin, Bircher, Blunsky, Borel, Bundi, Chopard, Christinat, Clivaz, Deneys, Eggenberg-Thun, Egli-Winterthur, Euler, Fankhauser, Fehr, Fetz, Friedli, Gloor, Grendelmeier, Gurtner, Hubacher, Humbel, Jaggi, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Longet, Maeder-Appenzell, Mauch, Meizoz, Meyer-Bern, Müller-Bachs, Nauer, Neukomm, Ott, Pitteloud, Reimann, Renschler, Robbiani, (Robert, Rohrer), Rubi, Ruch-Zuchwil, Ruffy, Seiler, Stamm Judith, Stappung, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber Monika, Weber-Arbon, Weder-Basel, Zehnder, Ziegler (55)

236/85.903 M Braunschweig – Elimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes. Ratification de la convention (3 octobre 1985)

Le 22 septembre 1985, une majorité impressionnante du peuple suisse a accepté le nouveau droit matrimonial; nous chargeons par conséquent le Conseil fédéral d'engager, le plus rapidement possible, la procédure de ratification de la Convention du 18 décembre 1979 sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes. Cela est d'autant plus nécessaire que le Conseil fédéral l'a promis lui-même et dans le rapport sur la politique suisse en matière de droits de l'homme, et dans son message concernant l'adhésion de la Suisse à l'ONU.

Initialement, le Conseil fédéral faisait dépendre la ratification de la Convention avant tout de l'article sur l'égalité des hommes et des femmes (constitution fédérale, art. 4, al. 2). A notre déception, il a, lors de l'heure des questions du 10 décembre 1984, posé des conditions supplémentaires à cette ratification, soit l'acceptation du nouveau droit matrimonial, ainsi que la révision d'autres lois encore (Loi fédérale sur l'acquisition et la perte de la nationalité suisse et législation dans le domaine social et en matière de travail). C'est pourquoi nous attendons du Conseil fédéral qu'il cesse de renvoyer cette ratification aux calendes grecques! Nous savons que l'égalité absolue entre les sexes – l'égalité telle que l'entendent les philosophes – sera toujours une utopie. Il n'en reste pas moins que le peuple suisse a exprimé plusieurs fois, à l'occasion des votations organisées entre 1971 et 1985, sa volonté de traduire cette égalité dans les faits. Et cette évolution de l'opinion publique satisfait à la condition sine qua non de la ratification de la Convention du 18 décembre 1979 sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes.

Cosignataires: Ammann-Saint-Gall, Bäumlin, Bircher, Blunsky, Borel, Bundi, Chopard, Christinat, Clivaz, Deneys, Eggenberg-Thoune, Egli-Winterthur, Euler, Fankhauser, Fehr, Fetz, Friedli, Gloor, Grendelmeier, Gurtner, Hubacher, Humbel, Jaggi, Lanz, Leuenberger-Soleure, Leuenberger Moritz, Longet, Maeder-Appenzell, Mauch, Meizoz, Meyer-Berne, Müller-Bachs, Nauer, Neukomm, Ott, Pitteloud, Reimann, Renschler, Robbiani, Robert, (Rohrer), Rubi, Ruch-Zuchwil, Ruffy, Seiler, Stamm Judith, Stappung, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber Monika, Weber-Arbon, Weder-Bäle, Zehnder, Ziegler (55)

248/86.403 M Butty – Besteuerung der Ehepaare (20. März 1986)

Die Besteuerung muss den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung genügen, damit alle Steuerpflichtigen in vergleichbarer Weise belastet werden.

Ehepaare sollen folglich gleich besteuert werden wie im Konkubinats lebende Paare.

Diese Grundsätze der Gleichbehandlung, die im Interesse der Familie liegen, sollten auch auf die Kinder ausgedehnt werden, damit eine echte Familienpolitik geführt werden kann. Das Bundesgericht hat den Grundsatz der Gleichbehandlung für die Besteuerung der Ehepaare anerkannt und die Kantone gezwungen, sich danach zu richten.

Die Bundesgesetzgebung über die direkte Bundessteuer muss deshalb diesen Grundsätzen auch genügen, denn sie betrifft ja die gleichen Steuerpflichtigen.

Da die Steuerharmonisierung und die Revision der direkten

Bundessteuer sicher noch mehrere Jahre auf sich warten lassen werden, ist eine Revision in diesem Punkt dringend notwendig. Angesichts der weitreichenden finanziellen Auswirkungen dieses Vorschlags auf die Bundesfinanzen, wird eine Übergangsregelung für zwei Jahre vorgeschlagen.

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament folgende Änderung des BdBSt vorzulegen:

- Art. 25 Abs. 1 Bst. a: aufgehoben.
- Art. 40 Abs. 1 zweiter Satz (neu):
Für die verheirateten Personen, deren Steuerfaktoren zusammengerechnet werden (Art. 13), sind für die Festlegung des Steuersatzes drei Fünftel des steuerbaren Einkommens massgebend. Artikel 157 bleibt vorbehalten.
- Art. 157 (neu):
Für die Veranlagungsperiode 1989/90 werden für die Berechnung des Steuersatzes vier Fünftel des steuerbaren Einkommens berücksichtigt.

248/86.403 M Butty – Imposition des couples (20 mars 1986)

L'imposition fiscale doit répondre à des principes de justice et d'équité qui placent chaque contribuable dans une situation comparable.

Les couples mariés doivent dès lors être taxés comme les personnes qui vivent en concubinage.

Il est évident que ces principes d'équité sont dans l'intérêt de la famille et ils devraient même s'étendre aux enfants pour assurer une authentique politique familiale. Le Tribunal fédéral a reconnu ce principe d'égalité pour l'imposition des couples et a contraint les cantons à s'y conformer.

La législation fédérale de l'impôt fédéral direct doit donc également se soumettre à ces principes puisqu'elle s'applique aux mêmes contribuables.

L'harmonisation fiscale et la révision de l'impôt fédéral direct devant durer encore plusieurs années, il est urgent de procéder à une révision sur ce point. Etant donné l'ampleur des conséquences financières que cette proposition a sur les finances fédérales, je propose un régime transitoire de deux ans.

Le Conseil fédéral est chargé de présenter une révision de l'AIFD comme suit:

- Art. 25, 1^{er} al., let. a: abrogé.
- Art. 40, 1^{er} al., 2^e phrase (nouvelle):
Pour les personnes mariées dont les éléments imposables sont taxés ensemble (art. 13), les trois cinquièmes du revenu imposable sont déterminants pour la fixation du taux d'imposition. L'article 157 est réservé.
- Art. 157 (nouveau):
Pour la période de taxation 1989/90, la réduction du taux prévue à l'article 40, 1^{er} alinéa, 2^e phrase, est fixée aux quatre cinquièmes du revenu imposable.

272/86.158 P Christinat – Adoption et congé-maternité (15 décembre 1986)

Le Conseil fédéral est prié d'envisager l'introduction dans la loi de dispositions permettant aux couples qui accueillent un enfant en bas âge en vue de l'adoption de pouvoir bénéficier d'un congé-maternité.

Cosignataires: Ammann-Saint-Gall, Bircher, Blunsky, Borel, Braunschweig, Bundi, de Chastonay, Clivaz, Deneys, Fankhauser, Fehr, Fetz, Friedli, Gautier, Gloor, Grassi, Gurtner, Herczog, Jaggi, Lanz, Leuenberger-Soleure, Longet, Magnin, Mauch, Meizoz, Petitpierre, Rechsteiner, Revaclier, Riesen-Fribourg, Robbiani, Ruffy, Schmidhalter, Stamm Judith, Stamm Walter, Thévoz, Uchtenhagen, Vannay, Weber Monika (38)

352/85.369 M Gurtner – Schweizerisches Frauenmuseum (7. März 1985)

Der Bundesrat wird beauftragt, ein Konzept für ein Frauenmuseum in der Schweiz ausarbeiten zu lassen. In diesem Konzept müssen

1. Vorschläge zur Darstellung und Erforschung der Geschichte, Kultur und Stellung der Frau in der Schweiz enthalten sein;
2. sollen strukturelle, finanzielle und räumliche Vorstellungen entwickelt werden und
3. soll ein Betriebskonzept erarbeitet werden.

Mitunterzeichner: Blunsky, Christinat, Deneys, Friedli, Grendelmeier, Jaggi, (Mascarin), Mauch, Morf, Pitteloud, (Robert), Stamm Judith, Uchtenhagen, Vannay (14)

352/85.369 M Gurtner – Maison suisse de la femme (7 mars 1985)

Le Conseil fédéral est chargé de faire élaborer un projet de musée suisse de la femme. Ce projet devra inclure:

1. des propositions quant à la façon de rechercher et de présenter des faits relatifs à l'histoire, la culture et la situation de la femme en Suisse;
2. des propositions concernant la structure, le financement et la configuration d'un tel musée;
3. des principes de gestion.

Cosignataires: Blunsky, Christinat, Deneys, Friedli, Grendelmeier, Jaggi, (Mascarin), Mauch, Morf, Pitteloud, (Robert), Stamm Judith, Uchtenhagen, Vannay (14)

272/86.158 P Christinat – Adoption und Mutterschaftsurlaub (15. Dezember 1986)

Der Bundesrat wird eingeladen, gesetzliche Bestimmungen vorzusehen, wonach ein Ehepaar, das im Hinblick auf eine Adoption ein Kleinkind aufnimmt, einen Mutterschaftsurlaub beanspruchen kann.

Mitunterzeichner: Ammann-St. Gallen, Bircher, Blunsky, Borel, Braunschweig, Bundi, de Chastonay, Clivaz, Deneys, Fankhauser, Fehr, Fetz, Friedli, Gautier, Gloor, Grassi, Gurtner, Herczog, Jaggi, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Longet, Magnin, Mauch, Meizoz, Petitpierre, Rechsteiner, Revaclier, Riesen-Freiburg, Robbiani, Ruffy, Schmidhalter, Stamm Judith, Stamm Walter, Thévoz, Uchtenhagen, Vannay, Weber Monika (38)

× 422/84.923 P Maître-Genf – Familien, verheiratete und unverheiratete Paare. Besteuerung (13. Dezember 1984)

Der Bundesrat wird gebeten, den eidgenössischen Räten einen Entwurf zur Änderung der Bundessteuergesetzgebung vorzulegen, um einerseits die Gleichbehandlung verheirateter und unverheirateter Paare zu sichern und andererseits die finanziellen Möglichkeiten von Familien mit Unterhaltsverpflichtungen besser zu berücksichtigen (Einheitstarif, Familienkoeffizient).

Mitunterzeichner: Aubry, Basler, Berger, Blunsky, Bonny, Butty, Candaux, Cantieni, Cevey, de Chastonay, Cincera, Columberg, Cottet, Cotti Flavio, Cotti Gianfranco, Couchepin, Coutau, Darbellay, Dirren, Dubois, Dupont, Eggly-Genf, Etique, Fischer-Häggingen, Fischer-Sursee, Flubacher, Frey, Früh, Gautier, Gehler, Geissbühler, Giudici, Gloor, Grassi, Grendelmeier, Hess, Hofmann, Houmard, Iten, Jung, Keller, Kohler Raoul, Kühne, Landolt, Luchinger, Martin, Massy, Meizoz, Müller-Meilen, Neuschwander, Nussbaumer, Oehler, Ogi, Perey, Petitpierre, Pfund, Pidoux, Pini, Revaclier, Riesen-Freiburg, Rime, Risi-Schwyz, Röthlin, Ruckstuhl, Rüttimann, Sager, Salvioni, Savary-Freiburg, Savary-Waadt, Schärli, Schmidhalter, Schneider-Luzern, Schnyder-Bern, Schüle, Schwarz, Segmüller, Seiler, Spoerry, Stamm Judith, Steinegger, Stucky, Thévoz, Tschuppert, Wanner, Weber-Schwyz, Weber Leo, Wellauer, Widmer, Wyss, Zbinden, Ziegler, Zwingli (92)

1986 19. Dezember: Das Postulat wird abgeschrieben, weil seit mehr als zwei Jahren hängig.

× 422/84.923 P Maitre-Genève – Imposition du couple et de la famille (13 décembre 1984)

Le Conseil fédéral est invité à soumettre aux Chambres fédérales un projet de révision du droit fiscal fédéral, visant à assurer l'égalité de traitement entre couples mariés et non mariés, d'une part, et à mieux tenir compte de la capacité financière des familles avec charges, d'autre part (Barème unique et coefficient familial).

Cosignataires: Aubry, Basler, Berger, Blunschy, Bonny, Butty, Candaux, Cantieni, Cevey, de Chastonay, Cincera, Columberg, Cottet, Cotti Flavio, Cotti Gianfranco, Couchepin, Coutau, Darbellay, Dirren, Dubois, Dupont, Eggly-Genève, Etique, Fischer-Häggingen, Fischer-Sursee, Flubacher, Frey, Früh, Gautier, Gehler, Geissbühler, Giudici, Gloor, Grassi, Grendelmeier, Hess, Hofmann, Houmard, Iten, Jung, Keller, Kohler Raoul, Kühne, Landolt, Lüchinger, Martin, Massy, Meizoz, Müller-Meilen, Neuenschwander, Nussbaumer, Oehler, Ogi, Perey, Petitpierre, Pfund, Pidoux, Pini, Revaclier, Riesen-Fribourg, Rime, Risi-Schwyz, Röthlin, Ruckstuhl, Rüttimann, Sager, Salvioni, Savary-Fribourg, Savary-Vaud, Schärli, Schmidhalter, Schneider-Lucerne, Schnyder-Berne, Schüle, Schwarz, Segmüller, Seiler, Spoerry, Stamm Judith, Steinegger, Stucky, Thévoz, Tschuppert, Wanner, Weber-Schwyz, Weber Leo, Wellauer, Widmer, Wyss, Zbinden, Ziegler, Zwingli (92)

1986 19 décembre: En suspens depuis plus de deux ans, le postulat est classé.

528/86.407 M Ruf-Bern – Heiratsvermittlung und Scheinehen mit Ausländern (20. März 1986)

Der Bundesrat wird ersucht, die erforderlichen Massnahmen zu treffen bzw. die nötigen Gesetzesänderungen vorzubereiten, damit:

- öffentliche Heiratsvermittlungen (Heiratsanzeigen usw.) zu Gunsten ausländischer Frauen (Männer), für welche keine Niederlassungsbewilligung vorliegt, gesetzlich unter Strafdrohung (mindestens Gefängnis) verboten werden;
- Artikel 120 Absatz 4 ZGB betreffend der Nichtigkeit von Scheinehen vermehrt Nachachtung verschafft wird.

Mitunterzeichner: Steffen (1)

528/86.407 M Ruf-Berne – Mariages fictifs d'étrangers (20 mars 1986)

Le Conseil fédéral est chargé de prendre les mesures nécessaires ou de présenter des projets de modification de loi dans le but

- d'interdire les annonces matrimoniales ou tout autre moyen de proposer publiquement le mariage à des femmes ou hommes étrangers qui n'ont pas d'autorisation de séjour en Suisse; en cas d'infraction, la loi doit prévoir des peines (d'emprisonnement au moins);
- de faire mieux respecter l'article 120, 4^e alinéa, CC concernant la nullité des mariages fictifs.

Cosignataire: Steffen (1)

570/86.917 M Stamm Judith – Gleichstellung von Mann und Frau. Bundesstelle (7. Oktober 1986)

Der Bundesrat wird beauftragt, zur Durchsetzung des Verfassungsartikels «Gleiche Rechte für Mann und Frau» (BV Art. 4 Abs. 2) auf Bundesebene eine mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattete Stelle zu schaffen.

Zum Aufgabenbereich dieser Stelle gehört insbesondere:

- Förderung der Gleichstellung mit positiven Massnahmen;
- Verwaltungsinterne Beratung der Bundesstellen zur Prüfung von Fragen der Gleichstellung;
- Beratung von Einzelpersonen, Gruppen, Institutionen des öffentlichen und privaten Bereichs im Sinne einer Ombuds-funktion;
- Einholen und Verfassen von Gutachten zu Fragen der Gleichstellung;
- Untersuchung von Fällen direkter und indirekter Geschlechterdiskriminierung;
- Öffentlichkeitsarbeit.

Mitunterzeichner: Blunschy, Camenzind, Christinat, Deneys, Fankhauser, Fetz, Friedli, Grendelmeier, Gurtner, Jaggi, Mauch, Morf, Pitteloud, Segmüller, Uchtenhagen, Vannay, Weber, Monika (17)

570/86.917 M Stamm Judith – Egalité des droits entre hommes et femmes. Création d'un service fédéral (7 octobre 1986)

Le Conseil fédéral est chargé de créer un service fédéral qui aurait compétence pour faire appliquer au niveau de la Confédération l'article constitutionnel établissant l'égalité des droits entre l'homme et la femme (art. 4, 2^e al. cst.).

Ce service aura notamment pour tâches:

- d'encourager l'application du principe d'égalité par la mise en œuvre de mesures concrètes;
- de conseiller les services fédéraux dans les questions ayant trait à l'égalité au sein même de l'administration;
- de jouer un rôle de médiateur en conseillant les individus, les groupes d'individus, ainsi que les institutions du secteur public et du secteur privé;
- de demander et de faire rédiger par des experts des rapports détaillés sur les problèmes liés à l'égalité;
- d'examiner les cas de discrimination sexiste directe et indirecte;
- d'informer l'opinion publique en matière d'égalité des droits.

Cosignataires: Blunschy, Camenzind, Christinat, Deneys, Fankhauser, Fetz, Friedli, Grendelmeier, Gurtner, Jaggi, Mauch, Morf, Pitteloud, Segmüller, Uchtenhagen, Vannay, Weber, Monika (17)

Ständerat

631/86.803 P Bauer – Verein alleinstehender Mütter und Väter. Bundesbeiträge (18. Dezember 1986)

Wegen Scheidung, Trennung, ausserehelicher Geburten und Tod eines Ehepartners ist die Zahl der alleinerziehenden Väter und Mütter in den letzten 20 Jahren ständig gestiegen. 1980 gab es in der Schweiz fast 80 000 alleinerziehende Mütter oder Väter mit insgesamt 122 931 Kindern. In neun von zehn Fällen ist es die Mutter, die als Haupt der Familie die Kinder allein aufzieht. Da das Haupt der Familie gezwungen ist, erwerbstätig zu sein, und da der Durchschnitt der Frauenlöhne bescheiden ist, stehen diese Familien häufig vor grossen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten. Seit rund zehn Jahren haben sich in mehreren Schweizer Kantonen (Biel, Bern, Genf, Luzern, Neuenburg, St. Gallen, Lausanne und Zürich) Vereine alleinerziehender Mütter und Väter gebildet und in allen Regionen der Schweiz werden in nächster Zeit andere entstehen. Die Vielzahl der angebotenen Leistungen bezeugt die Notwendigkeit dieser Vereine. Vor zwei Jahren ist ein Verband gegründet worden, der die Aufgabe hat, die rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen alleinstehender Väter und Mütter auf Bundesebene zu vertreten und zu verteidigen sowie die Kontakte zwischen den Mitgliedervereinen zu fördern und zu verbessern.

Bis heute sind alle diese Aufgaben ehrenamtlich von Familienoberhäuptern wahrgenommen worden, die bereits mit ausserordentlichen beruflichen und familiären Verpflichtungen belastet sind. Um die Effizienz sicherzustellen und den wachsenden Bedürfnissen gerecht zu werden, muss der Schweizerische Verband alleinerziehender Mütter und Väter künftig ein Sekretariat mit einem zweisprachigen Sekretär haben.

Der Bundesrat wird daher eingeladen, die Möglichkeit zu prüfen, dem Schweizerischen Verein alleinstehender Mütter und Väter Beiträge auszurichten, wie er es für «Pro Familia» und die «Association suisse des organisations d'aide familiale» getan hat. Die Beiträge könnten dem Fonds für gemeinnützige Institutionen (Rubrik 318.453.30 Elementarschadenfonds und gemeinnützige Institutionen) entnommen werden, der namentlich aus dem Anteil des Bundes an den Erträgen aus Glücksspielen (Einnahmen Rubrik 318.903.30 Spielbetrieb in Kursälen, Bundesanteil) gespeisen wird.

631/86.803 P Bauer – Subvention fédérale à la Fédération suisse des familles monoparentales (18 décembre 1986)

En raison des divorces, des séparations, des naissances hors mariage et du décès d'un des conjoints, le nombre des familles monoparentales n'a cessé d'augmenter au cours des 20 dernières années.

En 1980 on comptait en Suisse près de 80 000 familles monoparentales totalisant 122 931 enfants.

Dans 9 cas sur 10, le chef de famille est la mère qui élève seule ses enfants.

Dès lors que le chef de famille est forcé d'exercer une activité professionnelle et que la moyenne des salaires féminins est modeste, ces familles sont souvent confrontées à de grandes difficultés d'ordre économique et social.

Depuis une dizaine d'années, des associations de famille monoparentales se sont constituées, dans plusieurs cantons suisses à Bienne, Berne, Genève, Lucerne, Neuchâtel, Saint-Gall, Lausanne, Zurich et d'autres sont en train de se constituer dans toutes les régions de la Suisse. La multiplicité des services rendus témoigne de leur nécessité. Il y a 2 ans a été créée une fédération dont les buts sont de représenter et de défendre les intérêts juridiques sociaux et économiques des familles monoparentales sur le plan fédéral et de promouvoir et améliorer les contacts entre les associations membres.

A ce jour toutes ces tâches ont été assurées bénévolement par des chefs de famille astreints à des obligations familiales et professionnelles déjà fort lourdes. Par souci d'efficacité et pour répondre aux besoins croissants, il importe désormais que la Fédération suisse des familles monoparentales dispose d'un secrétariat avec secrétaire bilingue.

C'est pourquoi je prie le Conseil fédéral d'étudier la possibilité d'allouer une subvention à la «Fédération suisse des familles monoparentales», ainsi qu'il l'a fait pour la Fédération suisse «Pro Familia» et pour l'Association suisse des organisations d'aide familiale».

Elle pourrait être prélevée sur le «Fonds pour institutions d'utilité publique» du Département de l'intérieur (Office fédéral des assurances sociales 318, poste 30) alimenté notamment par la part de la Confédération sur les jeux dans les Kursaals (Recettes, poste 903.30).

640/86.121 M Gadiant – Direkte Bundessteuer. Steuerrabatt für Verheiratete (4. Dezember 1986)

Der Stand der Gesetzgebung über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden sowie über die direkten Bundessteuern zeigt zwingend auf, dass Steuerentlastungen für den weitaus grössten Teil der Steuerpflichtigen frühestens im Frühjahr 1990 wirksam werden. Damit kann auch die Neuordnung der Ehegattenbesteuerung, die aufgrund eines Bundesgerichtsentscheides in den Kantonen in die Wege geleitet ist, beim Bund noch längere Zeit nicht wirksam werden.

Der Bundesrat wird deshalb beauftragt, den eidgenössischen Räten einen Beschlussesentwurf zu unterbreiten, der einen Rabatt für Verheiratete auf der direkten Bundessteuer vorsieht. Die Ausgestaltung des Rabattes soll sich an den Rahmen halten, der im Bundesbeschluss betreffend Erhöhung der Steuereinnahmen 1976 vom 31. Januar 1975 von Volk und Ständen am 8. Juni 1975 beschlossen wurde. In Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe a war in diesem Beschluss für die Verheirateten eine nach Steuerbetrag abgestufte Ermässigung festgelegt, die mit der Finanzordnung 1981 wieder aufgehoben wurde. Zusätzlich sollen Ehepaare mit Kindern einen erhöhten Rabatt erhalten.

Der beantragte Bundesbeschluss ist so vorzubereiten, dass er rückwirkend auf den 1. Januar 1987 in Kraft gesetzt werden kann. Er ist auf das Inkrafttreten der in Vorbereitung befindlichen, ordentlichen Gesetzgebung zu befristen.

Mitunterzeichner: Arnold, Bauer, Belser, Binder, Bürgi, Cavelti, Gerber, Knüsel, Masoni, Matossi, Meier Hans, Meier Josi, Schoch, Steiner, Stucki, Weber (16)

640/86.121 M Gadiant – Impôt fédéral. Abattement pour les contribuables mariés (4 décembre 1986)

L'avancement des travaux législatifs sur l'harmonisation des impôts directs perçus par les communes et les cantons, et sur l'impôt fédéral direct, est tel que les mesures d'allègements fiscaux dont devraient bénéficier la majeure partie des contribuables ne pourront pas prendre effet avant le printemps 1990. De ce fait, il faudra attendre encore longtemps avant que n'entre en vigueur au plan fédéral le nouveau régime relatif à l'imposition des contribuables mariés, qui sera introduit dans les cantons suite à un arrêt du Tribunal fédéral.

C'est pourquoi le Conseil fédéral est chargé de présenter aux Chambres un projet d'arrêté prévoyant un dégrèvement fiscal sur l'impôt fédéral direct pour les contribuables mariés. Les modalités de ce dégrèvement doivent s'inscrire dans le cadre de l'arrêté fédéral du 31 janvier 1975 relatif à l'augmentation des recettes fiscales dès 1976, approuvé par le peuple et par les cantons le 8 juin 1975. L'article 8, alinéa 3, lettre a de cet arrêté prévoyait une réduction échelonnée selon le montant de l'impôt, disposition abrogée par l'arrêté fédéral sur le régime financier de 1981. Ce projet doit prévoir également un dégrèvement plus élevé pour les couples mariés ayant des enfants.

L'arrêté fédéral devra entrer en vigueur en même temps que la législation ordinaire actuellement en cours de préparation, avec effet rétroactif au 1^{er} janvier 1987.

Cosignataires: Arnold, Bauer, Belser, Binder, Bürgi, Cavelti, Gerber, Knüsel, Masoni, Matossi, Meier Hans, Meier Josi, Schoch, Steiner, Stucki, Weber (16)

Adressen der Autoren und Autorinnen

Silvia Grossenbacher
Sozialpädagogin
Friedensgasse 54, 4056 Basel

Eidg. Steuerverwaltung
Hauptabteilung Direkte Bundessteuer
Eigerstrasse 65, 3003 Bern

Yvette Jaggi
Dr.ès.sc.pol., Conseillère municipale
Ch. Village 33, 1012 Lausanne

Christine Martin
Direction des finances de la Ville de Lausanne
Case postale 75, 1000 Lausanne 9

Agnes Sauser-Im Obersteg
Dr.rer.pol., Geschäftsführende Präsidentin
der SAFFA
3044 Innerberg s. Säriswil

Elisabeth Kästli
Journalistin BR
Quart-Dessus 1, 2606 Corgémont

Martine Chaponnière
lic.ès.sc.pol.
16, rue de l'Hôtel-de-Ville, 1204 Genève